

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 11 Mark pro Quartal, 36 Mark pro Jahr. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postgebühren: 1,10 Mark pro Monat, 11 Mark pro Quartal, 36 Mark pro Jahr. Abnehmer in Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 10 Pf. pro Woche), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige Anzeigen und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Attacke.

Von den 300000 Landwirten, die hinter dem Bund der Landwirte stehen sollen, hatten sich gestern etwa 6000 zur Generalversammlung des Bundes im Zirkus Busch versammelt und weitere Tausende füllten den Saal der Singakademie zu einer Parallelsitzung. Die gebräunten wetterharten Jünger der Bauern beherrschten das Bild der Massenversammlungen. Nur wenige Großagrarier sah man in den Reihen; sie scheinen den Geruch der Weinkneipen dem Stallduft des Zirkus vorzuziehen. Und trotzdem diente die ganze Veranstaltung nichts anderem als den politischen und wirtschaftlichen Interessen unserer Junker. Die große Zahl der Zuhörer sollte nur als Staffage dienen. Die demagogischen Regiekünstler im Vorstand des Bundes hatten es wirklich leicht, bei diesen unangeführten Mitgliedern — denen ja durch die Schuld der Konservativen und des Zentrums eine halbwegs genügende Schulbildung mangelt — nach beliebigen Weisheit und Entrüstung zu entlocken. Aber während in unseren Massenversammlungen Aufklärung getrieben wird, diente die Bundesversammlung nur der politischen Einseitigkeit der Zuhörer. So unästhetisch die Papendekoration des Zirkus, so billig und plump die geistige Aufmachung. So große Meister der Regiekunst die Bundeshauptidee sein mögen, vor ihren Mitgliedern nahen sie sich gestern ganz der Umgebung an und trieben nur größte Zirkusregie. Bekam es doch Dr. Sahn fertig, durch ein künstliches Lob eines platten Zwischenrufes zu größerer Belebung der flauen Stimmung, zu zahlreicheren Zwischenrufen anzuregen.

Nur einen Vorteil für das politische Leben hatte die gestrige Veranstaltung. Die Bundesredner sagten frei und klar heraus, was der politischen Entwicklung Deutschlands und der Arbeiterklasse im besonderen droht, wenn das Volk selbst sich keine Gegenwehr schafft.

Die gestrige Tagung bedeutete einen kräftigen Vorstoß gegen die Regierung oder besser gegen den Reichskanzler und seinen Stellvertreter. Dem Landwirtschaftsminister v. Schorlemer bezogte der Bundesvorstand ausdrücklich sein Vertrauen. Um so mehr mißtraut man aber dem Kanzler. Höhnisch sprach Dr. Sahn von den freundlichen Versicherungen und liebendwürdigen Wendungen in der stillstillschweigenden Begrüßungsrede des Kanzlers im Landwirtschaftsrat. Die Agrarier würden sich aber nicht nach diesen freundlichen Worten, sondern nach den Taten richten. In dem Bündlerzorn über die erste Breche, die Bethmann angeblich in die landwirtschaftlichen Felle geschlagen, verglich Dr. Sahn den Kanzler sogar mit Caprivi, nur daß Bethmann dessen offenes ehrliches Bekenntnis zur Landwirtschaftsfeindschaft vermissen lasse!

Dieser Kampf gegen den Kanzler, der offenbar ebenso sehr durch einen Freundschaftsdienst gegen das Zentrum als durch den eigenen Groll über die Steuerungsmaßnahmen motiviert ist, wurde wirksam ergänzt durch wiederholte Dankfugungen an die Adresse des „ersten Berufskollegen“ der Landwirtschaft — an Wilhelm II., den die Bündler auf Grund seiner letzten Rede im Landwirtschaftsrat schon ganz als den ihrigen betrachten.

In dem sicheren Gefühl, daß den Agrariern unter dem jetzigen Regime auf wirtschaftlichem Gebiete auch nicht das geringste von ihren Privilegien genommen werden wird, wandten sich die Bundesredner um so heftiger den rein politischen Fragen zu. Dr. Sahn verteilte selbst sehr hübsch, wie jetzt die Interessen des Bundes verteilt sind: der Bund wolle nicht nur Politik treiben, sondern daneben auch den praktisch wirtschaftlichen Zusammenschluß pflegen. So sprach dem Dr. Sahn der Schwerindustrie seinen besonderen Dank für die alte treue Waffenbrüderschaft mit den Junkern aus. Die Schutzwilligkeit auf Gegenseitigkeit sei beiden Parteien sehr gut bekommen. Mit dieser Aussicht auf Gewährleistung aller Wünsche suchte Dr. Sahn auch die Exportindustrie anzuwerben. Widerlegen konnte er zwar nicht, daß die agrarischen Forderungen durch Verteuerung der Rohstoffe der Fertigungsindustrie fast noch schlimmer belasten, als das die Forderungen auf Rohstoffe tun. Aber Dr. Sahn suchte sie wenigstens dadurch zu überreden, daß die Konservativen zu einer Kompensation durch Forderungen auf Fertigfabrikate bereit seien. Für die Konsumenten würde also die Erneuerung der Bundesverträge neue schwere Belastung bringen, wenn diese edlen Absichten nicht noch rechtzeitig von den Massen durchkreuzt werden.

Wehr noch als die wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigte die gestrige Versammlung aber der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Begründung dieser Polemik beschränkte sich allerdings fast nur auf antisemitische Mäcker. Selbst die Niederlagen des türkischen Volkes wurden unter dem tosenden Beifall der geistig schwerfälligen Hörer den Juden als Schuld angerechnet! Nur einmal kam v. Oldenburg-Januschauer der Erkenntnis der Wurzel der proletarischen Bewegung nahe, als er die Tatsache mitteilte, daß mehr als die Hälfte aller preussischen Staatsbürger überhaupt keine Steuern zahlen. Aber in dem lebhaften „Hör! Hör!“ der Versammelten schien wenig von einem Erlaunen über die in

der Mitteilung bezugte elende Lage des preussischen Volkes zu liegen. Aus dem Munde desselben Oldenburg klang der Ruf nach einem neuen Sozialistengesetz, wenigstens in der milderen Form der Prügelstrafe für Sozialdemokraten. Für den Januschauer steht die erste Aufklärungs- und Befreiungsarbeit unserer Partei auf gleicher Stufe mit dem Treiben von Zuhältern, für die in England diese entehrende, barbarische Strafe eingeführt worden ist.

Nicht viel weniger hahnhehisch wie gegen die Sozialdemokratie selbst wandten sich Sahn und Oldenburg gegen die „Befürworter“ unserer Bewegung — gegen die Regierung, gegen Bethmann und Delbrück. Selbst Bismarcks großer Geist wurde in die Zirkusmanege zitiert, um den Staatssekretär zu schreien. Nach den Wünschen des Bundes müßte die Regierung viel schärfer vorgehen. Bis jetzt habe die Regierung aber immer nur Schwäche gezeigt und der Sozialdemokratie nachgegeben. Als schlimmsten Fehler bezeichnete Oldenburg die Anknüpfung der Wahlreform, die noch heute den Konservativen so große Schmerzen bereitet. In aller Vorsicht drückte er sich um das feierliche Thronversprechen herum. Wilow trage die Hauptschuld an der Aufrollung dieser unangenehmen Frage und Bethmann habe leider die

Verantwortung mit übernommen. So fiel Sieb auf Sieb gegen den Kanzler. Sollte der Fall Bethmanns eine bereits mit dem Zentrum beschlossene Sache sein?

Immer wieder löste es aus allen Reden, daß man für die Zeit der Reichstagsauflösung gerüstet sein müsse, als ob die Auflösung sicher zu erwarten sei. Auch die gestern beschlossene Beitragserhöhung dient augenscheinlich diesem Zweck. Als Wahlprogramm hält der Bund offenbar das Versprechen glatter Bewilligung aller neuen Leistungsausgaben für zugrätig genug. Wie es aber mit der Schaffung der Mittel steht, verriet er nicht deutlich. Allenfalls scheint er sich zu einer Vermögenssteuer auf das nichtagrarische Kapital zu bequemen, falls sein Opfer nicht gar nur in der — Vergabe der Arbeitskräfte für die neuen Heer Massen bestehen wird, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schonhaft andeutet.

Die Tagung des Bundes bewies jedenfalls von neuem, daß die Arbeiter für die künftige Zeit auf besonderer Hut sein müssen. Neue Steuern, neue Zölle, neue Lasten drohen ihnen, dazu neue politische Anrechtung und Rechtslosigkeit. Die Junker rüsten zum Kampfe. Die Arbeiterklasse sieht ihm furchtlos entgegen.

Verichärfung der internationalen Situation.

Die Gefahr, daß der Balkankrieg neue und schwere Entwicklungen herbeiführt, wächst von Tag zu Tag. Der Konflikt zwischen Bulgarien und Rumänien hat sich aufs äußerste zugespitzt. Rumänien fordert immer dringender neben einer schon sehr ausgiebigen „Grenzberichtigung“ die Abtretung von Südbulgarien, auf das die Bulgaren nicht verzichten wollen. Die Mächte suchen zwar zu vermitteln, aber die Hoffnung, daß sie ihr Ziel erreichen, ist gering. Sogar doch selbst eine offizielle, also sicher nicht zu verifizierbare gefärbte Anklage der „Kölnischen Zeitung“:

„Die Aussicht auf eine direkte Einigung zwischen Bulgaren und Serben ist nicht ganz geschwunden, doch wäre es natürlich verfehlt, den Ernst der Lage zu übersehen. Die letzten bulgarischen Angebote könnten Anlaß zu einem weiteren unmittelbaren Meinungsaustrausch bieten. Wenn eine Einigung hierdurch nicht erzielt ist, so ist sicher anzunehmen, daß vor dem völligen Abbruch eine Vermittlung eintritt.“

Das Schlimme ist dabei, daß Rumänien in engen Beziehungen zu den Dreibundmächten steht, namentlich zu Oesterreich, dessen Kriegspartei sich von Anfang an für die rumänische Expansionspolitik erhebt hat. In Rumänien sucht die machtlüsterne Opposition die Kriegsstimmung zu schüren und drängt die Regierung zu immer schrofferem Auftreten.

Nicht so unmittelbar drohend, aber auf die Dauer noch gefährlicher für die Erhaltung des europäischen Friedens ist die Spannung zwischen Oesterreich und Rußland. Hinter der Streitfrage über die Abgrenzung Albaniens lauert der alte Gegensatz, ob Rußland oder Oesterreich den entscheidenden Einfluß auf dem Balkan haben soll. Und trotz aller schönen Worte für die Selbstständigkeit der Balkanationen hoffen einflußreiche Kreise in beiden Ländern doch noch ihre alten Herrschaftsansprüche durchsetzen zu können. Der Versuch, durch das bekannte kaiserliche Handschreiben eine Entspannung herbeizuführen, ist mißlungen. Nach einer Pariser Meldung wäre die Antwort des Zaren ziemlich kurz und abweisend. Die Haltung Oesterreichs während der letzten Jahre hätte die russische Regierung gezwungen, von jetzt ab die Interessen ihres slawischen Nachbarn zu schützen. Die österreichische Regierung kündigt auch an, daß von einer Demobilisierung keine Rede sein könne, obwohl die Kosten bereits 400 Millionen überschreiten. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß der österreichisch-russische Gegensatz noch weit bedrohlicher würde, falls es nicht gelingt, den rumänisch-bulgarischen Streit beizulegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Lage.

Das offiziöse Organ schreibt in seiner Sonntagsnummer: „Auf dem Kriegsschauplatz in Thrakien hat die abgelaufene Woche keine Entscheidung gebracht, und auch aus neuerlichen Mitteilungen türkischer Würdenträger war für die Mächte keine Handhabe zu entnehmen, die es ermöglicht hätte, mit Aussicht auf Erfolg bei den kriegführenden Regierungen die Niederlegung der Waffen zu befürworten. Die Mächte bleiben aber bereit, jeden geeigneten Anlaß zu vermittelnden Schritten zu ergreifen. Auch in den Schierigkeiten, die wegen der Wünsche Rumaniens an Bulgarien noch bestehen, haben die Mächte in freundschaftlichen Ratschlägen ihr Interesse an einem günstigen Ausgang der in Sofia neu begonnenen Unterhandlungen bereits kundgegeben und setzen ernsthafte Bemühungen fort, um einem ergebnislosen Abbruch dieser Besprechungen vorzubeugen.“

Die Bedenksamkeit der mit der Abgrenzung Albaniens verknüpften Fragen scheint in einem Teil der europäischen Presse überschätzt zu werden. Gewiß ist über manche Punkte die erforderliche Einigung Europas noch nicht herbeigeführt; es wird aber nicht

ohne Aussicht auf Gelingen an einem Ausgleich der Interessen gearbeitet. Wir gedenken in diesem Zusammenhang der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach St. Petersburg. Der geflüstert verbreiteten Ansicht, daß diese Entsendung ihren Zweck verfehlt habe, können wir nicht zustimmen. Wir glauben vielmehr, daß die politische Fühlungnahme zwischen dem Kaiserin Franz Joseph und Nikolaus auf die Lösung von Einzelheiten der Balkanfragen erleichternd nachwirken wird.“

Die letzten Bemerkungen sind heute vielleicht schon zu optimistisch.

Die Auffassung in England.

London, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Treibereien der russischen Pan-Slawisten und die Kampagne der österreichischen Kriegspresse gegen die Londoner Vorkonferenz haben auch hier wieder die Besorgnisse um die Erhaltung des europäischen Friedens vermehrt. „Times“ sind der Meinung, daß es wohl wahr sei, daß die Vorkonferenz noch nicht ein vollständiges Einvernehmen über die Zukunft Albaniens erreicht hätten. Gewisse militärische Organe hätten versucht, aus dieser Sache Parteikapital zu schlagen und dabei die Börse sowohl als auch das Kriegsministerium im Auge gehabt. Aber allen verantwortlichen Staatsmännern und ernst denkenden Menschen sei es einfach unfaßbar, wie irgend ein Staat Europa wegen einer solchen Kleinigkeit in den Krieg stürzen könnte. Beachtenswert sind auch die Ausführungen, die der Wiener Korrespondent der „Times“ zu dem österreichisch-ungarischen Pressefeldzug gegen die Vorkonferenz macht. Gelänge es, so meint er, die Konferenz zu zerstören, dann würde auch die Frage aufstehen, ob die Beschlüsse der Vorkonferenz in bezug auf Albanien und Serbien, die als ein Erfolg der österreichischen Diplomatie bezeichnet würden, bindend sind.

Ferner schreiben die „Times“, wie uns ein weiteres Telegramm meldet:

Die andauernde Entschlossenheit der Mächte, die Sache des Friedens zu fördern, ist einer der wenigen hoffnungreichen Jünger der allgemeinen Lage. Diese Entschlossenheit ist sehr deutlich und von der größten Bedeutung. Wir haben kürzlich mit Freuden den Artikel des Wiener Fremdenblattes gelesen, der versichert, daß das, was noch an Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland übrig bleibe, keinen wirklichen Interessenkonflikt mehr vorstelle. Wir bedauern, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung in Rußland, anstatt diese Erklärung zu begrüßen, die Gelegenheit ergriffen hat, eine noch aggressivere Haltung einzunehmen als zuvor. Heute begrüßen wir mit nicht geringerer Begeisterung als die Erklärung des Fremdenblattes die kluge und offene Erklärung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behauptet nicht, daß die Lage befriedigend sei, sie enthält sich jedes törichten Optimismus, aber zugleich ermutigt sie die schüchternen Hoffnungen auf den gesunden Sinn und den guten Willen Europas.

Eine Beruhigungsnotiz.

London, 17. Februar. Das neuterische Bureau erzählt aus diplomatischen Kreisen, daß keine Veranlassung vorliegt, irgendwelchen beunruhigenden Nachrichten zuviel Bedeutung beizumessen. Die österreichisch-russischen Beziehungen seien in manchen Punkten vorwärts gekommen. Beide Regierungen, in Petersburg wie in Wien, bestreiten es, hinsichtlich Albaniens irgendwie auf einem toten Punkt angekommen zu sein; es werde vielmehr erwartet, daß diese Frage bei der nächsten Sitzung der Vorkonferenz in London zur Beratung gelangen werde. Diese Sitzung sei zum nächsten Donnerstag einberufen worden, nachdem Sir Edward Grey und der französische Vorkonferenz-Combon in die Stadt zurückgekehrt sein werden. Inzwischen würden die Gegenanschläge Rußlands, die jetzt in Wien vorliegen, dort erörtern, und die Bemühungen von anderer Seite würden nicht nachlassen, die

beiden hauptsächlich beteiligten Regierungen einander näher zu bringen. Oesterreich habe angedeutet, daß es nicht abgeneigt sei, der Nichtzuteilung der Distrikte von Skutari, Zpet und Prizrend an Albanien zuzustimmen, daß es aber die Anschauung aufrecht erhalte, daß die Stadt Skutari, Dajosa, Dibra und Janina Teile des neuen autonomen Albaniens bilden müßten.

Rumänien und Bulgarien.

Sofia, 16. Februar. Wie an zuständiger Stelle verlautet, hat Dr. Danew dem rumänischen Delegierten Ghifa einen bulgarischen Gegenentwurf überreicht, welcher zwar den rumänischen Forderungen nicht vollständig entspricht, denselben aber doch einigermaßen entgegenkommt und überdies den Wunsch enthält, die Verhandlungen zu beschleunigen. Die Verhandlungen könnten somit fortgesetzt werden. Man erwartet jetzt eine Gegenäußerung Rumäniens. Sollte diese wider Erwarten Bulgariens ungünstig lauten, so gedenkt die bulgarische Regierung die Vermittlung aller Großmächte zur gütlichen Beilegung der Streitfrage anzurufen.

Die Kriegslage.

Sofia, 17. Februar. (Meldung der Agence Bulgare.) Die bulgarischen Truppen behaupten ihre Stellungen bei Tschataldcha und Bulair. Die Konstantinopeler Nachrichten, daß vorgeföhrt ein bedeutender Kampf bei Bulair stattgefunden habe, ist unrichtig.

Untergang türkischer Schiffe.

Sofia, 16. Februar. Der türkische Panzerkreuzer „Assar-i-Tewfik“, unter dessen Schutz der Versuch einer Landung türkischer Truppen bei Rodima an der Küste des Schwarzen Meeres gemacht worden ist, stieß auf eine von den Bulgaren gelegte Mine; er erlitt ernsthafte Havarien und scheiterte. Eine Minenlegerabteilung und eine Küstenbatterie zerstörten das türkische Kriegsschiff vollständig und brachten es zum Sinken. Eines der türkischen Transportschiffe, die an der Landung bei Scharfoj beteiligt waren, wurde samt der Besatzung von bulgarischer Artillerie zwei Kilometer südlich dieser Ortschaft in den Grund gebohrt.

Sor Skutari.

Gefinje, 17. Februar. Die montenegrinische Artillerie der Kolonne Martinowitsch bombardiert von verschiedenen Stellen Skutari, wobei sie darauf Bedacht nimmt, daß die Geschosse nicht in die Stadt fallen, in der auf einer großen Zahl von Häusern weiße Fahnen wehen. Die Türken errichteten Verschanzungen in allernächster Nähe der Stadt.

Enver Bei.

Konstantinopel, 17. Februar. Hier sind Gerüchte verbreitet, daß Enver Bei von Anhängern Kasim Paschas ermordet worden sei. Einer anderen Version zufolge sei Enver Bei bei dem Attentat schwer verwundet worden. Amtlicherseits werden die Gerüchte in Abrede gestellt.

Eine Zwangsanleihe.

Konstantinopel, 17. Februar. Das Amtsblatt veröffentlicht ein provisorisches Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, die am 14. Februar in den Kassen des Finanzministeriums hier und in den Provinzen befindlichen Gelddepots in Form einer Anleihe zu entnehmen, jedoch werden die Depotinhaber ihre Depots auf ihre Ansuchen hin sofort zurückerhalten (?) können.

Die Umgestaltung des Petroleummonopols.

Als die erste Lesung des Petroleummonopol-Entwurfs, den die Regierung dem Reichstage vorgelegt hatte, zu Ende ging, unterlag es keinem Zweifel, daß die Regierungsvorlage begraben war. Kaum eine Stimme hatte sich für die Absicht der Regierung ausgesprochen, einem Bankenkonsortium die Versorgung des Reichs mit Leuchtöl anzuvertrauen. So groß auch die Gefahr für die deutschen Petroleumverbraucher ist, welche ihnen durch die Riesenmacht des amerikanischen Rockefeller-Trust entstehen kann, noch größer müßte die Gefahr der Verteuerung des Leuchtöls werden, wenn deutsche Banken, die gleichzeitig Besitzer ausländischer Petroleumquellen sind, die unumschränkte Macht in die Hände gespielt wird. Die scheinbaren Sicherheitsvorkehrungen gegen Verteuerung des Leuchtöls, wie sie der Regierungsentwurf dadurch schaffen wollte, daß ein Reichskommissar die Oberaufsicht führen sollte und eine gleitende Gewinnstala den Banken prozentual um so weniger Dividende gab, je höher der Preis des Petroleum wurde, war ein Spinnabengewebe, das die Banken nicht im geringsten gehindert hätte, sich auf Kosten der deutschen Leuchtölverbraucher zu bereichern: sie brauchten ja nur das Leuchtöl um einen Pfennig teurer an die Monopolgesellschaft zu übertragen, um zwar 600 000 M. Dividendengewinn einzubüßen, dafür aber neun Millionen Mark am Verkaufspreis der 900 Millionen Liter des jährlichen Leuchtölsbedarfes zu verdienen.

Wenn auch das Zentrum diesem Plane der Regierung sich widersetzt, so geschah das freilich nicht, um die deutschen Verbraucher vor der Gefahr der Petroleumverteuerung zu schützen, sondern nur deshalb, weil das Zentrum ganz ungern dafür eintritt, daß der bisherige Zustand erhalten bleibt, das heißt also, daß Deutschland dem Rockefeller-Trust ausgeliefert bleibt. Ist es doch offenes Geheimnis, daß der größte Vertreter des amerikanischen Trusts, Herr Niedemann, ein intimer Freund des Zentrums ist, und es zu der Anschauung befehrt hat, daß Rockefeller kein anderes Interesse habe, als Deutschland das Leuchtöl zum billigsten Preise zu liefern. Nun ist ja allerdings richtig, daß bisher der amerikanische Trust den Preis des Leuchtöls in Deutschland niedriger gehalten hat, wie in anderen Staaten. Aber das geschieht nur deshalb, weil der Trust durch diese niedrigen Preise alle ihm noch entgegenstehenden Konkurrenten verdrängen will. Der Rockefeller aber erst dies edle Ziel erreicht, dann ist es für einen Trust ganz selbstverständlich, daß er nunmehr jeden ihm beliebigen Preis erzwingen kann. Der Trust ist dann eben der unumschränkte Herrscher.

Die Aufgabe der Sozialdemokraten in der Leuchtölkommision war es daher, den Gesetzentwurf so zu gestalten, daß weder der Rockefeller-Trust noch irgend welche Banken (es kommt in erster Linie dabei die Deutsche Bank in Betracht) ein Privatmonopol ausüben können, sondern das Reich die unumschränkte Macht erhält, damit es die Aufgabe, den Petroleumpreis so niedrig als möglich zu gestalten, auch erfüllen kann.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs in der Kommission nahm ein rasches Ende. Die Konservativen leisteten dem Zentrum Gespanndienste und brachten in den § 1 der Vorlage eine Bestimmung hinein, nach der auf Einkauf und Verkauf des Leuchtöls auch die Organisationen der Wiederverkäufer von Leuchtöl entscheidenden Einfluß hätten ausüben können. Dadurch wären die Konsumenten den Händlern ausgeliefert gewesen — und damit war selbstverständlich die Gefahr der Verteuerung des Leuchtöls wieder gegeben!

Obwohl das Zentrum sich anfänglich gegen den Antrag der Konservativen, die Kleinhändler am Monopol zu beteiligen, erklärt hatte, stimmte es dann plötzlich für den Antrag, weil es wußte, daß dann der Sozialdemokratie das ganze Gesetz unannehmbar würde — und als dann der Zusatzantrag angenommen wurde, stimmte das Zentrum mit den Sozialdemokraten gegen den ganzen § 1! Durch diesen schlauen Schachzug glaubte das Zentrum sein Ziel erreicht zu haben, nämlich das ganze Gesetz zu Fall zu bringen. Und wirklich wurde es nur dadurch möglich, weiter zu beraten, daß über den Titel und die Ueberschrift noch abzustimmen war, und dafür die gesamte Linke stimmte. Dadurch war für die Kommission eine zweite Lesung des Entwurfs möglich geworden.

Inzwischen hatten Fortschrittler und Nationalliberale eingesehen, daß nur, wenn sie Seite an Seite der Sozialdemokratie arbeiteten, der Rockefeller-Trust besiegt werden kann. Andererseits hatten die Beratungen gezeigt, daß es noch einen anderen Weg gibt, um die Interessen der Konsumenten zu schützen, als ein Reichsmonopol, bei dem das Reich das gesamte Betriebskapital aufbringt.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beantragten nämlich, daß eine Aktiengesellschaft gebildet werde, bei der die Aktien zu einem Fünftel aus Namensaktien bestehen, zu vier Fünfteln aus Inhaberaktien. Die Namensaktien werden auf den Namen des Reichs ausgestellt und sind nicht übertragbar, die Inhaberaktien kommen wie jede andere Aktie auf den Markt. Obwohl aber die letzteren ein fünfmal so großes Kapital repräsentieren als die Namensaktien, gewähren die Inhaberaktien ihren Besitzern nicht das fünffache Stimmrecht, wie das eine Fünftel der Namensaktien, sondern die Namensaktien haben in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft 52 Proz. des Stimmrechts und sämtliche Inhaberaktien zusammen haben nur 48 Proz. des Stimmrechts.

Infolgedessen hat das Reich, das der Besitzer der Namensaktien wird und bleiben muß, trotzdem es sich nur mit einem Fünftel des Kapitals beteiligt, doch stets die Mehrheit der Stimmen in der Generalversammlung. Die Folge davon ist also, daß das Reich unter allen Umständen der alleinige Beherrscher der Generalversammlung ist, demnach die Macht hat, den gesamten Aufsichtsrat und demgemäß auch den Vorstand der Generalversammlung nach seinem Ermessen zu bestimmen, so daß es dadurch die ganze Verwaltung der Aktiengesellschaft ganz allein in Händen hat — genau so, als wenn ohne Beteiligung von Privataktionären das Reich allein das Monopol durchführen würde.

Es ist also nicht ein gemischter Betrieb konstruiert, bei dem das Reich gemeinsam mit Privataktionären die Verwaltung ausübt, sondern ein reiner Reichsbetrieb, bei dem aber das Betriebskapital nicht allein vom Reich, sondern auch von Privaten aufgebracht wird.

Diese Form bietet den Vorteil, daß im Falle eines Krieges der im Auslande befindliche Besitz von Leuchtöl, Lagerstätten, Desseltern — denn der Erwerb der letzteren ist ja nicht ausgeschlossen — als Privateigentum einer Aktiengesellschaft nicht beschlagnahmt werden kann — ein so wichtiger Faktor zugunsten dieser Betriebsform, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, der unsere Kommissionsmitglieder ihre Vorschläge zunächst vorlegten, mit denselben einverstanden war.

Zum Ärger des Zentrums erklärten sich aber nun auch die fortschrittlichen und nationalliberalen Kommissionsmitglieder mit den sozialdemokratischen Anträgen einverstanden und, wie bereits mitgeteilt, wurden diese am vergangenen Freitag gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen.

Danach lauten jetzt die bisher angenommenen Bestimmungen des Entwurfs dahin, daß das Reich, falls es nicht selbst die Einfuhr und die Herstellung von Leuchtöl sowie den Großhandel im Zolllande betreibt, diese Befugnisse an eine Aktiengesellschaft (Betriebsgesellschaft) gemäß den weiteren Vorschriften des Gesetzes übertragen kann, und zwar erstmalig bis zur Dauer von 20 Jahren (nicht, wie der Regierungsentwurf wollte, von 30 Jahren) und nach Ablauf dieser Zeit nur mit Zustimmung des Reichstages. Die Satzungen der Betriebsgesellschaft und jede Änderung bedürfen der Zustimmung des Reichskanzlers, dessen Aufsicht die Betriebsgesellschaft direkt untersteht. Der Reichskommissar, der alles zu verantworten und nichts zu sagen haben sollte, ist fortgefallen. Die Verwaltung der Gesellschaft untersteht einzig und allein der Nachbegründung des Reichs, das durch seine Namensaktien 52 Prozent des Stimmrechts in der Generalversammlung besitzt, also, wie schon dargelegt, genau so unumschränkt schalten und walten kann, als wenn eine Beteiligung des Privatkapitals nicht vorhanden wäre.

Soweit liegen bis jetzt die Beschlüsse der zweiten Lesung in der Kommission vor. Sie zeigen, daß die in einem Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 16. Februar ausgesprochenen Forderungen, die dort zum Ausdruck kamen, bevor sie von den Beschlüssen zum § 4 vom Freitag Kenntnis genommen hatte, unbegründet sind. Es kann keine „private Gesellschaft“ am Petroleumhandel mitwirken, es kommt nicht nur „eine Kontrolle des Reichs“ in Frage, sondern das Reich ist der alleinige Geschäftsführer und der Reichskanzler ist dem Reichstage für die Geschäftsführung verantwortlich. Jedes Jahr gehen Gewinne oder Verluste des Reichs, die ihm durch seine Beteiligung an der Betriebsgesellschaft entstehen, durch den Etat; der Reichskanzler hat dem Reichstage Rechenschaft über die Geschäftsführung der Betriebsgesellschaft abzulegen und der Reichstag erhält so das Recht und die Möglichkeit, diese zu kontrollieren.

Durch diese Bestimmungen ist also zunächst die Grundlage für einen soliden Aufbau des Gesetzes gegeben. Unsere Genossen machen es selbstverständlich zur Bedingung für ihre weitere Zustimmung, daß einerseits die Kontrolle der Geschäftsführung durch den Reichstag, andererseits die möglichste Verbilligung des Leuchtöls im Gesetz festgelegt wird.

Bis alle diese Bedingungen erfüllt sind, werden noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein. Mit der vorläufigen Zustimmung zu den ersten Paragraphen des Entwurfs haben unsere Kommissionsmitglieder sich daher noch keineswegs irgendwie gebunden, dem ganzen Gesetzentwurf zuzustimmen, falls er nicht alle Bedingungen erfüllt, die wir im Interesse der Konsumenten und des unumschränkten Verbrauchsrechts des Reichs stellen müssen. Aber gegenüber dem offenkundigen Treiben des Zentrums, jede Gesetzgebung zu verhindern, die die Verdienste Rockefeller und seiner deutschen Vertreter einschränkt, und der ebenso offenkundigen Geneigtheit der Konservativen, ihren lieben schwarzen Freunden dabei behilflich zu sein, ist das bisherige Zusammenarbeiten der Liberalen mit unserer Partei in der Kommission ein brauchbarer Anfang für eine Umgestaltung des Petroleummonopolentwurfs zum Nutzen derer, für die allein er gemacht worden ist, der deutschen Petroleumverbraucher.

Der Freisinn als Hehler der Steuer-Drückeberger.

Wir haben in unserer Würdigung der am Freitag im Abgeordnetenhaus gepflogenen Debatten über die preussische Steuerreform gleich dem Genossen Strödel keinen Zweifel darüber gelassen, aus welchen Gründen die Landtagsmehrheit, zu deren Gefolgschaft natürlich wieder einmal der Freisinn gehört, unter allen Umständen die Steuerzuschläge beseitigen will: weil die neue Militärvorlage mit einer Besitzsteuer droht, sind die Geldsäcker in Preußen emsig am Werke, die seit dem Jahre 1909 gezahlten Steuerzuschläge zu beseitigen, damit sie in Preußen das an Steuerersparnisse sparen, was sie eventuell an Besitzsteuer — möge dieselbe nun im Reich oder auch in den Einzelstaaten gemacht werden — zu zahlen haben werden. Die Besitzenden wollen unter keinen Umständen mehr als bisher zahlen! Kommt eine Besitzsteuer für den Militarismus, so sollen die bereits bestehenden Besitzsteuern in Preußen entsprechend herabgesetzt werden!

Wenn es gilt, der nicht bestehenden Klasse die ungeheuerlichsten indirekten Steuern aufzubürden, denkt man natürlich gar nicht daran, auf der anderen Seite Kompensationen einzutreten zu lassen. Im Gegenteil, trotz des rapiden Wachstums der die Schultern der Nichtbesitzenden belastenden indirekten Steuern nahm die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses, auch damals einschließlich der Freisinnigen, nicht den geringsten Anstand, schon die Einkommen von 1200 M. ab mit direkten Steuerzuschlägen zu belasten, während doch selbst die Regierung in ihrem Entwurf die kleineren und mittleren Einkommen völlig frei lassen wollte. Aber nun handelt es sich um die Besteuerung des Geldsacks, und da ist im Abgeordnetenhaus schleunigst die Mehrheit vorhanden, um den preussischen Besitz um viele, viele Millionen zu entlasten!

Das Tollste aber ist, daß die „Freisinnige Zeitung“ sich nicht nur darüber entrüstet, daß die Sozialdemokratie im Parlament und in der Presse diese skandalöse Steuerdrückebergerei des Besitzes gebührend an den Pranger stellt, sondern ganz offen zugibt, daß auch für sie in der Tat keine anderen Motive vorliegen, als die vom Genossen Strödel und dem „Vorwärts“ gekennzeichneten. Die „Freisinnige Ztg.“ bestreitet nicht, daß alle die Ausgaben, die der „Vorwärts“ in Preußen für notwendig erklärte: Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter, der Gehälter der Unterbeamten, der Bezüge der Alpenzöcher, Mehrausgaben für die Volksschule, für sonstige Bildungszwecke, für hygienische Aufgaben usw., durchaus notwendig sind. Aber sie hält trotzdem die Steuerentlastung des preussischen Geldsacks für erforderlich, weil die Beibehaltung dieser preussischen Steuern — einer Steuerreform im Reich entgegenwirkt:

„Denn, während die Steuerzuschläge in Preußen entbehrlich sind, braucht das Reich, auch abgesehen von den militärischen Forderungen, die die extreme Linke — gleichfalls aus agitatorischen Gründen — in den Vordergrund stellt, dringend weitere Einnahmequellen, die doch nur durch eine Besitzsteuer geschaffen werden sollen. Einer derartigen allgemeinen Besitzsteuer aber würde es gewiß abträglich sein, wenn sich die „besitzenden Klassen“ auf ihre enorme Belastung in Preußen berufen könnten.“

Wie danken der „Freisinnigen Ztg.“ für ihr reizendes Sündenbekenntnis. Also nur deshalb soll — einzeln, ob die dringendsten Kulturaufgaben in Preußen darunter leiden — den preussischen Geldsäcken ein Liebesgeschenk von vielen Duzend Millionen gemacht werden, damit dann die Besitzsteuer für den Militarismus zustande kommt!

In welchem Maße es sich um ein Steuergeschenk an den Besitz handelt, mögen folgende Zahlen zeigen: Von den Steuerzuschlägen für physische Jeniten entfielen im Jahre 1911 auf die Einkommenstufe bis zu 3000 M. 3½ Millionen Mark, auf die Steuerstufe mit mehr als 8000 M. jedoch 31 Millionen Mark. Auch der Löwenanteil der Zuschläge von insgesamt 15 Millionen Mark, die von den nichtphysischen Jeniten aufgebracht werden, entfällt auf die besitzende Klasse. Ebenso müßten von den insgesamt 12¼ Millionen Mark Zuschlägen aus der Ergänzungsteuer (Einkommensteuer) 9¼ Millionen Mark von denselben aufgebracht werden, die ein Einkommen von mehr als 8000 M. besaßen. Es handelt sich also um nichts Geringeres, als eine fast totale Liebesgabe an die Besitzenden, die von der Landtagsmehrheit gefordert wird! Und dieser skandalöse Steuerdrückebergerei, der da auf Kosten der preussischen Staatsarbeiter, preussischen Unterbeamten, auf Kosten des Kulturstaaes Preußen getrieben wird und der keinen anderen Zweck hat, als dem preussischen Geldsack das Aufbringen einer für militärische Zwecke bestimmten Besitzsteuer minder schmerzlich zu gestalten, sollte von der Sozialdemokratie nicht gebührend an den Pranger gestellt werden?

Mag der Freisinn nach wie vor den Hehler und Mitschuldigen dieser preussischen Liebesgabenpolitik spielen, die Sozialdemokratie wird nicht müde werden, sein gemeinschädliches Verhalten aller Welt dargutun!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar 1913.

Aus dem Reichstag.

„Geht doch zu Zubeil!“ So hat ein verärgertes Postdirektor seine Unterbeamten angefaucht, als sie ihm mit Klagen zu nahen wagten. Diese Aufforderung ist ein sehr ehrenvolles Zeugnis für das Vertrauen, das unser Genosse Zubeil in den Kreisen der Postunterbeamten genießt. Natürlich hat der Herr Postdirektor seine Ermunterung nicht ernst gemeint, er hat damit aber wider seinen Willen gestanden, daß die Postbeamten genau wissen, wo sie ein offenes Ohr für ihre Klagen und den ernst und guten Willen, ihnen abzuhelfen, finden.

Da wir Sozialdemokraten den Beamten nicht unmittelbar helfen können, so bleibt uns kein anderes Mittel, als ihre

Beschwerden und berechtigten Wünsche im Reichstage zur Sprache zu bringen und dadurch die Leitung des Reichspostwesens zum Handeln zu veranlassen. Da unserem Genossen Jubeil die Klagen der Postbeamten im Laufe des Jahres in reichlicher Fülle zufließen, da er sich außerdem mit Verständnis und Liebe in die Beschwerden hineinbegeben, die die Beamten in zahlreichen Petitionen an den Reichstag gelangen lassen, so kann er naturgemäß das mannigfaltige Material nicht in einer Viertelstunde abtun. Durch seine umfangreiche Rede lang aber von Anfang bis Ende so unverkennbar das aufrichtige Bestreben hindurch, einer guten Sache zu nützen, und er wußte sie außerdem von Zeit zu Zeit durch so drastische Bemerkungen zu beleben, daß sie ein aufmerksames Ohr fand. Besonders hörten Herr Kraetke und sein Stab dem waderen Gaudegen sehr interessiert zu.

Die bürgerlichen Redner suchten die Wirkung, die solche warmherzigen Reden zweifellos auf die Beamten ausüben, gern durch den geistvollen Hinweis auf die hinlänglich bekannte Tatsache abzuschwächen, daß die Sozialdemokraten bei der Endabstimmung den Gesamtat ablehnen. Diese abgebrauchte Finte wird aber auf die Beamten keinen Eindruck machen. Sie werden sehr wohl zu würdigen wissen, daß eine Oppositionspartei zwar in allen Einzelheiten an der Verbesserung der Etats im Interesse des Allgemeinwohls mitwirken kann und doch aus politischen Gründen den im ganzen für das Volkwohl unbrauchbaren Etat ablehnen muß, weil sie die Verantwortung für den Gesamtat der herrschenden Mehrheit überlassen muß.

Auch der mehrmalige Hinweis auf eine Keuherung eines früheren sozialdemokratischen Redners, der das Geringfügigkeitsverhältnis der Beamten geißelt hatte, wird nicht den Zweck erreichen, den sich Herr Kraetke und die bürgerlichen Redner davon versprechen. Man beleidigt die Beamten nicht, wenn man die Unfreiheit ihrer beruflichen und politischen Stellung angreift, was beides zu bessern; wohl aber ist es eine Beleidigung der Beamten, wenn man ihnen, die vollberechtigte Staatsbürger wie alle anderen sind, das volle politische Recht eines Staatsbürgers vorenthält, und wenn man diese Entrechtung mit allerlei faulen Redensarten über Beamten-treue, Dienstleid und andere metaphysische Antiquitäten zu bemänteln sucht.

Herr Kraetke stürzte sich noch einmal in rednerische Unkosten, um für seine geliebte Ostmarkenzulage einzutreten. Die Beamten der Reichspost im Osten bekämen sie, weil sie die preussischen Beamten an der Disgrenze erhielten. Und nun solle sich der Reichstag endlich dazu bequemen, dieser einfachen Logik zu folgen.

Also nieder einmal soll das Reich tanzen, wie Preußen pfeift! Es wird wohl kaum einen Titel des Reichsetats geben, bei dem nicht das unfeindliche Geringfügigkeitsverhältnis des Deutschen Reiches zum Preußen der ostelbischen Gutsherrn in die Erscheinung tritt. Am Mittwoch wird eine namentliche Abstimmung darüber entscheiden, ob das Reich sich auch in der Ostmarkenfrage löblich dem Diktat preussischer Skandalrebellin und ihrer „nachgeordneten“ Behörden in den Reichsämmern unterwirft.

Nochmals die Klassenjustiz.

In der am Montag im Abgeordnetenhause vor leeren Bänken fortgesetzten Beratung des Etats der Justizverwaltung gaben auch Vertreter der bürgerlichen Parteien, wenn auch unbewußt, das Vorhandensein einer Klassenjustiz zu. Zwar bemühten sie sich, wie gewöhnlich, die Anklagen der Sozialdemokraten als unsaltbar und ihre Ausführungen als übertrieben zu bezeichnen, aber im Grunde genommen mußten sie das, was der sozialdemokratische Redner gesagt hatte, unterstreichen. Anstatt nämlich an dem Wort „Klassenjustiz“, aber den Begriff der Klassenjustiz können sie nicht aus der Welt schaffen. Denn ist es etwas anderes, als ein Spiel mit Worten, wenn der Redner des Zentrums offen eingesteht, daß die Richter sich nicht von ihren politischen Anschauungen frei machen können? Das ist es ja gerade, was die Sozialdemokratie stets behauptet, das ist es, was sie unter Klassenjustiz versteht. Die Anschauungen der Klasse, der die Richter entnommen werden, ihr bewußter oder unbewußter Gegenstand zu den Anschauungen und Empfindungen der Arbeiterklasse muß sie notwendig dazu treiben, die Urteile von ihrem einseitigen Klassenstandpunkt aus zu fällen. Unrecht allerdings hat der Zentrumsredner, wenn er das auf die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen zurückführt. Nicht die Unvollkommenheit der menschlichen, sondern der gesellschaftlichen Einrichtungen trägt die Schuld an der Klassenjustiz, und deshalb wird die Klassenjustiz erst mit dem Aufhören der Klassen selbst verschwinden.

Unserem Genossen Lieblincht war es ein Leichtes, in kurzen Zügen nochmals den Standpunkt der Sozialdemokratie darzulegen und seine Ausführungen vom Sonnabend durch weiteres Material zu ergänzen.

Im übrigen wurde, wie üblich, beim Zustand der Kampf gegen Säunig in Wort und Bild gepredigt und über die Gefängnisarbeit geklagt, die der freien Arbeit schwere Konkurrenz bereitet. Weiter wurde ein schärferes Vorgehen gegen unreelle Ausverkäufe gefordert und im Interesse der Rechtspflege für ein besseres Verhältnis zwischen Richtern und Anwälten plädiert.

Am Dienstag hofft man die Beratung des Justizetat zu Ende zu führen.

Die preussischen Landtagswahlen.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, steht es nunmehr fest, daß die Urwahlen am 16. Mai stattfinden. Der Schluß der Session wird Anfang Mai erfolgen. An den Schluß der Beratungen wird die dritte Lesung des Eisenbahn-Anleihegesetzes gestellt, damit die Abgeordneten, die dabei keine Wünsche haben, in ihren Wahlkreisen agieren können.

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlbündnis.

Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Land! heißt's in einem alten Lied. So haben sich denn auch einigem beschämten Sperren die Nationalliberalen und Fortschrittler der Provinz Brandenburg zum heiligen Herzogtum für die nächsten Landtagswahlen zusammengeschlossen. Die Präliminarien sind beendet, und die selbige Frage der Mandatsverteilung ist „zufriedenstellend“ gelöst. Es sollen gemeinsam aufgestellt werden: zwei Nationalliberale und ein Fortschrittler für Ost- und Westprignitz, ein Nationalliberaler und zwei Fortschrittler für Niederbarnim, je ein Nationalliberaler und ein Fortschrittler für die zwölf Wahlbezirke: Ruppin-Templin, Prenzlau-Angermünde, Arnswalde-Friedeberg, Königsberg R., Ost- und West-Sternberg, Ludau-Lübben, Landsberg-Soldin, Frankfurt a. O., Sorau-Forst, Teltow-Weesow, Zülichau-Srossen und Kottbus-Spremberg; je ein Nationalliberaler für die beiden Wahlkreise Potsdam und Jüterbog und je ein Fortschrittler für die drei Wahlkreise Dönhavelland, Charlottenburg und Schneberg-Neußän.

Im Wahlkreise Westhavelland-Brandenburg, auf den sich das Wahlbündnis nicht erstreckt, sind bei der letzten Wahl im Jahre

1908 die konservativen Abgeordnete v. Brandenstein, Graf Oredot und Meppen mit 265 resp. 268 Stimmen gewählt worden, während die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei 226 bis 228, die sozialdemokratischen Kandidaten 136 Stimmen erhalten haben.

Zur Landtagswahl in Oberbarnim.

In der Erörterung über die Landtagswahlverhältnisse im Kreise Oberbarnim-Niederbarnim-Zülichau in Nr. 40 des „Vorwärts“ hat sich ein unklarer Druckfehler eingeschlichen, den unsere Leser wohl schon selbst aus den anderen in der Notiz enthaltenen Angaben über die Stärke der Parteien herauskorigiert haben. Als Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgang 1908 ist in dem Artikel 508 statt 588 angegeben. Beim ersten Wahlgang entfielen im Jahre 1908 auf den konservativ-freisinnigen Block 1019, auf die Sozialdemokraten 588, auf andere (im wesentlichen freisinnige, nationalsozialistische und nationaldemokratische) Kandidaten 160, insgesamt also 1767 Wahlmänner. Die entsprechenden Zahlen für den zweiten Wahlgang waren: 1084, 588, 145, 1767, für den dritten: 1090, 588, 152, 1768.

Andere Sitten.

Das offizielle Organ des österreichischen Kriegsministeriums, die „Militärische Rundschau“, widmet dem Andenken des ermordeten Gegners folgenden bemerkenswerten Nachruf:

Der durch eine wahrhaftige Tat hingeraffte Abgeordnete Franz Schumier gehörte auch wiederholt der österreichischen Delegation an, wo er sich besonders als Mitglied des Heeresausschusses betätigte.

Obwohl seiner Parteistellung nach grundsätzlicher Gegner der Heeresverwaltung, die er gar oft einer sehr scharfen Kritik unterzog, hat er doch nie das sachliche Gebiet verlassen und stets nur mit lokalen Waffen seine Anschauungen verfochten.

Seine grundgescheiten, stets auf ein ungemein sorgfältig gesammeltes reichhaltiges Material gestützten Ausführungen, die er bei aller Schärfe doch mit gewinnender Bonhomie vorbrachte, wurden von den Vertretern der Heeresverwaltung mit größtem, seiner Bedeutung angemessenem Interesse aufgenommen.

Seine hierbei an den Heeresverrichtungen geübte, vielfach anregende Kritik fand bei der Heeresverwaltung stets gebührende Beachtung.

Seine Persönlichkeit erlangte sich bei jedermann uneingeschränkte Hochachtung und aufrichtige Verehrung. Er war in seiner Art auch ein Soldat seiner Ideen, ein ganzer Mensch, also ein Kämpfer.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bemerkt hierzu: „Diese Anerkennung der Persönlichkeit und des Wertes eines gefallenen Gegners ist nicht bloß als eine ritterliche Verbeugung anzusehen, sondern enthält auch eine in vieler Hinsicht sehr zutreffende Würdigung, die der Urteilsfähigkeit und Objektivität ihrer Urheber Ehre macht.“

Für deutsche Leser sei noch bemerkt, daß die Kritik Schumiers an militärischen Einrichtungen an Schärfe keiner sozialdemokratischen Kritik anderer Länder nachstand.

Franz Haber Schädler.

Der Zentrumsabgeordnete Domdekan Dr. Schädler ist nach langer schwerer Krankheit im 62. Jahre gestorben.

Er wurde am 5. Dezember 1852 in Oggersheim in der bayerischen Rheinpfalz als Sohn eines Polizeikommissars geboren. Anfangs der achtziger Jahre trat er zuerst politisch hervor, als er in Landau, nachdem er ein Jahr Barret in Waldheim gewesen war, am dortigen Gymnasium als Religionslehrer wirkte. Seit 1891 war er päpstlicher Hausprälat und apostolischer Protonotar. In den Reichstag wurde er zuerst 1890 gewählt, und zwar von Städtl, ver-lauschte aber später sein Stimmrecht Mandat mit dem Bamberger.

Mit Dr. Schädler verliert die Zentrumsfraktion des Reichstages ihren zweiten Vorsitzenden. Vor seiner Krankheit galt er als einer der hervorragendsten Debattier der Zentrumsfraktion, dessen Humor speziell bei Fraktions-sitzungen, in denen manchmal die Wogen der Erregung recht hoch gingen, nie versagte.

Im bayerischen Zentrum — 1891 wurde er auch in den bayerischen Landtag gewählt — spielte er neben Richter und Orterer eine Hauptrolle und vermittelte öfters zwischen diesen und Dr. Heim. In dem Richtungsstreit zwischen den Kölnern und Berlinern ergriff Schädler nicht offene Partei; seine Sympathien mögen aber wohl bis zuletzt auf Seiten der Kölnner gestanden haben.

Durch Schädlers Tod wird eine Nachwahl in Bamberg erforderlich. Bei der letzten Reichstagswahl im vorigen Jahre erhielt er 14724, unser Kandidat 5026 und der Fortschrittsmann 4439 Stimmen. Die Ansichten, dem Zentrum das Mandat abzunehmen, sind also sehr gering. Seit 1871 ist der Bamberger Kreis im festen Besitz des Zentrums. Die Zentrumsleitung, die schon seit längerer Zeit mit dem Tode Schädlers rechnete, soll bereits, wie aus München gemeldet wird, das Bamberger Mandat dem Domprediger Reichl angetragen haben.

Ungarn.

Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Debatte im Wahlrechtsausschuß hat ein regierungsfreundlicher Abgeordneter im Auftrage der Regierung um eine Änderung nachgesucht, und zwar sollte im § 6 des Wahlrechtsgesetzes der Passus gestrichen werden, der verlangt, daß der Arbeiter zwei Jahre ununterbrochen bei einem Arbeitgeber beschäftigt sei, und daß für den Passus folgendes eingefügt werde: Wähler ist jeder Arbeiter, der in der Industrie, im Handel oder Gewerbe, auch bei den Kohlenbergwerken, durch ein Zeugnis bewirkt, daß er ein gelernter Arbeiter ist, oder Hilfsarbeiter, welche während fünf Jahren drei Jahre bei derselben Branche gearbeitet haben. Diese Änderung ist eine Konzession an die industrielle Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie kann diese Änderung jedoch nicht annehmen, da durch sie noch die gesamten landwirtschaftlichen Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen würden. Die Änderung dieses Passus würde der Arbeiterschaft insgesamt etwa 50 000 Stimmen mehr bringen.

Der „Panamisten“-Prozess.

Am Montag begann der Prozess des Ministerpräsidenten Lulacs gegen den gewissen Sozialsekretär Desj, welcher bekanntlich am 18. September 1912 den Ministerpräsidenten den größten Panamisten der Welt genannt hatte. Bei der Verhandlung ergab sich ein Nebenbündel zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidiger. Der Verteidiger verteidigt die Ansicht, daß ein Panamist ein Mann sei, der, gleichviel ob in eigene Tasche oder zum Wohle seiner Freunde, seiner Bekannten oder seiner Partei Panamageschäfte abschließt. Der Staatsanwalt stellte sich hingegen auf den Standpunkt, daß der Ministerpräsident Lulacs nur dann ein Panamist genannt werden könnte, wenn er die vier Millionen, um die es sich hier handelt, zu eigenen Zwecken verwendet hätte. Zum Schluß der Verhandlung verlangte der Oberstaatsanwalt Einschränkung des Beweisverfahrens, da er genug Grund hat, zu be-

fürchten, daß bei der Verhandlung die Panamageschichten des Ministerpräsidenten vollständig bewiesen würden. — Die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Frankreich.

Das Echo der Militärvorlage.

Paris, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Regierung wird in der nächsten Woche der Kammer drei Vorlagen über die Verstärkung des Landheeres machen. Das Programm umfaßt die Forderung eines Credits von 70 bis 80 Millionen Frank für im laufenden Jahre auszuführende Reformen am Heeresmaterial, namentlich der Festungen und Artilleriemunition, wofür die letzten Budgets mehrere Jahre vorgezogen. Ferner werden gefordert 500 Millionen Frank für schnellste Ausführung von Verstärkungen der Festungsartillerie, der Munition der schweren Artillerie und der Aeronautik innerhalb eines festen Termins. Drittens sollen die Effektenbestände verstärkt werden. Wenn administrative Maßnahmen nicht ausreichen, sollen gesetzliche getroffen werden. Vorgezogen ist auch entweder die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für alle Gattungen der Armee oder ein gemischtes System. Der „Temps“ meldet, daß der Kriegsminister die allgemeine Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit befürwortet. Endlich glaubt die Regierung, daß das durch das neue Kaderegesez bestimmte Kompagnieminimum von 115 Mann unzureichend sei. Die Regierung wird von den Kammern dringliche Beratung über die Effektivstärke fordern und die Vertrauensfrage stellen.

Belgien.

Die Generalfreiworbereitungen in Gent.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet unterm 15. Februar: Dienstagabend versammelten sich die Vertreter der Genter Organisationen im „Booruit“, um die vorbereitenden Maßnahmen für den Generalfreistrit zu beraten. Es waren alle Gewerkschaften, politischen Gruppen, die Genossenschaftsorganisationen und die verschiedenen sozialistischen Klubs vertreten. Anseele führte den Vorsitz.

Anseele besprach die Sachlage und die Entscheidungen des nationalen Streikkomitees, die von den Delegierten affamiert wurden. Es wurde hierauf beschlossen, eine entsprechende Propaganda für den Generalfreistrit, auch in der ländlichen Umgebung, einzuleiten und in den Werkstätten und Fabriken die Geister vorzubereiten.

Am 2. März finden nach dem Muster der Brüsseler Föderation an einem Tag Propaganda-Generalversammlungen sämtlicher Gewerkschaften statt, denen sich ein Konstermeeting und eine Straßenmanifestation anschließen wird.

Vom 14. April, dem Streikbeginn, finden unentgeltliche Suppen- und Brotausgaben an die Streikenden statt. Auch die Unterstüßungen an Geld wurden geregelt.

Die Fabrikanten werden im Laufe der nächsten Woche davon verständigt, daß am 14. April die Arbeit ruhen wird.

Der Postminister gegen die Generalfreistritpropaganda.

Auf Anordnung des Ministers für das Postwesen verweigert die Post die Expedition aller Korrespondenzen, die mit den roten runden Generalfreistritsignetten versehen sind und den Vermerk tragen: „Spazet für den Generalfreistrit“. Am Dienstag wird der sozialistische Deputierte Ropez den Minister über die Angelegenheit interpellieren. Der Post genügt es nicht, diese Korrespondenzen nicht zu befördern, sie sendet sie auch nicht an die Absender zurück. Ja, wenn es sich um eine Reklame für eine bürgerliche Lustbarkeit oder um eine Reklame für eine kirchliche Veranstaltung und dergleichen handelte!

Militärische Komödie.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Belanlich bewachten sich die Sozialisten dagegen, daß Herr v. Broqueville seine „Erklärungen“ über das Militärprojekt der Regierung in einer geheimen Sitzung abgebe, über die die Deputierten sich verpflichtet sollten, Grabeschweigen zu bewahren. Es kam zu einem kleinen Skandal, welcher den teilfähigen Ministerpräsidenten veranlaßte, seine geheimnisvoll angekündigten „Erklärungen“ auf den nächsten Tag zu verschieben. Die Journalisten wurden dann nicht nur von der Pressebörse verbannt, sondern vorsichtigerweise nach einem vom Sitzungssaal ziemlich entfernten Raum expediert. Nicht etwa, weil man annahm, daß die Journalisten gar so seine Obren haben, sondern man wußte von vornherein, daß das subtilistisch angekündigte „Geheimnis“ Herrn von Broquevilles mit einem etwas lauten Erschauen ausgenommen werden würde.

Denn das so sensationell-reklamehaft zweimal angekündigte „Geheimnis“ war nur ein bühnen Theater, das inszeniert wurde, um den „Antimilitaristen“ der Rechten ihre Position vor den militärischen Reorganisationen sehr abgeneigten bäuerlichen Wählern etwas zu erleichtern.

Herr v. Broqueville begann seine sensationelle Enthüllung mit der Befestigung einer seit Monaten bekannten Zeitungsnachricht, die über die Vorstellungen auswärtiger Regierungen bezüglich der Landesverteidigung Belgiens informiert hatte. Die Kammer wartete wieder und Herr v. Broqueville sprach oder vielmehr las weiter über die Art der Verteidigung Belgiens im Kriegsfall. „Aber das wissen wir ja sowieso. Seit Jahren halten wir Ihnen das vor“ läßt es von der Linken. „Herr Desfrée hat es Ihnen erst vorige Woche gesagt“ ruft ein anderer von der Opposition. „Sehr gut, Sie fangen also an, der Opposition recht zu geben“, noch ein anderer. „Es hätte genügt, wenn Sie das den 25 oder 30 Leuten von der Rechten gesagt hätten, die so tun, als ob sie das nicht wüßten.“ „Das ist ja eine Komödie“ ruft eine andere Stimme von links. — Je weiter sich Herr von Broqueville in strategisch „sensationelle“ Enthüllungen d. h. seit Jahr und Tag bekannte Dinge vertiert, je mehr nimmt die — Heiterkeit und der Zwischenstruktur von links zu. „Das sind ja die Artikel vom General Langlois aus dem „Temps“!“, „Das stand ja schon vor mehr als zwei Jahren in der „Gazette“. Und schließlich sagt einer das erlösende Wort: „C'est le secret de Polichinelle!“ Zu deutsch: „Das ist das „Geheimnis“ Herrn v. Broquevilles.“ — Aber es war halt doch eine „geheim“ Sitzung und der Ministerpräsident war umgeben von jener geheimnisvollen internationalen Atmosphäre, die den blamösen und wallonischen Bauern, die von dem ganzen militärischen Koller nichts wissen wollen, Respekt einflößen soll. — Die von dem Broquevilleschen „Theater“ nicht zu faszinierende Öffentlichkeit stimmt aber in das Wort eines bekannten Parlamentarismiedes ein, das nach dem ministeriellen Bluff dem Minister zurief: „Sie machen sich über die Kammer und das Land lustig!“ — Das sind so die „Geheimnisse“ des belgischen Militarismus. Leider gibt es noch ein anderes, wirkliches Geheimnis: Was das Militärprojekt der Regierung das Volk kosten wird. Dies ist bis zur Stunde wenigstens doch noch eine Art „Geheimnis“ geblieben.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

In einer am Sonntag abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin vom Deutschen Bauarbeiterverband referierte der Zweigvereinsvorsitzende **Hanke** über die Lohnbewegung. Nach einem historischen Rückblick auf die Lohnkämpfe früherer Jahre und die veränderten Verhältnisse, die jetzt für die Lohnbewegungen bestimmend sind, führte der Redner aus: Wir haben bei der Bewegung von 1910 den Unternehmern gezeigt, daß ihr Wille nicht Gesetz ist und daß sie uns keinen Vertrag aufzwingen können, der nur ihren Interessen dient. Inzwischen hat der Arbeitgeberverband an der Stärkung seiner Position gearbeitet. 1910 rühmte er sich, er könne seine kapital-schwachen Mitglieder wochen-, ja monatelang in einem Kampfe über Wasser halten. Wir haben gesehen, daß er es nicht konnte. Gleich nach der Bewegung von 1910 hat der Arbeitgeberverband einen Wehrfonds gegründet, durch den er erreichen wollte, was ihm damals nicht möglich war. Wie hoch sich der Wehrfonds beläuft, wissen wir nicht. Es ist aber anzunehmen, daß die Unternehmer in dieser Hinsicht ihrem Ziel näher gekommen sind. Doch das wissen wir, daß wir mit unseren 365 000 Mitgliedern und unserem Vermögen von 12 Millionen es mit den Unternehmern aufnehmen können. Was nun die gegenwärtige Situation in Berlin betrifft, so haben wir mit einer schlechten geschäftlichen Konjunktur zu rechnen. Günstig ist aber für uns, daß der Kampf der Stuckateure mit Erfolg beendet wurde. Auch die Fliesenleger haben den Versuch der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, mit Erfolg abgewehrt und dazu noch eine, wenn auch nicht große, Lohnerhöhung erreicht. Die Holzarbeiter haben durch Verhandlungen einigermaßen günstige Resultate erzielt und voraussichtlich wird der Friede in der Holzindustrie erhalten bleiben. Auch im Malergewerbe dürfte die Bewegung einen friedlichen Abschluß finden. Im Hinblick auf diese Situation können wir mit vollkommener Ruhe und Zuversicht den weiteren Gang der Dinge erwarten, um so mehr, wenn wir noch in nächster Zeit alles tun, was zur weiteren Stärkung unserer Reihen beitragen kann.

Als uns die Unternehmer mitteilten, daß sie bereit wären, den bestehenden Vertrag auf drei Jahre zu verlängern, da antworteten wir, daß wir eine solche Absicht nicht haben. Eine Verlängerung des Vertrages kann nur eintreten, wenn die Löhne aufgebessert werden. Die Unternehmer haben uns darauf noch keine Antwort zukommen lassen. Weitere Verhandlungen sind erst in einigen Wochen zu erwarten. Ein greifbares Resultat der Verhandlungen liegt also noch nicht vor. Wenn wir im Sinne der Organisation tätig sind und unsere Mitglieder von der Notwendigkeit weiterer Maßnahmen überzeugen, dann wird es uns gelingen, eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Wir müssen uns an den Weg halten, den uns die Stuckateure und die Fliesenleger gezeigt haben. Tun wir alles, was zur Festigung der Organisation erforderlich ist, dann werden wir die Lohnbewegung mit Erfolg beenden.

Dem Referat folgte eine längere sehr rege Diskussion. Zuerst nahm ein Hilfsarbeiter das Wort. Er verwies darauf, daß die Differenz zwischen den Löhnen der gelernten Bauarbeiter und der Hilfsarbeiter nirgend so groß sei wie in Berlin. Einem Maurerlohn von 80 Pf. stehe ein Lohn der Hilfsarbeiter von 55 Pf. gegenüber. In anderen Orten betrage die Differenz nur 10 Pf. Es müsse darauf gedrungen werden, daß die Löhne der Hilfsarbeiter den Löhnen der gelernten Arbeiter näherkommen. — Ein anderer Redner forderte die tarifliche Regelung der Löhne und Einbeziehung der Vorträger in den Tarif. — **Wolff** vermißt im Referat Angaben über das, was bei den Verhandlungen bis jetzt herausgekommen ist. Er beklagt, daß unter den Maurern ein ziemlich hoher Grad von Gleichgültigkeit eingerissen sei. Dadurch würde den Unternehmern die weitgehendste Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglicht. Afford und Lohnafford werde unter den schlechtesten Bedingungen geleistet. Darüber habe — so hätten die Mitglieder beschlossen — bei den Verhandlungen gesprochen werden sollen. Ueberstunden würden

häufig gemacht, während doch eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden sollte. Jetzt sei der Unternehmer absolut Herr auf dem Bau. Jeder Kollege, der sich nicht willig füge, werde hinausgeworfen. Dagegen müsse Vorsehrung getroffen werden.

Hanke sagte, daß die Unternehmer sich im Laufe der letzten Vertragsperiode viele Vertragsverletzungen hätten zuschulden kommen lassen. Nur ein kleiner Teil davon sei vor die Schlichtungskommission gekommen. Die Kollegen hätten sich leider viel gefallen lassen, ohne ihr Recht zu verlangen. Hinsichtlich des Lohnes seien keine großen Beschwerden vorgekommen, um so mehr aber wegen Bezahlung der Ueberzeit. Ueberstreichungen der Arbeitszeit seien häufig vorgekommen. Der Vorträge bestimme, wie lange gearbeitet werde, und wer sich nicht füge, der werde mit der Hungerpeitsche gezwiebelt. Was hier wegen der Hilfsarbeiterlöhne gesagt wurde, sei richtig. Aber die durchaus berechtigte Forderung der Hilfsarbeiter werde nicht schon erfüllt, wenn sie an die Unternehmer gestellt werde, sondern es gehöre eine starke Organisation der Hilfsarbeiter dazu. Als die Forderung eines Ausgleichs zwischen den Löhnen der gelernten und der Hilfsarbeiter für das Betongewerbe gestellt wurde, hätte der Vertreter der Unternehmer sie einfach abgetan mit der Bemerkung: „Diese Forderung werden wir nicht bewilligen.“ — Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei in der Schlichtungskommission gefordert worden. Aber wie die Dinge liegen, könne diese Forderung nur durch Kampf verwirklicht werden. Es würde wohl am besten sein, wenn es die Bauarbeiter so machen wie die Holzarbeiter und Maler, die eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit fordern und so auch zum Ziel gelangen. Die Frage des Arbeitsnachweises werde nicht genug beachtet. Auch diese Frage müsse bei den Verhandlungen hervorgehoben werden. Es sei auch zu erwägen, ob nicht dem einseitigen Arbeitsnachweis der Unternehmer ein von den Arbeitern zu errichtender Arbeitsnachweis entgegengestellt werden solle. Wenn das geschehe, dann würde der paritätische Arbeitsnachweis nur eine Frage der Zeit sein.

Die übrigen Redner äußerten sich in ähnlichem Sinne wie die vorhergegangenen. Es wurde betont, daß ein dreijähriger Vertrag nur unter der Bedingung abgeschlossen werden dürfe, daß eine Lohnerhöhung gewährt werde. Eine Zulage von 10 Pf. für gelernte und 15 Pf. für ungelernete Arbeiter forderte ein Redner. Wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden, dann solle kein Tarif abgeschlossen werden. — Ein anderer Redner meinte dagegen, wenn man die Forderungen nicht so hoch stelle, hätte man mehr Aussicht, sie bewilligt zu erhalten.

Hanke sagte im Schlußwort, die Forderung, die Löhne der Hilfsarbeiter denen der gelernten Arbeiter näherzubringen, sei durchaus berechtigt. Den gelernten Arbeitern könne man keinen Vorwurf daraus machen, daß die Löhne der Hilfsarbeiter so niedrig sind. Man dürfe nicht glauben, daß die Unternehmer den Hilfsarbeitern höhere Löhne bewilligen, wenn die gelernten Arbeiter auf eine Lohnerhöhung verzichten würden. In dieser Hinsicht für die Hilfsarbeiter etwas zu tun, seien die gelernten Arbeiter zu ihrem Bedauern leider nicht in der Lage. Die Erd- und Arbeiter, die noch wesentlich schlechter bezahlt werden als die Bauarbeiter, hätten noch nicht unter den Vertrag gebracht werden können und das liege zum großen Teil an den betreffenden Arbeitern selbst, denn sie seien für die Organisation meist nicht zu haben. Die Vorträger in den Tarif aufzunehmen, werde bei den Verhandlungen beantragt werden. Ueber die Frage des Arbeitsnachweises herrsche in den Kreisen der Arbeiter noch große Unklarheit. Die Meinung über die Notwendigkeit einer geregelten Arbeitsvermittlung sei ja nach Lage der Konjunktur verschieden. Darüber müßten sich die Kollegen klar sein, daß die Einrichtung und der Betrieb eines eigenen Arbeitsnachweises durch die Arbeiterorganisation große Opfer erfordere. Gegenwärtig müsse alles daran gesetzt werden, um die Organisation auch nach innen zu stärken. Dann können wir jeder Situation ruhig entgegensehen. (Beifall.)

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in der A. G. O., Volkstrafe und Brunnenstraße, dauert unverändert fort. Der Betrieb ist nach wie vor streng gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zu den Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Die von der zentralen Einigungsinstanz in die sieben Gautarifzuster bezwiesenen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit konnten allgemein ohne größere Zwischenfälle beendet werden. Nur die Unternehmer Mitteldeutschlands vor dem Gautarifamt in Leipzig haben offene Felle angelegt. Als hier die allgemeinen Auseinandersetzungen beendet waren und die Verhandlungen über die einzelnen Lohngebiete (Dresden, Weuthen mit Industriegebiet) begonnen hatten, wurden sich die drei Schiedsrichter Stadtrat Joppitz als Vorsitzender, Referendar Schindler-Weßlau als Vertrauensmann der Unternehmer und Arbeitervertreter Lütlich-Leipzig von den Gehilfen, schlüssig, daß die festzusetzenden Lohnerhöhungen nicht nur auf die Mindestlöhne, sondern wie beim letzten Tarifabschluß auf alle bisher gezahlten Löhne zu gewährt seien. Darauf erklärten die Unternehmervertreter, daß sie unter solchen Umständen von weiteren Verhandlungen abzusehen müßten. Auch der Hinweis der Arbeitervertreter müßte nichts, daß solche Erklärungen vorläufig gar nicht angebracht seien, sondern daß über sämtliche Ergebnisse der Verhandlungen erst in den am 22. und 23. Februar vor der zentralen Einigungsinstanz endgültig abschließenden Verhandlungen sich die Zentralorganisationen später definitiv erklären müßten; auch die Bemühungen des Vorsitzenden waren nutzlos. Darum gaben die drei Schiedsrichter folgende Erklärung ab:

Nach der Erklärung der Arbeitgeber sehen sich die Unparteilichen nicht mehr in der Lage, mangels zustande gekommener Vereinbarungen, einen Schiedsspruch zu fällen. Sie halten lediglich ihre beiden zuvor abgegebenen Erklärungen aufrecht.

Zu einer weiteren Entscheidung über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit fehlen ihnen weitere Informationen. Diese sind nur durch mündliche Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu erlangen.

Da seitens der Arbeitgeber die Verhandlung abgebrochen worden ist, fehlt jede weitere geeignete Unterlage für einen sachgemäßen Schiedsspruch.

Schon während der vorausgegangenen kurzen Verhandlung zeigte sich deutlich, daß die Unternehmer nur auf eine Gelegenheit warteten, die Verhandlungen abbrechen zu können.

Nun muß die Frage der Arbeitszeit und der Löhne für den Gau Mitteldeutschland nach den von den Zentralorganisationen getroffenen Vereinbarungen am 22. bezw. 23. Februar in Berlin verhandelt werden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wietzen, Neubrück. Informativteil verantw.: E. Blode, Berlin. Druck u. Verla.: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

9 1/2 Stunden festgelegt wird. Die tariflichen Mindestlöhne werden allgemein erhöht um 3 Pf., verteilt auf 3 Jahre. Die bestehenden Löhne erhalten eine nach den Lohngebieten abgestufte allgemeine Aufbesserung von 5 Pf., verteilt auf 3 Jahre. Der Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit ist eingerechnet.

Achtung! Maschinenpersonal der Schifffahrt!

Die am 10. Dezember 1912 über die Fischdampfer der Unterweserorte Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham verhängte Sperre wegen Tarifbruchs dauert unverändert fort. Alle gegenteiligen Erklärungen in der Presse oder seitens der Fischdampferreedereien durch Briefe, Depeschen oder mündliche Erklärungen von Agenten und Kapitänen, daß die Differenzen beigelegt seien, entsprechen nicht der Wahrheit. Das Maschinenpersonal der Fischdampfer führt mit aller Energie den Kampf für seine Rechte fort.

Die Fischdampfer werden fast sämtlich mit ungenügendem Maschinenpersonal besetzt in See gelandt, verschiedene Unglücksfälle sind infolgedessen schon zu verzeichnen.

Die gesetzlichen Bestimmungen werden zugunsten der Reeder außer Kraft gesetzt, obgleich über 200 Fischdampfermaschinen an Land liegen. Leute, die als Heizer anmustern, werden zum Oberbeizer befördert und müssen dann die Dienste des 2. Maschinisten versehen.

Folgendes Zeugnis spricht dafür, wie Reeder und Behörden gegen das Maschinenpersonal vorgehen:

Reederei:
Dampfer:
Für den ... Maschinisten
Dienstanztritt:
Dienstaustritt:
Dauer der Dienstzeit: 50 Monate 10 Tage.
Diensttätigkeit: gut.
Betragen: gut.
Rüchternheit: best.
Ursache der Entlassung: Aussperrung.

„Geestemünde, den ... Februar 1913.
Unterschrift des Kapitäns.

Vorsitzende Unterschrift wird hierdurch beglaubigt.
Geestemünde, den 12. Februar 1913.

Stempel der
Ausrüstungsbehörde.

Das Seemannsamt
gez. i. A. H. H. H. H.
Königl. Hafeninspektor.

Ein derart gezeichnetes Zeugnis ist sowohl nach der Seemannsordnung wie auch nach der Gewerbeordnung unzulässig; es wird gerichtlich angefochten.

Die Aussperrung wurde von Seiten der Reeder am 8. Januar d. J. für „aufgehoben“ erklärt und sämtliche Maschinisten mündlich und schriftlich aufgefordert, wieder an Bord zu kommen. Das lehnten die Maschinisten aber ab, weil die Reeder den durchbrochenen Tarifvertrag nicht von neuem anerkennen wollten und dies ist auch bis heute noch nicht geschehen.

Kein Maschinist oder Heizer lasse sich durch irgendwelche Versprechungen verleiten, Stellung auf einem Fischdampfer der Unterweserorte anzunehmen, da er dadurch seinen kampfenden Kollegen in den Rücken fällt.

Ein jeder übe strengste Solidarität!
Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie
Berufsgenossen Deutschlands.

Letzte Nachrichten.

Die Balkankrise.

Eine offiziöse bulgarische Stimme zu dem Konflikt mit Rumänien.

Sofia, 17. Februar. (B. T. Z.) In einer Besprechung der zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Streitfrage schreibt das Regierungsorgan „Mir“: Man kann jeden Augenblick entweder eine endgültige Verständigung oder den Bruch erwarten. Wir hoffen aber, daß die zwischen Rumänien und Bulgarien lange Zeit bestehende Freundschaft nicht einem Streite zum Opfer fallen wird, der zu so ungelegener Zeit aufgerollt ist. Denn es erscheint unbegreiflich, daß zwei Völker, die durch Interessen, Bestrebungen und gleiche Gefahren miteinander verknüpft sind, die Jahrhunderte hindurch brüderlich nebeneinander gelebt und die in der Geschichte mitzureden haben, plötzlich wegen des Besitzes Silistrias in einen Konflikt geraten, durch den sie einen Abgrund von Haß zwischen sich schaffen würden, der beiden zum Fluche gereichen würde.

Ein autonomes Mazedonien!

Konstantinopel, 17. Februar. (B. T. Z.) Den Vorkämpfern ist heute von einem Komitee zur Verteidigung der Interessen der Muselmanen, Israeliten und Aukowalachen ein Memorandum überreicht worden, darin wird die Autonomie Mazedoniens gefordert, die die einzige Garantie für Leben, Güter und Religion darstelle.

Großfeuer in Konstantinopel.

Konstantinopel, 17. Februar. (B. T. Z.) Im Stambuler Viertel Sultan Ahmed wütet ein Brand, welcher große Dimensionen anzunehmen droht.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Die Nachricht von der Abdankung des Präsidenten Madero hat sich nicht bestätigt. Die Kämpfe haben vielmehr auch am Sonntag fortgedauert. Sonntag früh wurde ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen, nach dessen Ablauf am Montag früh der Kampf wieder eingesetzt hat. Angeblich ist jetzt auch noch ein dritter Anwärter, namens Emilio Vasquez Gomez, auf den Präsidentenposten auf den Plan getreten.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Washington, 17. Februar. Madero hat an den Präsidenten Taft telegraphisch, es bestehe keine Gefahr für die Angehörigen der Vereinigten Staaten, wenn sie sich aus der Schußweite entfernten; die Regierung übernehme die Verantwortlichkeit für alle materiellen Schäden, die Ausländern erwüchsen, und biete Taft, seine Truppenlandung in Mexiko zuzulassen, weil eine solche schreckliche Folgen haben und die Lage noch ernster gestalten würde. — Das Kabinett der Vereinigten Staaten ist heute früh zusammengetreten und hat als Antwort auf Maderos Bitte um eine Erklärung, welche Politik die Vereinigten Staaten zu verfolgen gedächten, telegraphisch, die Politik werde dieselbe bleiben, wie in den letzten Jahren.

Befreiung einer Stadt durch die Aufständischen.

New York, 17. Februar. (B. T. Z.) Nach einem Telegramm aus Brownsville (Texas) ist die jenseits des Rio Grande gelegene mexikanische Stadt Matamoros heute früh ohne ernstlichen Widerstand in die Hände der Aufständischen gefallen. Das ist die zweite Grenzstadt, die von den Aufständischen befreit worden ist. Meldungen aus den meisten Gebieten Mexikos belegen, daß die Bevölkerung den Ausgang des Kampfes in Mexiko City erwartet, bevor sie sich für einen der Führer erklärt.

B. T. Z. u. Co., Berlin SW. Querz 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

114. Sitzung. Montag, den 17. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kracke.

Präsident Raempf macht dem Hause Mitteilung von dem gestern erfolgten Ableben des Abg. Dr. Schäbler (Z). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Die zweite Beratung des Postetats

wird fortgesetzt.

Abg. Jubeil (Soz.):

Von den 100 Millionen Ueberschüssen der Postbetriebe könnten sehr wohl einige Duzend denjenigen Beamten zugewandt werden, denen die Ueberschüsse in erster Linie zu verdanken sind. Herr Dertel meinte, wir Sozialdemokraten wollen den Unterbeamten nichts geben, denn wir lehnen ja den ganzen Etat ab. Das werden wir tun, solange die Mehrheit mehr als zwei Drittel für un-kulturelle Zwecke, für militärische Zwecke zu Wasser und zu Lande in den Etat eingestellt, um dann im gegebenen Fall eine massenhafte Menschenmälcherei ins Werk zu setzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten werden uns bei dem diesmaligen Postetat auf keinen Handel mit der Regierung einlassen, die Forderungen der Kommission sind das minimalste, was für die Beamten überhaupt verlangt werden kann. Alljährlich kommen von den Beamten eine Fülle von Petitionen an das Haus. Die Unterbeamten spüren von dem „warmen“ Herzen des Staatssekretärs nichts, zwischen ihm und ihnen ist eine Glaswand aufgeworfen. Auch das Vertrauen des Publikums zum Leiter unserer Postverwaltung ist im Schwinden begriffen, denn unter seiner Leitung ist es nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen, ich erinnere nur an die Verteuerung des Ortspostlos, an seine Versuche, die Telegraphengebühren zu erhöhen, an den Scheckverkehr, den er nicht fördern, sondern erschweren will. Für die Beamten hat er

immer nur Erhebungen

und noch den Erhebungen ein starres Bein. Er will immer sparen, sparen, sparen, aber an unechter Stelle, bei den unteren Beamten. Er bezieht als Jungeselle 44000 Mark; er sollte einmal zwei Jahre lang 40000 Mark davon abstreichen, dann hätte er vielleicht das Recht, zu sagen: die Beamten brauchen keine Zulage, Gehalt könnte werden, wenn der Aufsichtsdienst eingeschränkt wird. Auch das Straffsystem gibt auf allen Postämtern zu Klagen Veranlassung. Ein Teil der gehobenen Unterbeamten wird nicht in gehobenen Stellen beschäftigt, was die Dienstfreudigkeit nicht fördern kann. Durch eine einheitliche Regelung könnten ganz bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Der Bahnpostdienst könnte ganz von unteren Beamten geleistet werden, die freiverdenden mittleren Beamten könnten im Schalterdienst Verwendung finden, wo die Beamten jetzt schon stark überlastet sind, und mit dem steigenden Verkehr noch mehr überlastet werden müssen. — Bei den Telephon- und Telegraphenarbeitern haben die Löhne mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht Schritt gehalten. Der Anfangslohn ist ganz verschieden. In einigen Städten 3,20 M., 3,30 M., 3,40 M., in Hamburg 4 M., in Hannover und Erfurt aber nur 3 M. Sind denn dort die Lebensverhältnisse soviel billiger? Sie wünschen, daß das Reichspostamt eingreife und einheitliche Grundsätze der Entlohnung durchzuführen soll. Bei Krankheit verlieren sie ein Drittel bis ein Viertel ihres Einkommens. Die Post sollte doch, wie anständige Privatbetriebe, dafür sorgen, daß die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt wird. Auch bei der etatsmäßigen Anstellung erleiden die Leute einen Ausfall, was wohl aus der Welt geschafft werden könnte. Wenn ein Arbeiter krank geworden und von den Ärzten als unfähig und unbrauchbar bezeichnet wird, wird er wie eine ausgequetschte Zitrone auf die Straße geworfen und niemand kümmert sich darum, was aus ihm und seiner Familie wird. Auch das sollte der Staatssekretär einmal in den Bereich seiner Erwägungen ziehen.

Bei etwas gutem Willen hätte man die Telegraphenarbeiter sehr wohl in die Bezirkskrankenkasse aufnehmen können. Dann haben diese Leute auch den dringenden Wunsch, Berufskleidung von der Verwaltung zum Selbstkostenpreise geliefert zu erhalten. Dieser billige Wunsch sollte doch wirklich erfüllt werden.

Die Postaufseher bitten um Gleichstellung mit den mittleren Postbeamten der entsprechenden Rangklasse. Mit 37 Jahren erreichen Postaufseher unter Umständen erst ein Gehalt von 2100 M. Sie wünschen Anrechnung ihres Diätariums mit mindestens 6 Jahren, damit sie früher in den Besitz ihres Höchstgehalts und der

Höchst Pension kommen. Seit 1911 sind die Verhältnisse dieser Beamten noch verschlechtert worden. Die Post- und Telegraphengehilfen sind die einzigen Angestellten, die nicht unfähig angefeindet werden. Man sagt, sie heiraten vielfach. Aber dann kann ja die Unfähigkeit wegfallen. Die Markenverläuferinnen erhalten heute 270 M. Mindestens müßten diese Damen, die stundenlang in diesen vogelflugartigen eingeschlossenen sind, 3 M. erhalten. Vor Weihnachten haben sie eine ungeheure Arbeitszeit gehabt, haben aber zu Neujahr nicht die geringste Entschädigung dafür erhalten. Unzutreffend ist, daß es meist Witwen von Postbeamten mit Pension sind, vielfach leben sie von den 270 M., ja müssen noch Eltern davon unterhalten. — Die Vergütungen und Unterstützungen kommen nicht, wie es sein müßte, vor allem den untersten bedürftigsten Beamten zu gute; außerdem sind sie äußerst niedrig bemessen. Hierüber sollte eine neue Zusammenstellung aufgestellt werden werden, auch darüber, aus welchem Fonds und in welcher Höhe die Reisegelder an höhere Beamte gezahlt werden. Es wird von Kennern der Verhältnisse behauptet, daß höhere Beamte 3 bis 5000 M. solche Extravergütungen bekommen. In Sieben fehlt es an unteren Beamten; dort bleiben täglich Palette liegen; die Postboten müssen dort täglich Ueberstunden machen. (Hört! hört!) Dabei gibt es dort fast mehr Aufsichtsbearbeiter als andere Beamte. Es fehlt dort seit Jahren fast der vierte Teil der Assistenten. Dabei ist der Oberpostdirektor in Darmstadt über diese Zustände durchaus unterrichtet. (Hört! hört!) Auf eine Vorstellung von Assistenten, daß der Andrang des Publikums in Sieben ungeheuer sei, meinte die Oberpostdirektion: Na, Sie können ja noch zufrieden sein, in Jahren Schoß kann sich das Publikum noch nicht sehen. (Hört! hört!) Daß die Klagen der Postassistenten nur zu berechtigt sind, erkennen ja auch die bürgerlichen Parteien an. Aber der Staatssekretär hat allen diesen Klagen gegenüber nur

taube Ohren.

Dabei nimmt die Erkrankungsziffer der Postassistenten immer mehr zu. (Hört! hört!) Die Postbehörde beruft sich demgegenüber auf die geringe Sterblichkeitsziffer der Postassistenten. Das erklärt sich sehr einfach daraus, daß Postbeamte, die ein Jahr krank sind, entlassen werden. (Hört! hört!) Bei den Gratifikationen für geleistete Ueberstunden gehen die wirklichen Arbeitstagen, die Assistenten meist leer aus, desto mehr werden die höheren Beamten bedacht, die nur ganz kurze Zeit vor die Front an den Schalterdienst kommen. Die Dresdener Assistenten klagen über zu viel Nacharbeit infolge des Mangels an Assistenten; das Aufsichtspersonal ist auch hier sehr zahlreich; überhaupt kann die Menge des Aufsichtspersonals bei der Post nur verglichen werden mit den Zuständen in Justizhäusern und Gefängnissen. — Einige Worte dann zu den Krankenkassen. Das beste wäre gewesen, wenn die Verwaltung dieser Kassen in den Händen der Beamten geblieben wäre; sie hätten sie ebenso musterhaft verwaltet wie anerkanntermaßen die Arbeiter ihre Krankenkassen. (Sehr richtig!) Statt dessen hat die Post nun selbst Bezirkskrankenkassen errichtet. In diesen Kassen sollen die Beamten mit mehr als vier Kindern einen erhöhten Beitrag zahlen. Die Reime sind das zusammen mit den Beiträgen, die Geburtenziffer zu heben? Die Kassenleistungen selbst sind so ungenügend wie die der Landkrankenkassen. Nach sechsundzwanzig Wochen hören sie auf, während man doch sonst gerade bestrebt ist, die Leistungen der Krankenkassen über diese Zeit auszuweihen. Gerade die schweren, langwierigen Krankheiten bringen doch die größte Not in die Familien. Unbegreiflich ist, daß pensionierte Beamte einfach aus der Kasse auscheiden müssen. Doch neben dem Zentralreservefonds jede Bezirkskasse noch einen besonderen Reservefonds anlegen muß, ist ganz überflüssig. Vom Zentrum wurde angeregt, es sollten Erholungsheime aus dem Zentralreservefonds errichtet werden. Dazu ist aber die Reichspostverwaltung selbst verpflichtet. Daß die Kassen keine Spur von Selbstverwaltung erhalten haben, ist bei einem so eingesetzten Verwaltungsrat wie Herrn Kracke nicht verwunderlich. (Sehr wahr!)

In Köln muß jeder Beamte und jede Beamtin in ein Buch eintragen, wenn sie einmal austreten müssen, um die Notdurft zu verrichten, und wann sie zurückkehren. Die Verwaltung sollte sich einer derartigen Einrichtung schämen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der Vereitigung von Sturmschäden mußten natürlich alle Beamten auf höchste angepannt werden, aber es ist nicht zu billigen, daß die jungen, noch nicht fest angestellten weit über ihre Leistungsfähigkeit, sogar ohne Essenspause durcharbeiten mußten; die etatsmäßig Angestellten erklärten einfach: „Wir können nicht weiter“, die jungen, nicht fest Angestellten dagegen konnten sich nicht wehren. Als Anerkennung erschien für sie ein sie lobender Anschlag, eine Anerkennung in der dagegen hieß aus. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) — Beim Postetat Weihenese Klagen die Briefträger über kolossale Ueberlastung; der Staatssekretär sollte sich einmal die

Mühe nehmen und mit seinem Auto oder Zweispänner hinauffahren, um den Dienstplan sich dort anzusehen. Dann wird er wohl auch zu der Erkenntnis kommen, daß dieser der Gepflogenheit zuliebe aufgestellte Dienstplan unhalbar ist. Auch über einen sehr „liebendwürdigen“ Postinspektor haben die Briefträger dort zu klagen, der in ganz rigoroser Weise Strafen verhängt. Beschwerdlich ein Unterbeamter beim Postdirektor, so wird er herausgeworfen, beschwerten sich zwei, so wird ihnen gedroht, man werde gegen sie wegen Komplotts vorgehen. Auf dem Postamt 48 werden alle Unterbeamten gleichgültig, welche Stellung sie bekleiden, ob sie Briefträger, Schaffner, Oberkassierer sind, zum Sadiragen herangezogen. Es existieren dort 18 Sadiragenpläne, wie ich einen hier auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe. Alle 14 Tage haben sich die Unterbeamten beim Aufsichtsbearbeiter zu melden und zu beweisen, daß sie einen solchen Plan auswendig gelernt haben, bis alle 18 durch sind; dann fängt es wieder von vorn an (Weiterheit). Wer eine solche Prüfung nicht besteht, wird zum Obersekretär Stöckel geladen und dort wird ihm eröffnet, die Pläne müßten in der freien Zeit zu Hause gelernt werden. (Lebhafter hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Auf manchen dieser Pläne sind 300 Orte verzeichnet. (Erneutes hört! hört!) Der Staatssekretär sollte den Befehl geben, der Obersekretär Stöckel habe innerhalb acht Tagen diese 18 Pläne auswendig zu lernen und eine Prüfung darüber beim Staatssekretär abzulegen (Weiterheit und Sehr gut! h. d. Soz.) und wenn er zu dumm ist, die Pläne zu lernen, so hat er im Postdienst nichts mehr zu suchen. Dann wird ihm die Luft zu solchen Schikanen vergeben. Redner trägt noch mehrere Einzelfälle vor. Die Unterstützungsgehalte werden in Berlin mit großer Willkür verteilt. Unterbeamte erhalten fast nie etwas davon. Auf Postamt 68 will der Postdirektor Wegener die Unterbeamten mit dieser Uebergehung von Unterstützungen strafen, weil er glaubt, sie haben mir Material zugehen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat das direkt angesprochen. Auch ein anderer Postdirektor sagte zu den an ihn herantretenden Unterbeamten: „Geht doch zu Jubeil“, und fügte hinzu, übrigens könnte ihm Jubeil den Vudel runter rutschen. Wir ist das Urteil des Herrn ja sehr gleichgültig, aber für ihn ist die Ausdrucksweise bezeichnend (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und jedenfalls bewilligt der Reichstag die Unterstützungsgehalte nicht für solche willkürliche unfaire Verteilung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Postamt 68 kommen acht Aufsichtsbearbeiter auf achtzig Briefträger, einer auf zehn Mann, das ist schlimmer wie in einer Strafanstalt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In Hamburg erlitt eine Telegraphengehilfin durch einen starken Wechselstrom einen Betriebsunfall. Sie wurde entlassen und bekam eine Rente von 375 M. Wegen dieser Entscheidung wurde beim Landgericht Berufung eingelegt. Dort behandelte ein Vertrauenswart der Post, daß der Unfall nur das ausführende Moment einer schon bestehenden nervösen Erschöpfung gewesen sei. Die Klägerin sei eine von Hause aus nervöse Person, die an krankhafter Willensschwäche leide. Also eine Gehilfin, die 9 Jahre im Dienste war, sollte von Hause aus nervös und willensschwach gewesen sein; als ob sie dann die Post angenommen hätte! Das Landgericht verurteilte die Post, eine Rente von 700 M. zu zahlen, dagegen legte die Post wieder Berufung beim Oberlandesgericht ein. Diese wurde zurückgewiesen und erst drei Jahre nach dem erlittenen Betriebsunfall kam die Gehilfin endlich in den Besitz der Rente von 700 Mark. Das ist auch ein Stück sozialer, weitblickender Fürsorge der Reichspostverwaltung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich muß ich noch eine Beschwerde vorbringen, die mir vom Transportarbeiterverband übergeben worden ist. In der Zeit von 1/7 Uhr abends ab herrscht in den Paketabgabestellen der Postämter Berlin-Mitte, vor allem in der Königstraße, ein solcher Andrang, daß das größte Unglück entstehen könnte, wenn etwa Feuer entzünden würde, da alle Ein- und Ausgänge infolge der unzureichenden Räumlichkeiten vollkommen verstopft sind. Für die Hausdiener, die jungen Mädchen, die dort Palette abliefern, und auch für die Beamten bedeuten diese Zustände eine ständige Gefahr für Leben und Gesundheit. Ähnliche Zustände sollen sich auf den Bahnhöfen, wo Palette mit 20 Pf. Zuschlag zu den Jagen abgeliefert werden können, entwickeln. Die Postverwaltung sollte daher auf die Gefährdung einwirken, daß sie ihre Palette lieber in den Vor- und Nachmittagsstunden aufgeben. — Es ist so spät geworden, daß ich mir weitere Beschwerden für einzelne Titel aufsparen muß. Ich will nur hinzufügen, daß ich im nächsten Jahre nicht wieder eine solche Fülle von Beschwerden vorzubringen haben werde, sondern daß der Staatssekretär sich endlich entschließt, die Wünsche der Postbeamten etwas mehr zu berücksichtigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kiel (Sp.): Es herrscht in der Tat eine große Unzufriedenheit unter den Postbeamten, aber sie sind doch durchaus loyal. Erst gestern wohnte ich einer Versammlung von Postbeamten bei, wo auch starke Unzufriedenheit sich laut machte, aber wo doch klar ausge-

Schuhmeiers Leichenfeier.

Wien, 16. Februar. (Eig. Ber.)

Kein König wurde je so bestattet wie dieser Proletariervertreter, den eine tödliche Kugel gemordet hat. Wie das Proletariat ganz Oesterreichs um diesen seinen Sohn trauert, der sein Stolz war, und darum dem Hass seiner Feinde zum Opfer fiel, so hat heute ganz Wien seinen Schmerz kundgegeben um den Mann, der der populärste unter den Vertrauensmännern der kassenbetreffenden Arbeiterschaft und zugleich der beliebteste Wiener war.

Im Ottakringer Arbeiterheim, der Stätte seiner Triumphe, liegt Schuhmeier seit gestern aufgebahrt. Die Wände des großen Saales sind mit schwarzem Tuch bekleidet. Mitten durch den Saal läuft ein schwarzer Teppich bis zu dem hohen Katafalk, auf dem der Metallarg steht, in dem Schuhmeiers Leiche ruht. Zu beiden Seiten stehen je drei hohe Standleuchter mit sechzehn Kerzen. Die Gemeinde hat die ganze Ausschmückung besorgt. Auf dem Sarge liegt ein Strauß mit 49 Kelten — sie symbolisieren die 49 Lebensjahre des Gemordeten — der letzte Gruß seiner verzweifelten Mutter.

Um 2 Uhr nachmittags sollte sich der Leichenzug vom Arbeiterheim in Bewegung setzen. Zwischen 1/2 und 1/4 kamen die Genossen in den einzelnen Bezirken zusammen, um rechtzeitig beim Arbeiterheim einzutreffen. Aber schon halb nach 11 Uhr wurde in allen nach Ottakring führenden Straßenjagen der Verkehr der elektrischen Straßenbahn eingestellt.

Der Jubelzug zum Arbeiterheim war — obwohl der Einfluß nur den Vertrauensmännern und den Mitgliedern von Deputationen gewährt war — so stark, daß jeden Augenblick vor dem Tore Stauungen eintraten, die von den Ordnern nur mit größter Mühe gehoben werden konnten. In dem Saale sahen auch die Angehörigen Schuhmeiers. Zahllos war die Zahl der bürgerlichen Mandatäre, die hier erschienen waren, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. In Vertretung des Abgeordnetenhauses kam der Präsident Dr. Sylvester mit dem Vizepräsidenten Dr. Werman, der auch Vizepräsident des Volksklubs ist, und dem Vizepräsidenten Bernerstorfer. Von allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses waren Mitglieder erschienen, ebenso auch von den Klubs des niederösterreichischen Landtages und der Wiener Gemeinderats, welchen beiden Körperschaften der Verstorbene angehört hat. Vom Präsidium des Landtages war der Landmarschall-Stell-

vertreter Baron Freudenthal gekommen, der mit dem Grafen Traun auch den Klub der Großgrundbesitzer vertrat. Der Bürgermeister von Wien Dr. Weiskirchner hatte mit seiner Vertretung zwei Magistratsräte betraut. Die deutsche Partei hatte die Genossen Scheidemann, Geher, Richard Fischer und Ernst (Groß-Berlin) nach Wien delegiert. Von den österreichischen Bruderparteien waren zahlreiche Vertreter gekommen.

Um 1 Uhr wurde der Beginn der Leichenfeier durch einen Posaunenstoß von der Galerie aus angezeigt und nun nahm Abg. Seber das Wort. Schuhmeiers alter Kampfgenosse und Organisationsleiter in dem Bezirke Ottakring, von dem Schuhmeier ausgegangen war und wo er die Partei zu großer Macht geführt hatte. Nun sangen die Sänger den Chor „Ruhe milder Wanderer!“ Dann erhoben die Träger den Sarg.

Mittlerweile hatten sich die Stragen in der Nähe des Arbeiterheims dicht mit Menschen gefüllt. Man hatte auf einen riesigen Zug gerechnet und so wurden nicht weniger als 2400 Ordner aufgestellt, aber die Beteiligung übertraf noch weitaus alle Erwartungen. In allen Straßenjagen, die nach dem Ottakringer Friedhof führen, stand schon von frühen Vormittag an ein dichtes Spalier, an den Fenstern drängten sich die Zuschauer. Der Zug sollte in Zwölfer-Reihen gehen, aber es war unmöglich, diesen Plan einzuhalten. Bald mußten aus den Zwölfer-Reihen Zwanziger-Reihen gemacht werden, wollte man noch bei Tage den Friedhof erreichen. Aber auch damit kam man noch nicht viel rascher vorwärts. Man mußte den Zug noch durch eine zweite Straße führen.

Die Polizei schätzt die Zahl der Menschen, die im Zuge mitgingen oder Spalier bildeten, auf mindestens eine halbe Million. Auf dem Friedhof stehen von zwei Uhr an 1500 Ordner entlang des Weges, der zum offenen Grabe führt. Bald kommen die ersten vier Bannerträger heran. Die Massen werden nämlich nur bis zum Friedhofstor geführt und bloß Deputationen können zum Grabe gelangen. Wenige Minuten vor vier Uhr wird die Zahl der Kranzträger groß. Ganze Scharen schreiten vorüber. Sie tragen die Kränze, die auf den Blumenwagen keinen Platz mehr fanden, und bald tauchen auch die Wagen mit den rotleuchtenden Schleifen auf. Achtzehn schwer beladene Blumenwagen ziehen vorüber. Mund um die Grabstätte wird nun die Ordnerkette straffer gespannt, der Sarg rückt heran, hinter ihm schreiten schluchzend und weinend die Angehörigen Schuhmeiers. Jetzt beginnen die Bläser die Melodie: Siegfrieds Tod aus der Götterdämmerung. Ergreifend klingen die Töne in die Herzen.

Nachdem die Klänge verhallt waren, trat Abg. Dr. Eisenbogen an das Grab. Seine Stimme zitterte, als er der gemeinschaftlichen Arbeit gedachte: Tief und schmerzlich, sagt er, hat uns der Tod be-rührt; mehr noch beklagen wir den Geist, aus dem diese Tat geboren ist. Fern ist uns an diesem, Deinem heiligen Grabe, jeder Gedanke an Rache. Aber wir wollen Deinen jähen Tod zum Anlaß nehmen zum Gelöbniß für weitere Arbeit für unser Ziel, die Menschheit empor zu führen zu einer geistigen und sittlichen Freiheit, wo solche Taten unmöglich sind!

Abgeordneter Scheidemann: Der schmerzlichste Auftrag, der mir je geworden, führt mich nach Wien. Ich soll namens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Dir, Franz Schuhmeier, die letzten Grüße sagen. Er war ein vorzüglicher Wiener, doch was er getan, hat er getan für das ganze internationale Proletariat. Wir deutschen Sozialdemokraten sind so innig verbunden mit unseren Klassen-genossen Oesterreichs, wir haben teilgenommen an allen ihren Freuden und großen Siegen, uns trifft der furchtbare Schlag, dem Schuhmeier zum Opfer gefallen ist, so sehr, als ob er uns selbst getroffen wäre. Ruhe sanft, Du wackerer Streiter. Du hast gekämpft, wir kämpfen weiter!

Abgeordneter Richard Fischer spricht im Auftrag der Bruder-kation im Deutschen Reich. Schuhmeier war nicht bloß ein lieber Kamerad, ein tapferer Kämpfer der Revolution, er war uns auch lieb als Mensch. Den Körper konnte der Mörder fassen. Seiner Geist, seine Seele, sein Streben, sein Wirken, das, was er mit Tausenden und Hunderttausenden geschaffen hat, das Stach der modernen Arbeiterbewegung, das kann keine Gewalt und keine Macht der Erde verschwinden machen. Und wollte sie den Nord organisieren, sie könnte es nicht wieder zerstören. In diesem Gedanken werden wir Dein Andenken feiern.

Darauf sprachen nacheinander noch Geher für die Gewerkschaftskommission, Stein für die schwedische internationale Sozialdemokratie, dann der liberale Bezirksvorsteher Blafel, hierauf wieder die Genossen Kristan für die südtirolische, Dr. Diamand für die polnische Sozialdemokratie und zum Schluß Gen. Reimann namens der sozialdemokratischen Gemeinderäte der Stadt Wien.

Nun ertönte, von dem Bläserchor dargebracht, der Silberchor von Richard Wagner, während die Banner über das Grab gebreitet wurden.

Dann wurden die Massen in den Friedhof eingelassen. Mehrere Stunden lang dauerte der Vorbeimarsch am Grabe.

Hyroden wurde: Sozialdemokraten werden wir nicht. (Abg. Ledebour: Aus Angst!) Nein, nicht aus Angst, sondern aus Klugheit. Es ist auch nicht richtig, daß all unsere Beschwerden hier ungehört verhallen. — In Bremen, dem Sitz des Norddeutschen Lloyd, sollte endlich ein Postfachamt errichtet werden. — Mit England besteht noch immer keine Telefonverbindung. Ein Kabel, das eine solche Telefonverbindung ermöglicht, wird unsere Kabelindustrie zweifellos sofort liefern, wenn es nur verhandelt wird. Die Zweifelpostkarte im Ortsverkehr sollte wieder eingeführt werden. Zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums sollte eine Jubiläumsmarke mit künstlerischer Ausführung herausgegeben werden. Das würde auch nach außen dokumentieren: das deutsche Volk steht hinter seinem Kaiser. (Aufe: Hurra! hurra! — Weiterleit.)

Abg. Ruchhoff (Z.): Den Strengegefangenen der Sozialdemokratie wird die Postbeamtenchaft nicht folgen. Das mühen den Unterbeamten stundenlange Reden, von denselben Sozialdemokraten, die nachher ihr Gehalt ablehnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Verwahrung einlegen muß ich gegen die Beleidigung, die der Abg. Wendel gegenüber dem ganzen deutschen Beamtenstande ausgesprochen hat, wenn er die Beamten als Sklaven bezeichnet. (Bravo! im Zentrum.) Sollte es übrigens jemals dazu kommen, daß Herr Wendel Postminister würde, so wäre er dann wohl auch nur ein Minister mit sozialistischer Vergangenheit. Die sozialistischen Ideen pflegen erfahrungsgemäß nicht dem Aufstieg in Regierungsstellen zu folgen. Ich erinnere an Briand, der als Minister gesagt hat, daß die Freiheitsgelüste der Beamten auch gegen das Gesetz unterdrückt werden müßten. (Hört! hört! im Zentrum.) Nun einige Worte an den Staatssekretär. Der Reichstag wünscht einmütig eine Regelung der Besoldungsverhältnisse im Sinne der Beschlüsse der Budgetkommission. Was sollen die Beamten denken, wenn die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkt bleibt. Es muß sich ihrer dann eine tiefgehende Erbitterung bemächtigen. (Sehr richtig!) Gellagt wird darüber, daß die Beamten der Ämterklasse verschieden behandelt werden, je nachdem sie aus Zivil- oder Militärämtern hervorgegangen sind. Hierüber sollte Klarheit geschaffen werden. — Fortgesetzt erhalten wir jetzt Besoldung aus den Kreisen der Beamten aus den Dismarken, man solle doch nicht die Ungerechtigkeit gegen sie begehen und ihnen die Zulage nehmen. Ungerecht hat die Regierung gehandelt, als sie diese Zulage einführt, und die Beamten sollten stolz darauf sein, daß sie von dieser Zulage endlich befreit werden, damit man nicht mehr den Vorwurf gegen sie erheben kann, durch diese Zulage sollte ihre Gesinnung im Dienste einer bestimmten Parteirichtung geteilt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetke: Die Beamten haben die Dismarkenzulage erhalten, damit sie den preussischen Beamten gleichgestellt werden und es ist absolut nichts vorgebracht worden, was darauf hindeutet, daß diese Zulage irgendwie schlecht auf den Charakter der Beamten oder auf den Dienst eingewirkt habe. — Eine verschiedene Behandlung der Ämter, je nachdem sie aus den Zivil- oder Militärämtern hervorgegangen sind, entspricht nicht den Intentionen der Verwaltung. — Ueber die Stellung zu den Beschlüssen der Budgetkommission kann ich keine Erklärung abgeben, bevor der Bundesrat eine Entscheidung getroffen hat. Naturgemäß hat in diesen Fragen der Staatssekretär das erste und wichtigste Wort.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.): Im Plenum nehmen sich die Herren von der äußersten Linken der Beamten so sehr an, in der Kommission oder haben sie von „diabramfigen“ Beamten gesprochen. (Zurufe: In welchem Zusammenhang?) Bei der Wohnungsfürsorge in dem Zusammenhang, daß man sich um diese „diabramfigen“ Beamten nicht zu kümmern brauche. Auch ein roter Postmeister, den die Herren Sozialdemokraten prophezeit haben, würde ebenso feittisiert werden und es nicht leichter haben, als Herr Kraetke. — Der Gedanke der Kinderzulagen ist ein außerordentlich ethischer. Jedem die Kommission ihn aufgenommen hat, ist sie einer Anregung gefolgt, die Adolf Stöcker schon vor Jahren gegeben hat.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Herr Mumm hat behauptet, in der Budgetkommission habe ein Sozialdemokrat unter Hinweis auf die Lebenshaltung der Beamten dieselben als „diabramfig“ bezeichnet. Derselbe Behauptung stand, wohl nicht ohne Zutun des Herrn Mumm, bereits im „Reichsböten“ und anderen reaktionären Blättern. Durch die Wiederholung wird sie nicht wahrer. Ich habe den Ausdruck „diabramfig“ gebraucht lediglich in bezug auf die kommunalpolitische Tätigkeit von in einzelnen Orten massenhaft angesiedelten Reichsbeamten, nicht in bezug auf ihre Lebenshaltung. Daß diese durch die Steuererhöhung erschwert wird, hat die Sozialdemokratie stets anerkannt, und wir haben stets für die Aufbesserung der Gehälter und andere Maßnahmen sozialer Fürsorge gestimmt, im vorliegenden Falle auch für die Aufbesserung der Wohnungsfürsorge. Das kann und darf nicht hindern, an der leider vielfach sehr reaktionären kommunalpolitischen Haltung der Beamten Kritik zu üben, gerade weil die Gelder für sie und die Wohnungsfürsorge vielfach auch von den Arbeitern aufgebracht werden müssen, denen es vielfach weit schlechter geht als

den Beamten. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Ich bin nicht naiv genug, anzunehmen, daß Herr Mumm nach meiner Aufklärung von seiner Behauptung ablassen wird. Das ist mir auch sehr gleichgültig. Aber es gibt Leute, auf deren Urteil ich mehr gebe, und deswegen habe ich diese Erklärung abgegeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Es wird mir mitgeteilt, daß nach der Rede des Abg. Ruchhoff der Ruf „Unwahr“ und „Schwindelmeier“ ertönte. Ich müßte den betreffenden Herrn, wenn er sich meldet, zur Ordnung rufen. (Abg. Haberland (Soz.) meldet sich und wird zur Ordnung gerufen.)

Die Debatte schließt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.): Ich stelle fest, daß Herr Südekum meine Behauptung bestätigt hat. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Sie sehen, wie recht ich hatte als ich sagte, ich halte es für aussichtslos, Herrn Mumm von seiner Behauptung abzubringen. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen; Wahlprüfungen).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

184. Sitzung. Montag, den 17. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Vesefer.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz erbittet die Ermächtigung, dem früheren Präsidenten des Hauses, v. Köller, zum 90. Geburtstag zu gratulieren.

Der Justizetat.

Allgemeine Besprechung.

Abg. Rathis (natl.) protestiert gegen die vom Abg. Dr. Lieblincht geübte Kritik. Dann bespricht er die schlechten Besoldungsverhältnisse der Richter.

Abg. Müller-Rohlfen (Z.): Durch die Ernennung jüngerer, nach dem Dienstalter noch nicht dazu berufener Richter in Kollegien älterer Richter, was als im Interesse rascherer Geschäftserledigung gelegen bezeichnet wird, kann Projektion und Strebertum großgezogen werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das war früher besser. — Juridikweisen muß ich es, daß Abg. Dr. Lieblincht die Pflichterfüllung der Richter mit ihrem Verlangen nach höherem Lohn in Gegensatz stellt und daraus Anklagen hergeleitet hat. Die älteren, funderreichten Richter sollen nur nicht durch Verwendung jüngerer Assessoren benachteiligt werden. Daß sie darüber unzufrieden sind, ist klar. — Von allgemeiner Weltmeinung der Richter zu sprechen, ist ein Schlagwort. Daran, daß sich auch die Richter nie ganz von ihren politischen Anschauungen freimachen können, zeigt sich nur die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen. Politische Prozesse sind beklagenswert. Wer aber schafft die soziale Gerechtigkeit und gereicht die Gesellschaft? (Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Hoffmann: Ihre Wirtschaftspolitik! Sozialdemokratische Richter würden über Gegner auch nicht milde richten. (Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Hoffmann: Versuchen Sie's doch mal.) Vor Ihnen, Herr Hoffmann, als Richter möchte ich auch nicht stehen! (Abg. Hoffmann: Haben Sie soviel auf dem Gewissen? — Große Heiterkeit.) Neue Vorfälle sind oft in der ersten Zeit milder, später werden sie durch die Erfahrungen scharfer. Wie war es möglich, daß Eulenburg's Vergehen so lange unverfolgt blieben? Der Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild ist Sache des ganzen anständigen Teils der Nation. Aber noch viel zu oft werden solche Dinge freigesprochen. Beim Kulturkampf — da hat man es an entsprechenden Beispielen des Ministeriums nicht fehlen lassen. (Hört! hört! im Zentrum.) Für die Rechtsanwältinnen hat der Minister wie so warme Töne wie für die Richter, obgleich sie stets bestraft sind, unsozialere Elemente fernzuhalten. Die gegenseitigen Kämpfe zwischen Richtern und Rechtsanwältinnen müssen im Interesse der Rechtspflege hintangehalten werden. Wir halten die Richter hoch, aber der Rechtsanwaltschaft muß gehoben werden. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß er mit zu Richtern untauglichen bis zur Proletarisierung überhöht wird. Beim Richterertrag muß sich der Minister von großen idealen Gesichtspunkten leiten lassen, die Freiheit und Unabhängigkeit der Richter stets im Auge behalten. (Beifall im Zentrum.)

Justizminister Dr. Vesefer ist mit vielem, was der Vorredner gesagt hat, einverstanden. Nur nach der Anciennität anzusetzen, ist sehr bequem, wäre aber nicht richtig. Auch die Durchschnittsassessoren sind keineswegs ohne Anstellungsaussichten — sie stellen 1/3 der angestellten Richter und nur 1/2 die mit guten Examennoten. Die Befähigung der unbeforderten Assessoren ist eine große Schwierigkeit, doch kann man ihnen gar nichts zu tun geben. Die preussischen Gerichte können gewiß Urteile in Schmutzprozessen gefällt haben, die dem Vorredner nicht genügen, aber seinen allgemeinen Angriff muß ich zurückweisen. Die hochbedeutende Frage des Kampfes gegen den Schmutz findet unsere vollste Beachtung. —

Die Rechtsanwältinnen sind hier nie so angegriffen worden wie die Gerichte, deshalb habe ich über sie nicht zu sprechen gehabt. Unsere Wertschätzung für die Rechtsanwältinnen ist durchaus die richtige und ich weiß, wie gut das Verhältnis zwischen Anwälten und Gerichten sein kann, wenn der gute Wille auf beiden Seiten da ist. Gegen unwürdige Standesmitglieder müßte der Vorredner die Anwaltskammern, nicht die Verwaltung anrufen. Mit den Examina und Anstellungen sind wir auf dem rechten Weg.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Ministergehalt wird bewilligt, es folgt die Einzelberatung.

Abg. Dr. Bell (Z.) spricht über die schlechten Erfolge bei den Justizprüfungen. Es genügt eben nicht die Kenntnis der Gesetze, es muß auch eine kleine juristische Auffassungsgabe vorhanden sein.

Abg. Wismann (natl.): Weniger regieren, weniger judizieren! Die Staatsanwälte sollten weniger nach dem Legalitätsprinzip und mehr nach dem Utilitätsprinzip vorgehen. (Mehr auf die Klügheit sehen, als auf den Anklagezwang.) Die Strafnachen würden dadurch abnehmen und Ruhe und Glück in vielen Familien erhalten bleiben. Die Staatsanwälte machen auch von den ihnen zustehenden Rechtsmitteln zu viel Gebrauch und verursachen der Staatskasse große Ausgaben. Staatsanwaltschaften und Polizei sind auch gar nicht verpflichtet, Private zur Stellung von Strafanträgen zu veranlassen. Es wird viel zu viel gestraft! (Beifall links.)

Abg. Rosenow (Sp.): Die Wehrlieferung für die Gefängnisse in Döpreußen hat man den Müllern zugunsten der Dromberger Staatsmühlen entzogen. Ist das Mittelstandspolitik?
Ein Regierungskommissar: Die Verfügung ist zurückgezogen, da sich gezeigt hat, daß das Mehl aus den Staatsmühlen teurer kommt.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) spricht über die Gefängnisarbeit. Eine Schranklieferung wurde einem Gefängnis gegeben, obgleich sich auch ein Handwerker beworben hatte, bald aber war der Schrank unbrauchbar.

Abg. Rosenow (Sp.) stellt fest, daß die für das Märlergewerbe wichtige Entscheidung fast 1/2 Jahre hinausgeschoben worden sei.

Abg. Hammer (L.) verlangt ein schärferes Vorgehen gegen unrechle Ausverkäufe, was der Minister zusagt.
Auf eine Beschwerde des Abg. Klausener (Z.) über die Zeugensäume im hiesigen Landgericht erklärt der Minister, daß der nächste Etat die erste Bauplatz für ein neues Gerichtsgebäude fordern werde.

Abg. Dr. Lieblincht (Soz.):
Schon 1907 hat der Minister eine Reform des richterlichen Disziplinarverfahrens als notwendig erklärt, aber seitdem haben wir nichts weiter davon gehört. In Richtertreuen wird eine reichsgerichtliche Regelung der Dienstverhältnisse und des Disziplinarwesens gefordert. Die Richter stehen im Disziplinarverfahren unglücklicher da als die nichtrichterlichen Beamten; vielfach können die vorgelegten Instanzen ohne ein richterliches Verfahren Ordnungsstrafen verhängen. In Elsaß-Lothringen hat man die Verhältnisse der Assessoren besonders geregelt, weil sie auch Verwaltungsfunktionen ausüben. Das sollte man nachahmen. Wir sind mit dem Kampf gegen den Schmutz in der Literatur

einverstanden, aber nicht Polizei und Justiz können ihn mit Erfolg zu Ende führen, sondern ein organischer Selbstreinigungsprozess innerhalb der Gesellschaft soll gefördert werden. Die Vereinfachung des Schmutzes in Wort und Bild kann nur durch erzieherische Einwirkung erreicht werden. Gerade die aus den breitesten Massen entstandenen Bestrebungen nach dieser Richtung werden aber mit den feindlichen Schlägen zu hindern und zu unterbinden versucht. Die vom Minister mitgeteilte Zentralisierung dieses Kampfes darf nicht dazu führen, daß unter diesem Deckmantel politisch und sozial unbedeutende Dinge verfolgt und die Freiheit der Kunst beschränkt wird. Denken Sie nur an die Verdinge? Auch der bekannte Fall Hyan scheint schon von dieser Zentralbehörde verschundet worden zu sein.

Auf meine Beschwerde über die Einperrung einer Frau mit ihrem Säugling in Aachen hat der Minister geantwortet, daß die Frau das selbst gewollt habe. Das halte ich für ausgeschlossen, und der Minister hat ja auch auf unsere Zwischenrufe sich dahin korrigiert, daß die Frau keinen Strafausschub oder Haftentlassungsantrag gestellt habe. Man hat sie gewiß nicht darauf aufmerksam gemacht, daß sie das konnte, sie hat die Aufforderung zum Strafantritt eben als einen unbedingten Befehl angesehen. Wenn aber der Minister sagt, daß das Kind im Gefängnis vielleicht besser aufgehoben gewesen sei, als in der Freiheit, so hat er damit an unseren sozialen Zuständen die denkbar schärfste Kritik geübt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat nicht darauf geantwortet, wie die Eintragung des Bundes der Landwirte in das Vereinsregister, obgleich er einen großen wirtschaftlichen Gewerbetrieb einschließt, noch wie die Eintragung des Vereins deutscher Kamer für Wilmsdorf und Umgebung trotz seines politischen Charakters möglich war. Den Verzeivereinen ist diese Eintragung verweigert worden, worauf aus Grund eines Rundschreibens des Minister des Innern, des Polizeiministers an die Gerichte, worin er diese Vereine als wirtschaftliche bezeichnet und ihrer

Kleines feuilleton.

Wedefind im Ausland. Die Zeitungen melden, daß Herr Franz Wedefind mit einer eigenen Truppe, darunter Till Wedefind, in Stockholm eine Reihe von Gastspielen veranstalten will. Die Sache soll im April vor sich gehen, in einem Monat also der auch uns für die Darbietung Wedefind'scher Offenbarungen besonders geeignet erscheinen will. Zimmerlin fordert der künstlerische Aprilscherz einige kritische Anmerkungen heraus.

Wedefind ist als Dramatiker die verführte Impotenz. Seine Sprache ist das blutige Feuilletongewächs der weisand Lindauerperiode. Von einem geschlossenen dramatischen Organismus ist bei ihm so wenig die Rede wie von lebendigen menschlichen Gestalten. In dem einen wie zum andern fehlt ihm die körperliche Kraft. Seine Sätze sind alle miteinander feuilletonistisch geplaudert, nur daß er nicht wie Lindau über Salonthemen plaudert, sondern ganz im Gegenteil über Dinge, die nicht in den Salon gehören. Von Lindau bis Wedefind hat die bürgerliche Gesellschaft eine gute Strecke des Verfalls zurückgelegt. Wedefind gehört zu den künstlerischen Erscheinungen, die recht allgemein aufzutreten pflegen, wenn reiche Schichten verfallen. Während seine moralische Verwerflichkeit der verfallenen Moral schmeichelt, glorifiziert er gleichzeitig die wildesten und fornpfropfsten Instinkte seines Publikums. Er genießt in der Verhöhnung der bürgerlichen Gesellschaft eine gewisse Freiheit, aber nur um den Preis, daß er in letzter Instanz immer schmeichelt. So wie der Hofnar den König verpöten darf, gerade weil er von ihm abhängig ist, aber sofort geprügelt wird, wenn er den Späß einmal in Kraft umschlagen läßt. Seine gegenwärtige Popularität verdankt Wedefind dem Umstand, daß zwar nicht die bürgerliche, wohl aber ein Teil der Berliner Gesellschaft in häuslich übergegangen ist.

Wenn Wedefind nun das literarisch sehr kultivierte Skandinavien als Sandbode deutscher Kunst beglücken will, erbebt sich über die Frage, ob das Ansehen des deutschen Namens nicht über Gebühr belastet wird. Die skandinavische Kritik wird sich schwerlich dazu verstehen, seine Glorifikationen als tiefinnige Offenbarungen anzunehmen. Wo zu einem gewissen Grade scheint Wedefind das glücklicherweise auch selber einzusehen. Er nimmt von seinen eigenen Dramen nur den „Erdegeist“ mit, also die immerhin geschlossene Bühnenarbeit. Im übrigen spielt er Jhen und Strindberg. Bleibt nur die Frage, warum berühmte skandinavische Dramen in Skandinavien selber, von eben dem Wedefind gespielt werden sollen, der als Schauspieler ein Dilettant ist.

Nischen und Papier. Bisher war mit ganz geringen Ausnahmen das Glas das einzige Material, aus dem die Flaschen her-

gestellt wurden. Durch die immerhin nicht unbedeutenden Herstellungskosten solcher Flaschen ist es aber bedingt, daß sie häufig wieder verwendet werden müssen, was nicht immer gerade wünschenswert ist. Es sei hier nur an Milchflaschen erinnert. Nun hat man schon verschiedentlich davon gehört, daß die Amerikaner Flaschen aus Papier herstellen, aber gehen hatte man in Europa solche noch nicht. Auf der letzten Hauptversammlung des Vereins der Zellstoff- und Papierhersteller konnten nun derartige Flaschen tatsächlich vorgeführt werden. Die Amerikaner haben die Aufgabe, Papierflaschen herzustellen, mit verblüffender Einfachheit gelöst. Eine solche Papierflasche ist nichts anderes als ein Papprohr mit eingeklebschem Boden und ziemlich gut schließendem Deckel. Die Wandung ist kräftig imprägniert und der Boden womöglich noch kräftiger. Diese Papierflaschen finden drüben sehr ausgedehnte Anwendung. So wird in Amerika Speiseeis in großen Mengen in diesen Flaschen verkauft, auch Butter, Fett, Margarine und verschiedene Lebensmittel werden darin vertrieben. Dies bietet vom hygienischen Standpunkt den Vorteil, daß kein Staub hineinkommen kann und daß beim Verkauf von Lebensmitteln jeder Verbraucher weiß, daß er eine vollkommen neue Umhüllung erhält. Vielleicht werden solche Flaschen nun auch bald in Europa fabrikmäßig hergestellt werden.

Theater.

Neue Freie Volksbühne (im Neuen Volkstheater).
Johens „Wildente“ ist ein harter Prüftest sowohl für die Regie- und Schauspielkunst als für das tiefere Verständnis des Theaterpublikums. Der Abstand zwischen beiden wird sich im selben Maße verringern, wie jene bemüht ist, die Handlung peinlich auf der äußeren bei allen Bühnischen Dramen erforderlichen Grenze zwischen lockrender Komik und feierlicher Tragik zu wahren. Aber selbst auch dann muß man sich auf Ausdrücke des Mißverständnisses gefaßt halten. Daß das breitschichtige Bürgertum noch immer der Reize der Auffassung Jhens ermangelte, ist eine Erscheinung, mit der wir uns, im guten oder schlimmen, abzufinden haben. Wenn man diese Aufführung nach dem Verhalten des Publikums beurteilen wollte, würde man leicht zu Trugschlüssen gelangen. Im ganzen genommen gewahrt man würdige Ruhe und tiefe Ergriffenheit, die allerdings öfter als dem aufmerksamen Zuhörer lieb war, durch leises Nicken und Lachen gestört wurde. In solchen Momenten liegen eben doch die Darsteller zu wünschen; nein, es mißglückte viel in der künstlerischen Auffassung und Charakterzeichnung. Rudolf Werner als Werle vertritt sich sehr; auch Robert Assmann schwanke unsäglich als Gregor, zumal in den Szenen seiner Auseinandersetzung mit dem Vater, den er eher durch schneidenden Hohn als durch leidenschaftliche Anklage zu vernichten hätte. Dennoch wurde er seiner schwierigen Aufgabe gewachsen, ohne allerdings sie restlos zu lösen.

Ungleich war auch Robert Müller als Eddal; während des vierten und fünften Aktes bewegte er sich auf schöner Höhe des Gestaltens. Emil Kameau (Leutnant Eddal), Regimilian Eladel (Melling) und auch Ute Bäck (Gina) genigten wohl Durchschnittsanforderungen. Eht lindlich in der Gestalt, wie ergreifend im Sprechton und Spiel, war Annaliese Wagner als vierzehnjährige Hedwig. Obgleich also die Aufführung manches vermissen ließ, so bedauerte sich doch in ihr das erste Bestreben zu stimmungsvoller Gesamtwirkung. e. k.

Notizen.

— Wozu die Igl. Oper da ist. Wilhelm II. ältester Sohn hat sich das Charlottenburger Opernhaus angesehen. Dieser ganz belanglose Vorgang dient in der liberalen Presse zum Vorwand um sich bei Kronprinzen blyantistisch anzuschmieren. Doch das versteht sich ja von selbst. Wichtig ist schon, was der Rechner der Igl. Oper über deren Aufgaben gesagt haben soll: „Sie könne nie Kunst ins Volk tragen.“ Bortrefflich, ganz unsere Meinung. Aber dann mögen doch die Herrschaften ihr Privatvergügnungsinstitut auch allein bezahlen und das Volk dabei in Ruhe lassen.

— Die Noite als Südrüst und Priesterin. Thema: Via Rosen liegt im Veethobenaal vor. Darans wird folgendes (im Auszug): „Eine graue Noite ist plötzlich im Saal. Da tönt eine volle, tiefe, weiche Altstimme scheinbar unbekanntem Ursprungs. Sie tönt nicht bloß, sie spricht, sie erzählt! Sie denkt! Sie fühlt! Sie verkländigt! Sie weist! ... Und die kleine Jüdin Via Rosen wurde durch die Macht ihrer Inbrunst und ihres Ausdrucks eine Priesterin dieser Religion (Goethes) ... Nun ist sie reif geworden wie eine Südrüst.“
Wir danken zuerst, dieser Bilderreichtum stamme von Schmodeles Juwal. Aber darunter stand (im „Berliner Tageblatt“): Paul Schelenber.

Der arische Renommierfeuilletonist und Hofburgdirektor a. D. (er kostet Rosten 18000 M.) hat seinen Befähigungsnachweis für sein Blatt damit endlich glänzend erbracht.

— Alte Handschriften als Kapitalanlage. Die Londoner Versteigerung der Sammlung Iosbacer aller Handschriften und Inunabeln, die George Dunn zusammengebracht hat, beweist auf neue, welche gute Kapitalanlage dergleichen sein kann. Ein italienisches illuminiertes Manuskript aus dem 14. Jahrhundert, das die wunderbaren Vorgänge der Väter von Butcoli und Vojaz schildert, wurde 1901 für 1720 M. gekauft; bei der jetzigen Versteigerung kam es auf 10000 M. Ein gotischer Frühdruck kostete noch 1896 1100 M.; es fand für 10000 M. einen Käufer.

Eintragung widerspricht. Der Minister sagte, daß der Polizeiminister doch auch das gleiche Recht haben müssen, wie irgend ein Staatsbürger. Freilich hat Herr Bessler damit nur wiederholt, was Herr Bischof bereits im Reichstag wörtlich ebenso gesagt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn der Polizeiminister irgend ein Beliebiger aus dem Volke? Sollte nicht ein so einflussreicher Mann, dem dazu ein Kollege des Justizministers es sich verliert, in dieser Weise seine Autorität spielen zu lassen gegenüber den unabhängigen Gerichten? Der Justizminister hat für sich selbst ein derartiges Vorgehen entrichtet zurückgewiesen! Dem Polizeiminister gegenüber aber gibt er eben seine Machtbefugnisse preis, als daß er ein Wort der Kritik an dem Verhalten des Polizeiministers haben würde.

Der Abg. Müller-Knoblenz hat die Klassenjustiz

selbst zugegeben, indem er erklärte, daß seine Ausführungen nur beweisen hätten, daß sich die Richter von ihren politischen Anschauungen und ihrer Umwelt nicht vollkommen freimachen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja das Wertwürdige an all diesen Erörterungen über die Klassenjustiz, daß Sie sie zugeben, aber nur das Wort nicht gelten lassen wollen! Ebenso war es ja auch im Reichstag bei der Polemik gegen meine Parteikollegen Landsberg, Cohn und Heine. Wir sagen aber nicht, daß diese Klassenjustiz eine Wirkung der menschlichen Unvollkommenheit ist, sondern zum großen Teil eine Wirkung der gesellschaftlichen Unvollkommenheit. Nicht die Unfähigkeit des Menschen, sich in das Wesen des anderen hineinzuversetzen, ist es, sondern die Unfähigkeit, sich in eine andere Klasse hineinzuversetzen! Wir Sozialdemokraten halten uns nicht für unparteiisch und völlig vorurteilsfrei, das habe ich auch auf eine derartige Frage meinem Vorsitzenden im Ausschuss vor dem Reichsgericht geantwortet, aber es könnte zu Mängel der Klassenjustiz vermeiden werden, wenn die Gerichte nach Möglichkeit aus allen Kreisen der Gesellschaft gleichmäßig besetzt würden. Möglich kann sie erst verschwinden mit der Umgestaltung unserer ganzen Gesellschaftsordnung. Der Vorwurf des Abg. Müller-Knoblenz, daß die Sozialdemokratie an der sozialen Zerrissenheit schuld sei, beweist doch eine große Einfichtlosigkeit. Denken Sie doch an die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Köln in Ihren eigenen Reihen, um zu erkennen, daß solche hitzigen Kämpfe nicht durch Verheerung entstehen, sondern sich aus unserer sozialen Verhältnisse mit Notwendigkeit ergeben. Wir hegen nicht, sondern führen einen Befreiungskrieg. Hätte man Napoleon gefragt, was Nord, Südeisen, Scharnhorst, Stein usw. für Leute sind, so hätte er geantwortet: gefährliche Heger! In Deutschland sagt man, es waren die bewährtesten Führer der nationalen Freiheitsbewegung! Daß wir für die Befreiung des Volkes von Unterdrückung und Ausbeutung unsere ganze Kraft einsetzen, das nennen Sie hegen. Wir sind bei diesen Kämpfen in der Notwehr. Wenn Sie daran denken, wie die Klassenjustiz von Ihnen gerade gegen den so ersten Befreiungskampf des Proletariats aufgebracht wird, an die Wahlrechtsreformprozesse in ganz Preußen im Jahre 1910, dann müssen Sie doch anerkennen, daß nicht die Sozialdemokratie hegt, sondern daß die herrschenden Klassen durch ihre aufsteigende provokatorische Politik, an der auch die Justiz teilnimmt, dazu beiträgt, die innere Zerrissenheit und die leidenschaftlichen Kämpfe immer weiter zu vertiefen. Die verschiedenartige Beurteilung des Bundes der Landwirte, des Vereins reichstreuer Männer, der Ärztevereine bei Magistraten, die Behandlung der Arbeiterjugendbewegung, der Arbeiterturn- und Gesangsvereine und der Gewerkschaften, die alle für politisch erklärt werden, während die patriotischen politischen Vereine alle nicht politisch sein sollen, das zeigt, wie berechtigt wir sind, den Vorwurf der Verfangenheit gegen unsere Justiz zu erheben, wenn wir auch anerkennen wollen, daß sich die Richter häufig recht große Mühe geben — freilich häufig auch recht geringe Mühe — sich von der Klassenverfangenheit zu befreien.

Eine alte Fabel erzählt von dem Wolf, der ein Pferd zerrissen hat und bei seiner Mählheit von dem Löwen heimgeführt wird. Da stellt er sich schlafend; als aber dann ein Hündlein kommt und auch freifen will, da schläft der Wolf nicht mehr, sondern zerschreit es und sagt: „Was willst denn Du, wer lab, Verwegener, Dich zu meiner Mählheit ein? Man schläft nicht jedem zu Gefallen, was man dem einen gönnt, das gönnt man noch nicht allen!“ Auch die Justiz schläft nicht allen zu Gefallen, was man dem einen gönnt, das gönnt man noch nicht allen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar: Der Minister des Innern hat sich nicht an die Amtsgerichte gewandt, sondern die ihm unterstehenden Verwaltungsbehörden angewiesen, nach welcher Richtung sie bei den Amtsgerichten Anregungen und Anträge innerhalb ihrer Zuständigkeit stellen sollen. Das ist keineswegs so ungewöhnlich, daß daraus die Absicht eines Eingriffs geschlossen werden könnte. Im übrigen stehen die preussischen Gerichte nicht in dem Ruf, daß sie auf solche Anregungen ohne weiteres eingehen, ohne sie nach eigenem Ermessen zu prüfen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Es ist genau das gleiche, ob die Meinungsäußerung des Ministers des Innern den Gerichten direkt durch einen Postboten überbracht, der seine Bestellung im Ministerium zu Berlin bekommen hat, oder ob dies ein Postbote tut, der den Auftrag beim Regierungspräsidenten oder beim Landrat erhalten hat. In der Sache ist es genau das gleiche und die Meinungsäußerungen waren auch als Äußerungen des Ministers des Innern in ihrer Form deutlich erkennbar. Deshalb habe ich auch nicht ein Wort zurückgenommen. Das Landgericht Stettin hat in einer Entscheidung den Beeinflussungsversuch des Polizeiministers festgestellt und als einen durchaus ungehörigen und unzulässigen Eingriff in die Rechtssprechung bezeichnet. (Hört! hört! links.)

Nach weiterer unwesentlicher Debatte verlag sich das Haus. Auf Antrag des Abg. v. Wappenheim (L.) wird eine Eingemeindungsvorlage Jerichow-Kalbe wegen ungenügender Vertretung abgelehnt.

Weiterberatung morgen Dienstag 11 Uhr vormittags. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Tatsächliche Berichtigungen.

Entgegen dem Parteibruch, einen Zwist, der von einer der beteiligten Seiten der Entscheidung der zuständigen Instanzen überwiesen worden ist, in der Parteipresse nicht weiter fortzuführen, hat der Parteivorstand in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ eine Erklärung veröffentlicht, die nicht wegen meiner Gedächtnischwäche zu verpöten sucht, ebenso wie die Redaktion des „Vorwärts“, sogar mit doppelter Verlesung alten Parteibruchs, ein Rundschreiben des Parteivorstandes an die Redaktionen der Parteizeitungen an die Öffentlichkeit gesetzt hat, um mich bloßzustellen, nachdem ich meinen etwaigen Verstoß bereits öffentlich eingeräumt hatte.

Es ist nicht meine Absicht, meine guten Sitten durch böse Beispiele verderben zu lassen. Ueber die eigentliche Streitfrage werden die zuständigen Parteinstanzen entscheiden. Aber ich bin gezwungen, tatsächlich irrtümliche Behauptungen, die der Parteivorstand zu meinem Schaden verbreitet hat, tatsächlich zu berichtigen.

1. Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand niemals seine Genehmigung dazu erteilt habe, daß ein Parteigenosse gegen einen anderen persönliche Angriffe durch das Pressebureau verbreite. Er hat diese Genehmigung allerdings im April v. J. dem Genossen Kaustisch erteilt.

2. Es ist nicht richtig, daß in diesem Falle „jeder Parteigenosse in gleicher Weise behandelt“ worden sei. Wenn der Parteivorstand dem Genossen Kaustisch gestattete, persönliche Angriffe gegen mich durch das Pressebureau zu verbreiten, so gebot die einfachste Billigkeit, mich davon zu benachrichtigen und mir denselben Weg zur Abwehr zu eröffnen. Der Parteivorstand hat weder das eine noch das andere getan. Erst als Kaustischs Angriffe durch das

Pressebureau verbreitet worden waren, erfuhr ich durch befreundete Kollegen davon. Danach habe ich selbstverständlich darauf verzichtet, von dem Parteivorstand als eine Gunst zu erbitten, was mir freiwillig angeboten seine Pflicht gewesen wäre, wenn er jeden Parteigenossen in gleicher Weise behandeln wollte. Als mich bei einer zufälligen Begegnung ein Mitglied des Pressebureaus um eine Abschrift meiner Entgegnung auf Kaustischs Angriffe ersuchte, um von dem Pressebureau den Schein der Parteilichkeit abzumehren, habe ich aus kameradschaftlicher Rücksicht meinen Wunsch auf seine Gefahr und Verantwortung erfüllt. Der Parteivorstand war vollkommen unbeteiligt daran.

3. Es ist nicht richtig, wenn mich der Parteivorstand aus diesem Anlaß der Gedächtnischwäche zeihl. In seine Behauptung erst-haft gemeint, so sind mir die damaligen Vorgänge in sehr bitterer und deshalb sehr genauer Erinnerung. Soll sie aber spöttlich andeuten, daß ich irgend etwas verschweigen wolle, so habe ich über die mir widerfahrne Mißhandlung bisher nicht aus persönlichen Interessen geschwiegen, sondern aus Rücksicht, für die der Parteivorstand immerhin einiges Verständnis haben könnte.

4. Es ist nicht richtig, was der Parteivorstand über die „Konsequenzen des Wehringenschen Verlangens“ schreibt. Richtig ist vielmehr, daß ein Mitglied des Parteivorstandes sich am Sonntag (9. Februar) über das ihm wohlbelannte Wehringensche Verlangen zu anderen Parteigenossen ausgesprochen hat — wie ich annehme, in inabellendem Sinne —, aber jedenfalls in so harmloser Auffassung der „Konsequenzen“, daß er nicht den geringsten Versuch gemacht hat, den Vertrieß meiner drei Artikel durch das Pressebureau zu hindern, obgleich er dazu unzweifelhaft befugt gewesen wäre und auch — da die Artikel erst am Montag (10. Februar) durch das Pressebureau verfaßt worden sind — einen ganzen Tag Zeit gehabt hätte.

Nach Ersuche die Redaktion des „Vorwärts“, diese tatsächlichen Berichtigungen in der nächsten Nummer des Blattes zu veröffentlichen.

Steglitz-Berlin, 17. Februar 1913.

F. Wehring.

Totenliste der Partei.

Ernst Gutekunst, Schreiner, einer der ältesten Stuttgarter Genossen, ist aus dem Leben geschieden. Er gehörte der Partei schon seit den 70er Jahren an, wie er auch stets seiner gewerkschaftlichen Organisation treu blieb. Als die schlimmste Zeit des Ausnahmegeretzes hereinbrach, gehörte er zu der braven Schar, die im geheimen die Arbeit der Partei fortsetzte. Verfolgungen, Haus-suchungen und Gefängnis waren die Folge. — Gutekunst gehörte in den 90er Jahren wiederholt der geheimen Parteileitung an. Richtig, trotz seiner 69 Jahre, traf ihn vor zwei Wochen ein Unfall, der ihn aufs Krankenlager warf und seinem arbeitsreichen Leben ein Ende machte. Die Parteigenossen werden das Andenken dieses treuen Mitstreiters in Ehren halten!

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 13. Februar. (Fig. Ver.) Nach Annahme des Agrarprogramms am zweiten Verhandlungstage setzte man am Donnerstag die Verhandlungen über die sonstigen zum Parteiprogramm gestellten Anträge fort. Ein Antrag forderte die Streichung des Programmpunktes „Erziehung der Jugend im Gebrauch der Waffen“, was angenommen wurde, so daß für die Folge nur die Forderung einer physischen Jugendbildung in dieser Hinsicht erhalten bleibt. Damit hat die dänische Sozialdemokratie den Antimilitarismus auch im Programm voll akzeptiert, das rund heraus volle Abstützung und internationale Schiedsgerichte fordert.

Die Abstimmungen schritten unglücklicher ab. Anträge auf ein absolutes Alkoholverbot lagen zur Beratung vor, fanden aber keine Zustimmung. Selbst Dr. A. Müller, der seit 20 Jahren Abstinent geübt haben will, erklärte eine solche Forderung als nicht zum Programm einer politischen Partei gehörend. Eine Resolution fand Annahme, die einen eingehenden Unterricht in der Gesundheitslehre, besonders mit Rücksicht auf gesundheits-schädliche Genussmittel, in der Schule verlangt, das Alkoholverbot im Programm der Sozialdemokratie aber verwirft, weil die Partei weitergehende Ziele verfolgt, zu deren Verwirklichung die Vollmassen ohne Rücksicht auf die Stellung des einzelnen zur Alkoholfrage aufgerufen werden müssen. Im übrigen wird die Sympathie der Partei für die Mäßigkeitsbestrebungen wie auf früheren Kongressen zum Ausdruck gebracht.

Die Frage der Jugendbildung wurde eingehend diskutiert. Es sollen Arbeiterschulen durch die Partei errichtet und die bisherigen Bildungsbestrebungen ausgebaut werden.

Ueber die Reichstagswahlen und die Taktik der Sozialdemokratie referierte Stauning, der die politische Situation eingehend beleuchtete. Die augenblicklich wichtigste Frage ist die der Verfassungsreform. Die Liberalen, die sonst ihren meisten Grundbesitz untreu geworden sind, haben in der Verfassungsfrage einen vorläufig amehmenden Entwurf zu einer Verfassungsrevision gemacht, gegen die sich eine heftige Aktion der konservativen Kreise geltend macht. Bei den kommenden Wahlen müsse die Sozialdemokratie ihre Taktik so einrichten, daß sie aus der politischen Situation möglichst große Vorteile zieht, ohne daß jedoch den Wahlrechtsgegnern eine Stärkung zuteil wird. Die Sozialdemokratie habe dafür zu sorgen, daß die Gegner des allgemeinen Wahlrechts so wenig Mandate als möglich bekommen. Redner legte einen Entwurf des Parteivorstandes zu einer in diesem Sinne gehaltenen Resolution, ferner einen Vorschlag zu einem Manifest an das dänische Volk vor. — In der nun einsetzenden Diskussion fanden die Ausführungen Staunings allgemeine Zustimmung, aber es wurden auch Zweifel laut, ob die Regierung und ihre Partei ehrliche Wahlrechtsfreunde bleiben würden auch nach den Wahlen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Jugendzieher.

Im Juli vorigen Jahres veröffentlichte die „Nieder-rheinische Arb.-Ztg.“ in Duisburg einen Artikel, der die Prügeleien und Beschimpfungen, die sich der katholische Volksschullehrer Pudenz an den ihm unterstellten Kindern zuschulden kommen ließen, kritisierte und es tadelte, daß vorangegangene Beschwerden keinen Erfolg gehabt hätten. In dem Artikel war dem Lehrer nach-gesagt, daß die Mißhandlung eines Knaben K. so hart gewesen sei, daß dieser Tage lang die Schule nicht habe besuchen können. Ein Arzt Dr. R. hatte bemerkt, daß der Junge infolge der Stöße-schläge über die Baden nur unter großen Schmerzen hinfend hätte gehen können und betonte auf Vorhall vor Gericht, daß wenn ein Fuhrmann sein Pferd derart an die Weine schlage, daß es hinfie, dieser dann zweifellos wegen Tierquälerei bestraft werde. Auch der Rektor Grothmann, bei dem die Mutter des Knaben Beschwerde geführt hatte, mußte zugeben, daß eine Züchtigung auf die Baden nicht der Auf-fassung der Pädagogik entspreche. Dennoch will der Rektor eine Mißhandlung in der Züchtigung nicht erblickt haben. Auch Stadtschulrat Eider, dem die Sache unterbreitet war, mußte vor Gericht zugeben, daß er das unpädagogische Verhalten des Lehrers Pudenz wohl gerügt dabei aber ist die Sache geblieben. Daß Pudenz die Kinder häufig als „Schweine“, „Idioten“ und „Scheusal“ bezeichnet hat, bestritt er zu-nächst in dieser Form, mußte dann aber schließlich doch die Möglichkeit zugeben. Eine schwächliche Schülerin hatte er einst mit der Faust vor die Brust gestoßen, daß das Kind noch tagelange blaue Flecke hatte. Von dem geistigen Niveau dieses Jugendziehers legt auch gewiß der Umstand Zeugnis ab, daß er den Kindern gegenüber den Schreiber des Artikels als „Juchthäusler“ bezeichnete.

Die Sache nahm im übrigen den nun schon gewohnten Verlauf. Nicht Lehrer Pudenz wurde vor den Strafrichter gezogen, sondern der sozialdemokratische Redakteur und der Vater des verprügelten Knaben, der sich als Verfasser des Artikels bekannt hatte. Für den Staatsanwalt war eine Mißhandlung im strafrechtlichen Sinne nicht erwiesen, die Zeugenaussagen erschienen ihm über-

trieben und die Tendenz des Artikels hatte den Zweck: Die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus zu stören! — Auf die rohen Beschimpfungen der Kinder ging der Staatsanwalt überhaupt nicht ein. Dafür beantragte er gegen Genossen S. noch die Kleinigkeit von 600 M. Geldstrafe und gegen den Vater des „geprügelten“ Knaben 300 M. —

Das Gericht erkannte gegen Genossen S. noch auf 300 M. Geldstrafe und gegen den Vater des verprügelten Knaben auf 50 M. Geldstrafe, weil das Züchtigungsrecht nicht über-schritten, demnach eine Mißhandlung nicht erwiesen sei. Wahrung berechtigter Interessen liege gleichfalls nicht vor!

Eine heiße Woche

hat die Essener Arbeiter-Zeitung“ hinter sich: Am Dienstag wurden dem Genossen Steinbüchel 50 M. Geld-strafe wegen Beleidigung eines Arbeitswilligenagenten — er war „Seelenverkäufer“ genannt worden — zubilligt. Donnerstag erhielt Genosse Neumann von der Duisburger Strafkammer 14 Tage Gefängnis als Verantwortlicher der seinerzeit noch in Essen gedruckten „Nieder-rheinischen Arbeiter-Zeitung“ wegen Vorwurfs der Klassenjustiz und am Freitag bekam der gleiche Beschänder von der Essener Strafkammer einen Monat Gefängnis, weil er durch den wesentlich abgeschwächten Nachdruck der Gefängnisermahnungen des Genossen Schubert in Dorburg eine Richterbeleidigung begangen haben soll. Genosse Schubert wurde von der gleichen Anklage freigesprochen.

Diese politische Hitze in Essen ist wesentlich zurückzuführen auf die große Aufmerksamkeit, welche die politische Abteilung der königlichen Polizei der gesamten modernen Arbeiterbewegung entgegenbringt. Der Chef dieser politischen Abteilung ist der Polizeia-essor Hanisch, der die Mitgliederliste des Essenerverbandes an den Verbaulichen Verein gegen hohes Entgelt für seine Mittel-per-son abgab. Diesem Polizeiaessor Hanisch steht zur Seite der königliche Kriminalkommissar Leschick, der wiederholt an Gerichtsstelle zugab, daß er sich politischer Spionage bediene.

Jugendbewegung.

Die jugendlichen Arbeiter Niederschlesien

haben zurzeit 66 Zweigvereine der Reichsorganisation: in Wien 18 mit 1738 Mitgliedern, in der Provinz 50 mit 1876 Mitgliedern. Von diesen 3814 Mitgliedern sind 2294 Lehrlinge und 1320 Arbeiter und jugendliche Hilfsarbeiter. 611 Mitglieder wurden im Jahre 1912 den Gewerkschaften zugeführt, wo die „alten jugendlichen“ wegen ihrer organisatorischen Vorbildung besonders geschätzt sind. Die Bildungsaktivität ist in hohem Maße begriffen. Die Wiener „Urania“ und andere, auch Hoffbeater, geben den Jugendlichen regelmäßig ermäßigte Karten, ebenso gestatteten Ausstellungen und Archive, sowie Industriewerke Beschäftigungen. In den Ortsgruppen geben Mitglieder von Arbeiter-Schach- und Stenographielubs Unterricht. Es bestehen Jugendsektionen der Alkoholabstinenz-organisation.

Aus der Frauenbewegung.

Mit der Antwort des Magistrats auf die Eingabe betr. Fortbildungsschulen für Dienstmädchen

beschäftigte sich am Sonntag die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Hausangestellten. Die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, die am 1. April ins Leben tritt, umfasst bekanntlich nicht die große Schicht der Dienstmädchen, weil für diese die alte Geordnetungsordnung gilt. Der Verband glaubte aber dazu nicht schweigen zu dürfen, daß die Dienstmädchen ohne weiteres als ausgeschlossen gelten. Er mußte zeigen, wie hinderlich und schädlich die alte Geordnetungsordnung auch hier wieder ist; er wandte sich mit einer Eingabe an den Magistrat und bat, daß der Besuch der Schule auch für die Hausangestellten möglichst gefördert werde und daß die häuslich subventionierten Stellenvermittlungen angewiesen würden, bei jeder Vermittlung eine Abmahnung zu treffen, daß den Mädchen unter 18 Jahren freie Zeit zum Besuch der Schule gewährt werden müsse. Ferner wurde in der Eingabe um Ver-setzung vom Schulgelde gebeten. Die Antwort des Magistrats lautete:

„Durch die an den Pflichtfortbildungsschulen und den damit verbundenen Hochschulen eingerichteten hauswirtschaftlichen Kurse ist den weiblichen Diensthilfen schon reichliche Gelegenheit zu ihrer Aus-bildung gegeben.“

Sollte es die Schülerinnenzahl erforderlich machen, so werden wir die Einrichtung besonderer Kurse für Diensthilfen in Er-wägung ziehen. Eine grundsätzliche Befreiung von dem gering-fügigen Schulgelde kann nicht bewilligt werden.“

Diese Antwort wurde in der Versammlung am Sonntag ein-gehend besprochen. Frä. Ida Vaaz referierte. Sie betonte die Wichtigkeit des Fortbildungsschulunterrichts für die Diensthilfen und wies die verschiedenen Einwände, die dagegen erhoben worden sind, als hinfällig und unbedeutend zurück. Es sei falsch, immer nur den Koch- und Haushaltungsunterricht für Diensthilfen in den Vordergrund zu schieben. Gerade die allgemeine Schul-bildung erfordere viel Ergänzung. Man hat festgestellt, daß von Berliner Dienstmädchen nur 6 Proz. Berliner Schulen besucht haben; alle übrigen kommen von auswärts, wo die Schulen in der Regel schlechter sind. Die meisten haben nur Dorfschulen besucht. Es sei nun ein sehr schlechter Grund, wenn man anfängt, die Fortbildungsschule könne nicht da anfangen, wo die Dorfschule aufhört. Dieser Grund beweist eher das Gegenteil, wie not-wendig die Ergänzung der mangelhaften Schulbildung der Mädchen ist. In bezug auf den Haushaltungsunterricht wendete sich die Referentin energisch gegen die von vielen Hausfrauen vorge-schlagene „Lehrstunde“ bei Herrschaften auf einige Jahre unter Kontrakt, da hier der Ausbeutung für und Tor geöffnet, der Nutzen aber sehr fraglich sei. Dieser Unterricht müsse in der Fortbildungsschule erteilt werden. Dazu bedürfe es aber der regelmäßigen freien Zeit, die die Herrschaften gewähren müßten. Darauf zielte die Eingabe hauptsächlich hin, denn ohne die regelmäßig gewährte freie Zeit sind auch die Pflichtfortbildungsschulen, auf die der Magistrat verweist, nicht für die Diensthilfen da. Hier mußte ein Druck durch die Stellenvermittlung ausgeübt werden, Leider habe die Eingabe auch in der Stadtverordnetenversamm-lung keine Beachtung gefunden, weder in der prinzipiellen, noch in der praktischen Richtung der gestellten Wünsche. Es kann sich in einer Stadt wie Berlin nicht um die Gelegenheit zu lernen handeln, von der der Magistrat in der Antwort spricht, sondern um die Möglichkeit, die Gelegenheiten zu ergreifen, für die Diensthilfen um die nötige Zeit. Der zweite Teil der Antwort enthält immerhin einen nicht zu unterschätzenden Hinweis, daß für die Diensthilfen besondere Kurse eingerichtet werden könnten, wenn es die Schülerinnenzahl erforderlich mache. Hier wird der Verband mit neuer Agitation einsehen. Mit der nächsten Nummer der Ver-bandszeitung werden Fragebogen verfaßt werden, die folgende Fragen enthalten:

Welche Schule haben Sie besucht und bis zu welcher Klasse?

Wann traten Sie die erste Dienststelle an?

Haben Sie irgendwelche Nachhilfestunden gehabt?

Wollten Sie noch etwas lernen und die Fortbildungsschule mit Koch- und Haushaltungsunterricht besuchen?

Gibt Ihnen Ihre Herrschaft die Zeit dazu?

Das gemonnene Material wird verarbeitet werden zur weiteren Agitation, um das gleiche Recht auf Fortbildung auch für die Diensthilfen zu erringen. — Die gleiche Eingabe wie in Berlin ist auch in anderen Orten bei den Stadtverordnungen eingereicht worden und hat zum mindesten manche nützliche Diskussion vor der Öffentlichkeit über die Lage der Diensthilfen herbeigeführt.

Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit den Ausführungen der Referentin, die in der Diskussion lebhaft unter-stützt wurden, durchaus einverstanden.

Inventur- Ausnahmepreis Ein Posten neuester Prima - Bouclé - Teppiche

Beispiellos billig!
Größe ca. Mk. Bisher
165/235 cm 19⁷⁵ (27.00)
200/300 cm 31⁰⁰ (45.00)
250/350 cm 46⁵⁰ (65.00)
300/400 cm 74⁵⁰ (107.50)

Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Räumungs - Extralist
(enorm billiger Angebote)
gratis und franko.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4, 6, 8 - M. etc. Damen - Kostüme, Damenuche "Neuheiten" Mtr. 2, 3, 4 - M. etc. Loden f. Pelermäntel Mtr. 1.50, 2.50 M. etc. Schneidemeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten circa 25, 30, 35 - M. etc.
Teuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

+ Magerkeit +

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalassa“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unerschd. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waldmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringenstr. 60, Elefant-Apotheke, Leipzigerstr. 74, Weißburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Turmstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstraße 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinkendorferstr. 1, Charlottenburg; Bismarckstr. 81, Spandau; Potsdamer Str. 40.

Bruchbandagen, Leibbinder, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., **Suspensoren,** sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann,** jetzt Berlin N., Lothring. Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferung für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Institut für Massage
Heißluftbäder, elektrische Behandlung
Medikomechanische Übungen
für Krankenkassen und
Private.
C. Weissert und Frau,
N. 45, Müllerstr. 143a, 1. Etage.
Sprechst. 2-9, Sonntags 10-12.



Die Nachfrage nach unserem
Engelhardt-Bock
war in dieser Saison so stark, daß wir unseren Ausstoß hierin, trotz der sehr reichlich eingebrachten Vorräte, bereits mit dem 20. Februar cr. einstellen müssen.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Aktien-Gesellschaft.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudenstraße 25 - 26 - 27



Konfirmanden - Anzüge

Fertig am Lager

Kat.-Nr.	Beschreibung	Brustweite in cm			
		66-70 M.	72-76 M.	78-82 M.	84-86 M.
2244	Schwarzer Cheviot	11.-	12.-	13.-	14.-
2245	Geripptes, schwarzes Kammgarn	16.-	17.-	18.-	20.-
2246	Geripptes, schwarzes Kammgarn	20.-	22.-	24.-	26.-
2247	Schwarzer, dorbter Cheviot, solide Ware	22.-	24.-	26.-	28.-
2248	Schwarzer, dorbter Cheviot, solide Ware	24.-	26.-	28.-	30.-
2249	Eleganter, schwarzer Kammgarn-Cheviot	28.-	30.-	32.-	34.-
2250	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28.-	30.-	32.-	34.-
2251	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	27.-	30.-	32.-	34.-
2252	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	30.-	32.-	34.-	36.-
2253	Schwarzes Tuchkammgarn, elegante, feine Ware	30.-	32.-	34.-	36.-
2254	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	39.-	42.-	45.-	48.-
2255	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	47.-	50.-	53.-	56.-
2256	Schwarzer Melton-Cheviot, mit seidennem Spiegel, mit Borde einseitig, sehr elegant	30.-	32.-	34.-	36.-
2260	Dunkelblauer, solider Cheviot	16.-	17.-	18.-	20.-
2261	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20.-	22.-	24.-	26.-
2262	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	20.-	22.-	24.-	26.-
2263	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22.-	24.-	26.-	28.-
2264	Reinwollener, blauer Diagonal-Cheviot	22.-	24.-	26.-	28.-
2265	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	26.-	28.-	30.-	32.-
2266	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	28.-	30.-	32.-	34.-
2267	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	28.-	30.-	32.-	34.-
2268	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	30.-	32.-	34.-	36.-
2269	Blauer, reinwollener Diagonal-Cheviot, eleganter Anzug	30.-	32.-	34.-	36.-
2270	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	31.-	34.-	37.-	39.-
2271	Melton-Cheviot, elegante, glatte Ware	32.-	36.-	39.-	42.-
2272	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	32.-	36.-	39.-	42.-
2273	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	37.-	40.-	43.-	46.-
2274	Glattes, dunkelblaues Diagonal-Kammgarn	39.-	42.-	45.-	48.-
2275	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	41.-	44.-	47.-	50.-
2276	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	42.-	45.-	48.-	51.-
2277	Dunkelblauer, äußerst haltbarer Cheviot	44.-	47.-	50.-	53.-
2278	Melton-Cheviot, prima Qualität, eleganter Anzug	30.-	32.-	34.-	36.-
2287	Schwarzes Tuchkammgarn, vorzügliche Ware, mit seid. Schal	37.-	40.-	43.-	46.-
2288	Schwarzer, vorzüglicher Melton-Cheviot, mit seidennem Revers	47.-	50.-	53.-	56.-
2289	Feiner Melton-Cheviot, auf Seide gefüttert, mit seidennem Schal	32.-	34.-	36.-	38.-

Vorzügliche Paßformen :: Nur eigene Erzeugnisse

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern

Bettfedern-

Fabrik mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S 77, Prinzenstrasse 46 und 47

Die Firma führt nur
Bettfedern Daunen
zu 55 Pf., 1.-, 1.30, 1.50, zu 3.85, 3.50, 4.50, 5.-,
1.75, 1.90, 2.-, 2.50, 3.-, 6.50 bis 9.- Mark
3.50 bis 6.- Mark per Pfund.

Fertige Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
zu 12.-, 15.-, 20.-, 24.50, 28.50, 33.-, 39.-, 46.-,
55.-, 63.-, 77.-, 99.- bis 120.- Mark.

Auf
Garnierte Bettwäsche
Ueberlaken und Kissenbezüge
mit Stickerei und Klöppel
10% Ausnahme-Rabatt!

Metall - Bettstellen
zu besonderen
Ausnahme-Preisen



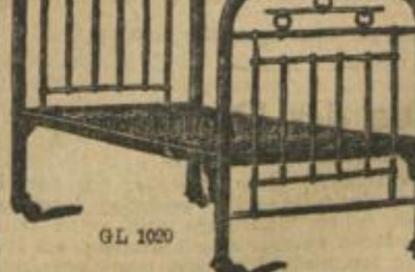
GL 1001

Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190 x 90 cm
13⁷⁵
M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr



Nr. 92
mit Zugfeder-Matratze, Pfosten 26 mm stark, mit Messing-Verzierungen im Kopf- und Fußende, schwarz lackiert.
Weiss lackiert 50 Pf. mehr.

190 x 90 **19⁵⁰** M.
190 x 90 **21-** M.



GL 1020

Mit Zugfeder-matratze, 30mm starke Pfosten, 3 Ringe, Querst. und Fußbünde im Kopf- und Fußende von Mess., schwarz 190 x 90 cm
27- M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr

Ausnahmepreise:
Daunen-Steppdecken
von türkisch-gemustertem, daunendichtem Stoff, mit federfreien Daunen, in diversen Mustern, abgesteppt 140 x 200 cm **17⁵⁰** M.
von Seidenglanz-Daunensatin mit federfreien Daunen, in diversen Farben vorrätig 180 x 210 cm **27-** M.
von la halbwellenem Daunen-Zanella, mit federfreien Daunen, in bordeaux, oliv, blau, fraise, lil. gold 160 x 210 cm **36-** M.

Bettstellen, auf die Anzahlung geleistet wird, können bis 1. April kostenfrei lagern.
Ausnahmepreise für Metallbettstellen, Bettwäsche und Daunendecken nur gegen Vorzeigung des Inserats.



Engelhardt

Caramel-Bier

Alkoholarms - Aerztlich empfohlen

Das meistverlangte Caramelbier

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afcr 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Danfertraf.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. - Greit-Apotheke, Bernauerstr. 33. - Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke, Würzburg.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Ergebnisse der Ruhrzechen. — Rein Kohlenyndikat.

Das vergangene Hochkonjunkturjahr mit seiner gewaltig gesteigerten Produktion in der Schwerindustrie hat den beteiligten Montanunternehmen reichlichen Gewinn gebracht. Das tritt in den Betriebsanweisen deutlich zu Tage und findet seinen Ausdruck in den fast durchgängig erhöhten Dividenden. 228 Gesellschaften mit 2472 Millionen Mark Aktienkapital verteilen nach einer Berechnung Calwers im Jahre 1912 im Durchschnitt 9,9 Prozent Dividende gegen 9,1 Proz. im Jahre 1911. Die scheinbar geringe Erhöhung der ausgeschütteten Dividenden ist um so bedeutungsvoller, als auch im letzten Jahre starke Betriebserweiterungen in der Montanindustrie vorgenommen wurden, die erst in späterer Zeit den vollen Ertrag bringen können, trotzdem sie das Anlagekonto bereits längere Zeit vorher erheblich belasten. Trotz der Möglichkeit, die Dividenden willkürlich durch die Höhe der offenen und stillen Rücklagen, Abschreibungen usw. zu beeinflussen, bildet die Dividendensumme doch einen gewissen Anhalt für Schwankungen der Rentabilität. So ist die ökonomische und technische Überlegenheit der gemischten Betriebe, die Förderung und Verhüttung vereinen, gegenüber den reinen Zechen (nur mit Förderung) schon daraus abzulesen, daß die reinen Bergbaugesellschaften nur 8,4 Prozent, die gemischten und gemischten Betriebe aber 11,1 Prozent Dividende ausschütteten. Auch die prozentuale Steigerung der Dividende von 1911 auf 1912 fiel bei den gemischten Betrieben höher aus, als bei den reinen Zechen. Trotzdem ist das Dividendenresultat auch bei reinen Betrieben mit 8,4 Proz. noch so hoch, daß die festen Klagen aus diesen Kreisen über mangelnde Rentabilität völlig unmotiviert erscheinen. Die Kapitalisten dieser Unternehmungen streichen reichlichen Profit ein, wenn er auch etwas geringer ausfällt, als bei den gemischten Betrieben. Aus dieser Differenz der Profite entstehen die Gegensätze zwischen reinen und gemischten Betrieben innerhalb des Kohlenyndikats, dessen Vertragsbestimmungen den Interessen der gemischten Betriebe weit besser angepaßt sind.

Gerade die Ergebnisse der Ruhrzechen zeigen, wie groß die Gewinne auch der reinen Bergbaubetriebe waren. An der Steigerung der deutschen Steinkohlenförderung um 16,8 Millionen Tonnen war der Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 9 Millionen Tonnen beteiligt. Diese gewaltige Mehrförderung trugen den einzelnen Zechen folgende Mehrgewinne gegen 1911 ein:

Table with 4 columns: Name, 1911, 1912, 1912 gegen 1911. Lists companies like Aplerbeck, Alte Haase, etc.

Besonders stark war die Steigerung der Betriebsüberschüsse im dritten Quartal. Das vierte Quartal zeigte eine Abnahme in der Steigerung, offenbar eine Folge des Wagenmangels. So betrug der Rückgang bei der Harpener Bergbaugesellschaft in dem letzten Vierteljahr allein mehr als 1 Million Mark. Bei den Ziffern für das ganze Jahr tritt der Anstieg durch den Wagenmangel, mit Ausnahme der Zeche Mont-Geins, gar nicht in Erscheinung. Die Gewerkschaft Teimelsburg konnte ihre Überschüsse um 24 Proz. steigern. Bei den großen Unternehmungen erreichte die Steigerung gegen 1911 ganz bedeutende Summen; so bei Harpen 5,9 Millionen, bei Hibernia 2,7 Millionen, bei Ewald 2,7 Millionen, bei König Ludwig 1,1 Million, bei Konstantin v. Or. 0,99 Millionen. Nur die Zeche Mont-Geins hat einen Rückgang zu verzeichnen. Nach dem Bericht der Verwaltung verlor diese Zeche durch den Wagenmangel 81 Schichten. Der Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1911 hat dagegen nur einen ganz geringen Einfluß auf die Betriebsergebnisse des Jahres ausgeübt.

Im ganzen hat das Jahr 1912 den Zechen außergewöhnlich reichen Gewinn gebracht. Bei den Bergbaugesellschaften konnten erhöhte Dividenden in Aussicht genommen werden: bei Arenberg von 10 1/2 auf 20 Proz., Hibernia 9 auf 10-11, Konsolidation 19 auf 23, Aplerbeck 6 auf 10, Bochumer Bergwerksgesellschaft 5 auf 8, König Wilhelm 15 bzw. 18 auf 20 bzw. 23, Königshorn 15 auf 18, Konsolidia 16 auf 22. Auch die Gesellschaften in Gewerkschaften erhöhten ihre Ausbeuten: Konstantin um 300 M., Friedrich der Große um 100 M., Lottringen um 150 M., Graf Schwerin, Helene, Amalie, Heinrich und Teimelsburg um je 50 M., Trappe um 40 M.

Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne ist gegenüber dieser Steigerung der Kapitalistengewinne gering zu nennen. Die Steigerung der Zechenrenten, den Bergarbeitern bessere Arbeitsbedingungen zu bewilligen, und der Verzicht der „Christen“ im Frühjahr vergangenen Jahres erfährt jetzt von neuem durch die Betriebsanweise die rechte Beleuchtung.

Die Möglichkeit, die Hochkonjunktur in so starkem Maße in Gewinne umzusetzen, haben sich die Ruhrzechen durch ihre Organisation im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat geschaffen, das auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückzusehen. Am 16. Februar 1893 fand die konstituierende Versammlung der Zechenbesitzer statt und am 1. März 1893 begann das Syndikat offiziell seine Tätigkeit. Bei seiner Gründung umfaßte das Kohlenyndikat 106 Zechen mit einer Beteiligung von 85,37 Millionen Tonnen. Heute gehören dem Syndikat nur 64 Zechen an, die aber insgesamt mit 79,50 Millionen Tonnen beteiligt sind. Entsprechend stieg die Kohlenförderung von 33,5 auf 93,8 Millionen Tonnen, der Kohlabtrag von 4,2 auf 13,4 Millionen Tonnen, der Bruttoabtrag von 0,7 auf 4 Millionen Tonnen. Die Bedeutung der Ruhrkohle für die deutsche Steinkohlenförderung überhaupt ist damit gewachsen. Die Kohlenproduktion in Oberschlesien und im Saargebiet ist nur etwa um das 2/3fache gestiegen, im

Außergebiet nahm sie fast um das dreifache zu. Die Zechenrenten rühmen, daß das Syndikat die Rentabilität des Bergbaues erst durch feste Preise ermöglicht habe. Gewiß, die Preise sind etwas stabiler geworden, aber die Preissteigerung entwickelt sich stetig nach oben. In den Jahren 1880 bis 1890 zahlte man an der Essener Börse pro Tonne 5 bis 6 Mark. Seit dem Gründungsjahre stieg der Preis mit ganz geringen Schwankungen ständig von 8 M. bis auf 10,75 M. im Jahre 1911. Für den Konsumenten haben sich die Preise in diesen zwanzig Jahren verdoppelt. In Mannheim zahlte man im Jahre 1911 pro Tonne 26 M. gegen 14 M. im Jahre 1893. Für Koks betrug die Steigerung sogar über 100 Proz. In ungefähr gleichem Grade sind die Gewinne der großen Zechenunternehmungen gestiegen.

Vom Banditenprozeß.

Paris, 13. Februar. (Fig. Ver.) Nach Beendigung des Verfahrens der Angeklagten sind nun auch die Zeugenvernehmungen so weit fortgeschritten, daß sich ein Urteil, wenngleich nicht über das voraussichtliche Ergebnis des Prozesses, so doch über das Gebührende der Anklage fällen läßt. Und man muß sagen, daß man selten eines so sehen bekommen hat, daß derart leichtfertig und schlauderhaft geizig gewesen wäre. Wohl erscheinen einzelne der Angeklagten durch die Aussagen glaubwürdiger Zeugen schwer belastet, aber in der Hauptsache — den Versuch, alle Angeklagten als „Berein von Unbestätigten“ unter einen Hut zu bringen und so dem Prozeß einen politischen Stempel aufzudrücken — hat die Staatsanwaltschaft kläglich Schiffbruch gelitten. Vielleicht ist sie selbst aber weniger daran schuld als die Polizei, die sich, trotz ihres, sich im pseudo-anarchistischen Kreis umhertreibenden Spießbüchses, unfähig erwiesen hat, die näheren Umstände der von den Bonnot und Garnier und ihren lebenden Gehilfen verübten Mordtaten aufzuklären. So wurden denn allerhand Leute zusammengepackt, die in näherer oder fernerer Beziehung zu den wirklichen oder vermeintlichen Hauptschuldigen gestanden haben und das Gericht, das in der Anklageförmigkeit nicht gar werden wollte, wurde, um für die Geschworenen schmachhaft zu werden, mit der Sauce der „anarchistischen“ Mordtaten übergoßen. Aber was haben die Helfer und Kleinen Gauner, die den schmierigen Zwischenhandel in der Verbrechenswelt betreiben, mit den leichtfertigen Dilettanten der „Illegalität“ zu tun, die in kindischem Ehrgeiz und mit der Aufgelassenheit des Haßgebildeten in dieser Welt der Entertainer die Theoretiker der sozialen Vollkommenheit spielen wollten? Und nehmen wir selbst an, was durchaus unbewiesen ist, daß G a u n e r, der Bonnot die letzte Herberge bot, gemüht hätte, mit wem er es zu tun hatte, und ein dogmatisches Prinzip, jedem Verfolgten, wer er auch sei, Asyl zu gewähren, befolgt hätte, wie ist es möglich, diesen tätigen und erfolgreichen Gewerksmann, der mit den Banditen nicht den geringsten Umgang, und der sicherlich die verhängnisvolle Situation nicht herbeigeführt hätte, mit den Verschleierten gestohlener und geraubter Wertgegenstände in eine einzige Anklage aufzunehmen? Gewiß, er las anarchistische Zeitungen und jene fanden mit den Verbrecher-Anarchisten in geschäftlicher Verbindung. Aber stellt dies schon eine „Assoziation von Verbrechern“ her? Ganz offenbar hat die Polizei so wenig Material über die Mordtaten zusammengebracht, die das Bedürfnis nach Sühne und sozialem Schutz geweckt hatten, daß es, in besonderen Prozessen gegen die einzelnen Verbrecher Verdächtigen vorgebracht, ihre professionelle Tätigkeit kompromittiert hätte. Und so griff man denn links und rechts beiläufig keine Diebstahlsfälle, wie sie die Staatsanwaltschaft sonst zu Taufenden zu den Akten legt, zusammen, schichtete sie auf das brüchige Hauptmaterial, fing so viel Leute als nur anging, in einen Korb zusammen und der sensationelle, des Verhummels würdige Konterprozeß gegen die „tragische Bande“ war da.

Es soll nicht übersehen werden, daß der jetzige Prozeß Probleme sichtbar macht, die von allgemeiner sozialer Bedeutung sind, daß er zwingt, den Begriff der verbrecherischen Entartung in einer anderen als der hergebrachten Weise zu erfassen und daß er das in der modernen Gesellschaft geschaffene Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Möglichkeiten und Bedürfnissen des Intellekts einerseits und der Verteilung der Genüsse andererseits als eine Quelle antisozialer Triebe zeigt, die nur durch einen die alten religiösen Bedingungen ersetzenden sozialen Idealismus überwunden werden können. Davon wird noch gesprochen werden müssen. Heute sei nur noch eine charakteristische Episode aus der gestrigen Verhandlung hervorgehoben, die darauf hinweist, wie recht wir hatten, als wir den Verdacht aussprachen, daß der Kreis der Verbrecher-Anarchisten von allerhand, in anderer Richtung sehr verdächtigen Leuten durchsetzt war. Der Angeklagte Riballischik wies mit unbestreitbarer Logik auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß er als Redakteur der „Anarchie“ eingekerkert und angeklagt worden sei, während sein Vorgänger L o r u l o t, unter dessen Redaktion die Bonnot und Garnier monatelang in den Lokalitäten des Maitres gehaust hätten, auf freiem Fuß geblieben sei. Lorulot, der als Zeuge vorgelesen war, replizierte: „Ich wäre glücklich, wenn man mir sagte, ob es ein Verbrechen ist, Kameraden aufzunehmen.“ Worauf der Staatsanwalt bemerkte: „Ich habe keine Lust, darauf zu antworten. Ich habe Gründe dazu. Der Mann an der Zeugenbank weiß, was ich meine. Und einer der Verbrecher nahm die Gelegenheit wahr, um darauf hinzuweisen, daß just in diesen Tagen ein die Geschworenen bedrohender Artikel, der keinen anderen Zweck haben kann, als das Publikum zum Gunsten der Angeklagten zu beeinflussen und wirklich an einen Zusammenhang zwischen den Raubmorden und dem Anarchismus glauben zu machen, in der „Anarchie“ erschienen ist. Woher der Artikel stammt, kann man sich wohl denken.

Wie lehrreich wäre es doch, wenn Herr Lévinc, dessen Abgang jetzt mit einiger Wahrscheinlichkeit angekündigt wird, gleich Herrn Andrieux und mit der Offenherzigkeit dieses Vorgängers seine Memoiren schreiben wollte!

Wieder ein Mädchenmordprozeß.

Eine mysteriöse Mordtat, die sich im Sommer 1912 in dem französischen Dorf Arnaville abgespielt hat, unterlag gestern der Prüfung des Schwurgerichts am Landgericht Berlin III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seelert.

Die auf Totschlag gerichtete Anklage richtet sich gegen den Eisenhändler Paul Stein aus Vorkwalbe. Der Angeklagte wird beschuldigt, seine 23jährige Nichte, mit der er angeblich ein Liebesverhältnis unterhalten haben soll, im Walde von Arnaville durch Messerstiche getötet zu haben. Es sind zahlreiche Zeugen geladen, darunter mehrere aus Frankreich, unter ihnen auch der französische Untersuchungsrichter Masson aus Toul. Die Ehefrau des Angeklagten, die gleichfalls als Zeugin geladen ist, bricht beim Betreten des Gerichtssaales in Weinstampfen aus und ist völlig gebrochen. Beim Aufruf der Zeugen stellt sich heraus, daß von den aus Frankreich vorgeladenen Zeugen die Frau Gastwirt Michel

aus Arnaville und ein Offizier aus Metz nicht erschienen sind. Letzterer ist erkrankt. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn und Dr. Jul. Meyer, erklären, daß sie auf keinen Zeugen verzichten können. Der Angeklagte behauptet, daß er die Tat auf dringendes und ernsthaftes Verlangen der Getöteten, welche aus Liebeskummer in den Tod gehen wollen, begangen habe. Bei dieser Sachlage komme es der Verteidigung darauf an, von allen, die die Getötete noch kurz vor der Tat gesehen, Auskunft über deren Seelenzustand zu erhalten, insbesondere könne man sich nicht mit einer kommissarischen Aussage des erkrankten Metz-Offiziers begnügen, denn dieser, der in Beziehungen zu der Getöteten gestanden, müsse darüber vernommen werden, daß die Getötete, die 23jährige Emilie Stein, aus Verzweiflung darüber, daß sich ihrer Verheiratung mit einem Kaufmann Norckhild Hindernisse in den Weg stellten, schwermütig gewesen sei und sich mit Selbstmordgedanken getragen habe. Das Gericht beschließt, vorläufig zu verhandeln und sich die Beschlußfassung über den Antrag vorzubehalten.

Der Angeklagte gibt auf Befragen an, daß er im Jahre 1870 geboren und unbestraft sei. Er ist Vater zweier Töchter im Alter von 17 und 13 Jahren. Er gibt zu, am 27. Juni 1912 bei dem französischen Dorfe Arnaville seine Nichte erschossen zu haben, hauptsächlich aber immer wieder, daß er dies nur auf dringendes Verlangen der Nichte getan habe, da diese habe sterben wollen, aber nicht den Mut zum Selbstmord gehabt habe.

Vorsitzender: Geben Sie zu, die Nichte erschossen zu haben? — Angeklagter: Nein, Nichte ist es nicht gewesen. — Vorsitzender: Haben Sie sie denn auch Verheiratet? Haben Sie nicht Ihr Messer genommen? — Angeklagter: Auf ihr Verlangen. — Vorsitzender: Deshalb denn? — Angeklagter: Weil ihre Mutter gegen die Heiraterei war. Deshalb wollte sie runter von der Welt.

Der Angeklagte erzählt zur Tat selbst, daß ihm im Juli vorigen Jahres, als seine Frau zu Verwandten nach Pontmeru gefahren war, plötzlich der Gedanke gekommen war, seine Verwandten in Metz zu besuchen. Auf eine Frage, ob nicht die Triebfeder hierzu gewesen sei, daß er die „Nichte“ wiedersehen wollte, erklärte der Angeklagte, daß er daran gar nicht gedacht habe, da er annahm, daß die Nichte längst verheiratet sei. Er habe auch die Nichte gleich nach seiner Ankunft gefragt, ob sie nicht schon verheiratet sei. In den nächsten Tagen habe sie ihm erzählt, daß sie mit dem Kaufmann Norckhild und auch mit einem Leutnant ein Liebesverhältnis habe. Den Norckhild, den sie immer „Paulemann“ nannte, werde sie wohl nicht heiraten können, da dessen Mutter, die „alte Hexe“, sie immer beschimpfe. Die Nichte sei immer sehr still und betrübt, dann aber ganz plötzlich wieder ausgelassen gewesen. Der Angeklagte schildert dann die Einzelheiten des mit seiner Nichte unternommenen Ausfluges, an dem sich zum Teil auch Norckhild beteiligt hatte. Am 27. Juni habe er mit der Nichte einen kleinen Ausflug nach Frankreich gemacht. Sie seien von Reims nach Arnaville zu Fuß gegangen und hätten hier in einem Café drei Flaschen Wein und zwei Flaschen Sekt getrunken, wozu ihm der Kopf anständig gebrummt habe, auch die Nichte sei etwas angetrunken gewesen. Er habe mit der Nichte dann einen kleinen Spaziergang durch die Weinberge gemacht. — Der Vorsitzende hält ihm vor, daß hier zwei Zeugen auftreten werden, die ihn mit dem Mädchen in einer recht heißen Situation gesehen haben. Das Mädchen habe sich heftig gewehrt und Hilfe gerufen. Ebenso wäre sie nachher ganz zerkaut und offensichtlich verärgert in den Gasthof zurückgekehrt. — Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, daß er dem Mädchen irgendeine zu nahe getreten sei, muß jedoch auf Vorhalt des Vorsitzenden zugeben, daß das Mädchen, als es Bekannte traf, diese gebeten habe, sie in ihrem Auto mit nach Metz zu nehmen, da sie mit ihm nicht allein sein wollte. Auf dem Heilwege sei die St. ihm plötzlich um den Hals gefallen und habe gerufen: „Onkel, ich will herunter von der Welt, töte mich, Onkel, denn ich kann nicht leben, die alte Hexe will nicht, daß ich den Paulemann heirate.“ Er habe darauf geantwortet, er könne sich doch nicht unglücklich machen. Sie sei ihm aber immer wieder um den Hals gefallen und habe gerufen: „Ich will herunter von der Welt!“ Auf eine Frage des Vorsitzenden, weshalb er der St. diese dummen Gedanken nicht ausgeredet habe, erklärt der Angeklagte, daß er zu stark betrunken gewesen sei. Wenn er nüchtern gewesen wäre, wäre es ihm nicht eingefallen, ein so hübsches, freundliches Mädchen tot zu machen. Er bereue es tief, daß er dem Verlangen des Mädchens nachgegeben, als sie ihn umgehört und nochmals gebeten hätte, sie zu töten. Er habe dann sein Taschmesser aus dem Etuis genommen und habe ihr Schenkel in den Hals beibringt. Soweit er sich erinnern könne, habe sie sich nicht gewehrt und auch keinen Laut von sich gegeben. Da das Mädchen später im Chausseegraben vorgefunden worden, müsse er es doch dorthin gelegt haben. Was er selbst weiter getan, wisse er nicht mehr. Er sei wohl umhergeirrt und sei in ein Wasser geraten und habe auch Wasser geschluckt. Da sei er wieder etwas zur Besinnung gekommen, habe zunächst heftig erschrocken und müsse dann wieder zu der Stelle gekommen sein, wo die Nichte erschossen worden. Wie er dorthin gekommen, wisse er nicht; er sei eingeschlagen und als er aufwachte, habe er dicht bei der Leiche gelegen. Neben der Leiche habe sein blutbesiedetes Messer gelegen und aus Verzweiflung über diese Tat müsse er wohl das Messer ergriffen und einen Selbstmordversuch gemacht haben, denn am Halse habe er nachher Wunden gehabt. Der Angeklagte hat dann, wie festgestellt wird, die Leiche etwas bedeckt, habe sich am Wasser abgewaschen und sei mit dem nächsten Zuge nach Metz und von dort dann nach Berlin gefahren. Hier haben ihn seine Frau und sein Schwager, die wohl schon gehört hatten, was passiert war, auf dem Bahnhof erwartet. Der Angeklagte wurde bald darauf verhaftet. — Vorsitzender: Sind Sie denn sehr betrunken bei der Tat gewesen? — Angeklagter: In meinem Leben bin ich noch nie so betrunken gewesen. — Vorsitzender: Sie wissen aber doch alle Vorgänge noch ziemlich genau. Auch Ihre Angaben, daß die Nichte trübselig war, scheint doch nicht zu stimmen. Sie soll doch auch noch an dem betreffenden Abend recht lustig gewesen sein und mit Ihnen zusammen recht lustige Postkarten geschrieben haben. Die Getötete hat auch ein Kind von drei Jahren gehabt, das sie sehr lieb hatte, und eine Mutter, die ihr Kind lieb hat, wird doch nicht den Wunsch haben, daß man sie töte. Sie soll auch beim Weggang von Hause ihrer Mutter zu-gerufen haben: „Mutter, um 10 Uhr halte das Abendrot bereit, dann sind wir wieder da!“ Sie soll sich auch ganz klar darüber gewesen sein, daß sie weder dem Kaufmann, noch den Leutnant betrauen könne und soll mit ihrem Zustande ganz zufrieden gewesen sein. — Der Angeklagte kann darauf nichts sagen. — Vorsitzender: Es sollen sich auch Angeizen dafür gezeigt haben, daß sie sich gewehrt hat. Sind Sie niemals zudringlich zu der Nichte geworden? Angeklagter: Nein, ich würde kein Stück Brot mehr essen, wenn ich meine Familie hintergehen würde. — Vorsitzender: Ihre Nichte hat früher einmal mehrere Tage in Berlin zum Besuch gewohnt und soll Ihnen dabei einmal einen Kuß gegeben haben, ebenso soll sie bei Ihrer Ankunft in Metz gekußt haben. — Angeklagter: Dahinter steckt gar nichts weiter. Das waren familiäre Küsse, wie sie eine Nichte einem Onkel gibt.

Beweisaufnahme.

In der weiteren Verhandlung wurde der französische Untersuchungsrichter Masson aus Toul vernommen. Der Zeuge schildert dann die ganze Situation, wie er sie am Tatorte vorgefunden hatte. Die Leiche habe etwa 300 Meter von der Grenze entfernt auf französischem Boden gelegen. Heruntergetretenes Gras und die in größerer Entfernung von der Leiche liegenden fasschen Saare der Toten hätten den Schluß zugelassen, daß ein Handgemenge an dem Tatort stattgefunden hatte. Die einzelnen Wundspuren,

wie Gul, Gürtel, Handschuhe, hätten in größerer Entfernung von der Leiche, der Gut z. B. 500 Meter entfernt, gelegen. — Mehrere Zeugen, zumeist ehemalige Arbeitskollegen, auf deren Zeugnis von der Verteidigung Bezug genommen worden war, beklagten, daß der Angeklagte auf sie den Eindruck gemacht habe, als wenn er „nicht ganz richtig im Kopfe“ sei. Er habe bei der Arbeit an der Bohrmaschine wiederholt ohne jede Veranlassung laut aufgeschrien und in der Gabel der Spinnnamen „Der verrückte Bohrer“ bekommen, weil er allerlei Dummdinge behauptete, die ein normaler Mensch nicht zu begehen pflegt. Im übrigen erzeigte er sich in den Vorstufen eines guten Rufes; man konnte ihn als einen ruhigen, ordentlichen, anständigen Menschen, der nicht hummelte und auch dem Trunke nicht ergeben war. Als er nach Meß fahren wollte, um seine Verwandten zu besuchen, hat er sich von einem Bekannten das Reisegeld geborgt; er ist dann abgefahren, ohne daß seine damals nach Bommern gereiste Frau etwas davon wußte.

Die Anklagekassisten, die der Angeklagte aus Meß und Arnabille an seine hiesigen Freunde und Bekannte gerichtet hatte und zwar auch noch an dem Todestage der Emilie Stein, sind sämtlich in einem sehr übermütigen und lustigen Tone gehalten. Der Angeklagte drückt insbesondere seine Freude darüber aus, daß in Frankreich der Sekt so billig und gut sei.

Die Mutter der getöteten Emilie Stein, die 50jährige Frau Adele Stein, beklagt unter anderem, daß ihre Tochter niemals Selbstmordgedanken gehabt habe. Sie sei im Gegenteil sehr lebenslustig gewesen und habe das Leben viel zu sehr geliebt. Sie selbst könne es unmöglich glauben, daß ihre Tochter den Angeklagten aufgefördert habe, sie zu töten, dies sei bestimmt nicht wahr. Im Anschluß an die Vernehmung dieser Zeugin folgt die Verlesung zahlreicher Briefe und Karten. Am späten Nachmittag wurde die Verhandlung abgebrochen und auf heute 9½ Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Konzentration im Bankgewerbe. Die Auffassung der mittleren und kleinen Betriebe durch die großen Institute hat auch im Jahre 1912 weitere Fortschritte gemacht, wenn auch langsamer als in den Vorjahren. Eine Tabelle zeigt, daß im Jahre 1909 etwa 45 Firmen von größeren Instituten absorbiert wurden bzw. durch Fusionen ihre Selbstständigkeit aufgaben; 1910 waren es 50, im Jahre 1911 35 und 24 in 1912; davon entfielen 8 auf das erste Semester, 16 auf das zweite. An Filialen, Kassen und Agenturen wurden eröffnet: im Jahre 1909 etwa 88, in 1910 162, im Jahre 1911 120 und in verfloßenen Jahre etwa 40. Die Zahl der neuen kommanditistischen Beteiligungen beschränkte sich in 1909 auf etwa 8 gegen 14 im folgenden Jahre, 10 in 1911 und 4 in 1912.

Soziales.

Wahlen auf Grund des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Im gestern abend erschienenen Reichsanzeiger veröffentlicht der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die ihm bis zum 25. Januar durch Arbeitgeber oder versicherte Angestellte gültig eingereichten 4 Vorschlagslisten für die Wahlen der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Beisitzer des Rentenausschusses, des Schiedsgerichts und des Oberschiedsgerichts sowie ihrer Ersatzmänner. Die Vorschlagslisten der freien Vereinigung sind mit D bezeichnet. Auf der D-Liste beginnen die Vorschläge für den Verwaltungsrat mit Lüdemann, für den Rentenausschuss mit Lido, für das Schiedsgericht mit Hesse, für das Oberschiedsgericht mit Reiners.

Wer noch 33½ Pfennig täglich verdienen kann, ist noch erwerbsfähig.

Dies nichts weniger als salomonische Urteil fällt das Oberverwaltungsamt in Liegnitz auf Grund folgenden Tatbestandes. Die 70jährige Arbeiterin Christiane Sch. im Kreise Wunglau beantragte bei der Landesversicherungsanstalt Schlessen im Februar 1912 die Gewährung der Invalidenrente. Nach einem Gutachten des Dr. St. vom 28. März 1912 leidet die alte Frau an Altersschwäche, beiderseitigen Krampfadern an den Unterschenkeln, besonders rechts, chronischem Magenkatarrh, schwerem Rheumatismus in beiden Armen mit Verkrümmung und Versteifung der meisten Finger und beiderseitigem Plattfuß. Der Arzt hält die Frau für völlig erwerbsunfähig.

Ein anderer Arzt, Dr. Sch., der die Frau am 6. April 1912 untersuchte, stellte außer den oben angeführten Krankheitserscheinungen noch allgemeine Hinfälligkeit und leichte wässrige Stauungen in den Knöchelgelenken fest. Auch dieser Arzt hält die Frau für völlig erwerbsunfähig und damit für invalide.

In der mündlichen Verhandlung vor der unteren Verwaltungsbehörde erklärte auch der Vertrauensarzt derselben, Dr. S., die Frau für invalide. Die untere Verwaltungsbehörde sprach sich darauf für die Invalidenrente aus.

Das paßte dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlessen nicht. Er veranlaßte eine nochmalige Untersuchung durch einen Herrn Dr. Siemewski. Dieser gab unter dem 31. Mai 1912 folgendes Gutachten ab: „Die pp. Sch. sei eine für ihr Alter ziemlich kräftige Frau, die außer mäßigen Alterserscheinungen nur an das durch das Alter bedingten Gelenkveränderungen des rechten Schultergelenks, verschiedener Fingergelenke und der Kniegelenke leidet. Die Gelenkveränderungen an den Fingern, welche am schwersten ins Gewicht fallen, befinden sich schon seit 12 Jahren, der Haufschluß sei beiderseits gut möglich. Die Schultergelenke werden in ihren Bewegungen fast gar nicht beeinträchtigt, und die Kniegelenke nur in mäßigem Grade. Da ferner Rücken ganz gut vor sich gebe, die Hüftgelenke also auch nicht schwer von Rheumatismus befallen seien, sei die Klägerin zu leichten landwirtschaftlichen Arbeiten mit Ruhepausen noch fähig.“

Auf Grund dieses famosen „Gutachtens“ wies die Schlessische Landesversicherungsanstalt den Antrag der Frau zurück, da Invalidität noch nicht vorliege.

Die Frau Sch. legte gegen den Rentenablehnungsbescheid Berufung beim Oberverwaltungsamt Liegnitz ein.

Das Oberverwaltungsamt ließ die Rentenbewerberin im mündlichen Verhandlungstermin durch seinen Vertrauensarzt D. Höhemann untersuchen. Dieser schloß sich gutdünlich dem Gutachten des Dr. Siemewski an. Darauf ist die Berufung zurückgewiesen. Aus der Begründung sei folgendes wiedergegeben. Es heißt da u. a.: „Die Doktoren St. und Sch. berücksichtigen offenbar nicht, daß die Gelenkveränderungen an den Fingern schon seit 12 Jahren bestehen und die Klägerin bisher nicht an der Ausübung ihrer versicherungspflichtigen Lohnarbeit gehindert haben. Es ist daher als erwiesen zu erachten, daß die Klägerin zu leichteren größeren Handarbeiten mit einigen Ruhepausen noch befähigt ist.“

In Abweichung von den Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde hat das Gericht unter diesen Umständen die Heberzeugung gewonnen, daß Klägerin durch die vorerwähnten Lohnarbeiten den im vorliegenden Falle maßgebenden Mindestverdienst von 100 M. jährlich oder bei regelmäßiger Tätigkeit von 0,33½ M. täglich noch erreichen kann.“

Dieser auf Grund der Alten geschilderte Fall zeigt besser als lange theoretische Darlegungen, wie ungeheuerlich unsozial die sogenannte Reichsversicherung wirkt. So sieht's im Gegensatz zu hochtönenden Worten mit der „gesicherten“ Erziehung bis ins hohe Alter hinein“ aus. Jahraus, Jahrein hat die alte Frau eine immens hohe Reichseinkommensteuer zahlen müssen. Und als sie nach ihrem 70. Lebensalter auf Grund ihrer abgenommenen Kräfte eine Invalidenrente verlangt, da heißt es: gib's nicht,

drei Ärzte haben Dich zwar für völlig invalide gehalten, aber da hat's in Schlessen noch zwei „Vertrauensärzte“ und die Gutachten dieser Herren erweisen, daß Du doch noch 33½ Pfennig täglich verdienen könntest, wenn Du Arbeit hättest. Also kriegst Du keine Invalidenrente.

Ein Rieservermögen hat die schlessische Versicherungsanstalt aus der den Arbeitern auferlegten Reichseinkommensteuer aufgeschleppt: im Jahre 1911 betrug es 120½ Millionen. Ein kolossal großer Beamtenapparat mit nicht zu knappen Bezügen ist dort vorhanden. Aber eine 70 Jahre alte Frau, die dieses Rieservermögen mit gut sauneln müssen, eine Frau, die hart gearbeitet und schwer gehungert hat, gilt nicht als invalide im Sinne des Gesetzes, weil sie noch 33½ Pfennig täglich verdienen könnte, wenn sie Arbeit hätte. In immer härterer Weise zeigt sich, wie Recht die Sozialdemokraten mit ihrer Behauptung haben: Die Arbeiterversicherung wirkt dahin, daß die Arbeiter enorme Lasten tragen müssen, und daß aus den der Arbeiterklasse auferlegten Gelder ein Haufen Bürokraten und Kerzen besoldet werden.

Wenn 33½ Pfennig zum Leben hinreichen — warum fehlt man nicht „Vertrauensärzte“ und Beamten im Bezirk des Oberverwaltungsamt Liegnitz auf ein gleich hohes Honorar oder Gehalt? Solche Wirkung des Gesetzes ist, daß es als Verhöhnung der Arbeiterklasse empfunden werden muß und gegen die bürgerliche Klasse, der solche Gesetzmacherei aufs Konto zu schreiben ist, empören muß.

„Facharbeiter“ in preussischen Staatsbetrieben.

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung macht belänzlich einen Unterschied zwischen Facharbeitern und gewöhnlichen Arbeitern. Diese Unterscheidung ist für die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten sehr bedeutungsvoll, weil die Unfallrente der Facharbeiter anders berechnet wird, als die der „gewöhnlichen Arbeiter“, nämlich nach dem wirklichen Verdienst statt nach dem vom Oberverwaltungsamt festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst. Da der vom Oberverwaltungsamt festgesetzte Jahresverdienst stets hinter dem wirklichen Verdienst sehr zurückbleibt, ist die Unterscheidung für die Facharbeiter erheblich.

Facharbeiter ist, wer für seine Stellung besonderer fachlicher Fähigkeiten bedarf. Nach der Reichsversicherungsordnung sind stets Facharbeiter: Förster, Gärtner, Gärtnergehilfen, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede, Rouler, Zimmerer, Brenner, Maschinenführer, Heizer, sowie Gehilfen und Gesellen, die eine sachmäßige Lehr- und Ausbildungszeit durchgemacht haben.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können jedoch durch ihre Satzung auch andere Berufe als Facharbeiter erklären. Die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Musterfassung zählt noch eine große Anzahl anderer Berufe auf.

Die Landwirtschafts- und Forstbetriebe des preussischen Staates gehören keiner landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft an. Für diese Betriebe ist die Regierung vielmehr selber Ausführungsbehörde. — Deshalb bestimmt das Ministerium auch, wer in den Staatsbetrieben noch weiter als Facharbeiter gilt. Für die preussischen Staatsbetriebe gelten außer den schon in der Reichsversicherungsordnung genannten Berufen nach den kürzlich erschienenen Ausführungsbestimmungen noch folgende Personen als Facharbeiter:

Rechnungsführer, Buchhalter, Buchhalterinnen, Bureaugehilfen, Bureaugehilfinnen. — Gutdverwalter, Wirtschaftsführer, Gutdaufer, Bögle (Hofmeister, Wirtschaftsgelhilfen, Hofaufseher, Hofverwalter, Statthalter, Kammerer, Wirtschaftsmeyer, Großknechte), Lagerverwalter (Magazinverwalter), Wirtschaftlerinnen. — Forstunterbeher, Forstleutlinge, die mit der Ausübung des Feld-, Forst-, Jagd- oder Fischereischutzes oder mit der Aufsicht über Holzablagen oder Torfgräbereien betrauten Personen, Darmmeister, Holzhausmeister (Haumeister, Rottenmeister, Oberholzhaus), — Weiler, Reiterinnen, Kollermeister, Aufmeister (Schweizer, Keller), Rollenköhnen, Käser. — Schafmeister, Schäfer*, Schweinemeister, Weidweiser* und Feldhüter*. — Gehilfen, Hülfsgehilfen*, verfassungsmäßig beschäftigte Futter- oder Stutmeister, Leiter der Ausbildung von Rennpferden, Untertrainer, Jodels, Trainierburden*, herrschaftliche Kutscher*, Reiter*. — Forstmeister, Moorwärter, Rieselmeister, Riesel-, Stadmeister, Stadmeistervertreter. — Kellermeister, Küfermeister, Küfergehilfen, Küferlehrlinge, Weinbergverwalter, Nebenbedienstettdiäte, Weinbaugesellen. — Schichtmeister, Sägemeister, Schirmermeister, Schirrarbeiter, Monteure, Hilfsmonteure, Führer von Lokomotiven, Kraftwagen und durch maschinelle Kraft bewegten Schiffen, Maschinisten, Heizer, Wiegemeister, die Schiffsbefahrung bei Landgewinnungsarbeiten. — Alle Techniker, Handwerksmeister und Gesellen, Aufseher, Aufseherinnen, Wärter, Wärterinnen, Vorarbeiter, Vorarbeiterinnen, die beiden letzteren, soweit ihnen ein höheres Entgelt als den ihnen zugewiesenen Arbeitern gewährt wird.

Die mit * bezeichneten Personen gelten nur insoweit als Facharbeiter, als sie das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Facharbeiter behalten ihre Sonderstellung auch bei der Ausführung von Verrichtungen gewöhnlicher landwirtschaftlicher Arbeiter, wenn sie hierzu übergehend neben ihrer besonderen Beschäftigung in dem Betriebe herangezogen werden.

Gerichts-Zeitung.

Verdächtigung eines Redakteurs.

Wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit hatte, wie einerzeit mitgeteilt, das Schöffengericht Charlottenburg den Schriftsteller A. D. Weber zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen und einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.

Auf die von Weber gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hatte sich gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III nachmals mit dieser Angelegenheit zu befassen. Als Nebenkläger war der Redakteur Gerlach von der „Allensteinner Zeitung“ zugelassen.

In der Sache handelte es sich um die bekannten schweren Verdächtigungen, die der Angeklagte Weber gegen die ostpreussische Presse im allgemeinen, insbesondere aber gegen den jetzigen Nebenkläger Gerlach von der „Allensteinner Zeitung“ ausgesprochen hatte. So hatte Weber u. a. am 25. Januar 1911 den Nebenkläger verdächtigt, er habe in der bekannten Vorabfäre der Frau v. Schönebeck sich durch Geldzahlungen beeinflussen lassen. Außerdem hatte er an die Redaktion der „Allensteinner Zeitung“ einen Brief gerichtet, in welchem er behauptete, er könne nachweisen, daß leitende Redakteure in der Schönebeck-Affäre bares Geld angenommen hätten. Der verdächtige Redakteur gab sofort eine von dem Hauptmann Lüders, dem Bruder der Frau v. Sch., und dem Rechtsanwalt Salzmann, dem Verteidiger der Frau v. Sch., unterzeichnete Erklärung ab, daß er niemals auch nur einen Pfennig erhalten habe. Um die Möglichkeit zu haben, den Angeklagten Weber zu veranlassen, die Namen der angeblich bestochenen Redakteure preiszugeben, veröffentlichte der Redakteur Sch. in der „Königsberger (Hartungischen) Zeitung“ einen Artikel, in welchem er Weber einen „gewissenlosen Ehrabschneider“ nannte, wenn es ihm nicht gelingen sollte, den Beweis für seine Verdächtigungen zu erbringen. In der daraufhin von Weber angezeigten Privatklage erklärte er, am 25. Januar 1911, daß ihm von dem Hauptmann Lüders mitgeteilt worden sei, der Redakteur Gerlach habe 800 M. erhalten, weitere 300 M. aber mit dem Bemerkten abgelehnt, daß der Prozeß schon zu nahe vor der Tür stehe.

In der Verhandlung der von der Staatsanwaltschaft zugunsten Gerlachs erhobenen Beleidigungsklage konnte Weber nicht den geringsten Beweis für jene schwere Verdächtigungen erbringen. Das Schöffengericht Charlottenburg nahm deshalb an, daß zum Teil eine wider besseres Wissen, also verleumderische Beleidigung vorliege und verurteilte Weber zu der oben erwähnten Strafe.

In der gestrigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er nach den ihm zuteil gewordenen Mitteilungen und Andeutungen tatsächlich der Meinung gewesen sein konnte, daß an den Nebenkläger gezahlt worden sei. Er habe sich deshalb zum mindesten seiner verleumderischen Beleidigung schuldig gemacht. Auch habe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Aus der eingehenden Beweisaufnahme ergab sich einerseits, daß die Behauptung, der Nebenkläger Gerlach habe gewissermaßen als Beleidigungsgeld, durch welches günstige Stimmung für Frau v. Schönebeck gemacht werden sollte, 300 M. erhalten, auch nicht die geringste Berechtigung gehabt hat und Herr Gerlach in jeder Beziehung rein und tadellos dastehet. Andererseits ergab sich, daß der Angeklagte durch einen Brief, den sein Schwager, der Hauptmann Lüders an ihn geschrieben hatte und der sich seinerseits wieder auf eine unzutreffend hingeworfene Bemerkung des Rechtsanwalts Salzmann gestützt hatte, bis zu einer bestimmten Zeit gutgläubig hätte sein können. Hauptmann Lüders hat seinerzeit Herrn Gerlach eine volle Ehrenerklärung gegeben und beklundete gestern auch als Zeuge, daß Herr Gerlach völlig intakt dastehet, er selbst aber auf Grund eines vom Rechtsanwalt Salzmann geschriebenen Briefes der irrigen Auffassung sein konnte, daß dem Nebenkläger Geldangebote gemacht worden seien. Später sei aber dem Angeklagten klarer Wein eingeschenkt worden, wie die Sache wirklich liege. Die Beweisaufnahme ergab, daß bei einer Gelegenheit der Rechtsanwalt Dr. Salzmann dem Angeklagten telephonisch mitgeteilt hatte, daß Gerlach mit Entschiedenheit bestreite, jemals Geld in dieser Sache erhalten zu haben. — Staatsanw.-Rat Hoss beantragte die Freisprechung des Angeklagten in dem Falle seiner Verurteilung zu 50 M., da der Angeklagte in diesem Falle gutgläubig gewesen sei. Die Gutgläubigkeit sei aber in dem anderen Falle nicht mehr vorhanden gewesen. Freilich liege keine Verleumdung, aber doch eine üble Nachrede vor. Diese verdiene eine empfindliche Strafe, da dadurch ein durchaus ehrenvoller anständiger Mensch, gegen den nichts vorlag, schwer betroffen wurde. Er beantragte 4 Wochen Gefängnis. Das Gericht folgte aber den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Willi Weber. Es sah als festgestellt an, daß der Angeklagte Weber nach den ihm von verschiedenen Seiten gemachten Mitteilungen sehr wohl der Meinung sein konnte, daß etwas Unlauteres geschehen sei. Damit falle der Vorwurf, daß Weber wider besseres Wissen beleidigt habe. Tatsächlich handele es sich um nicht eine nicht erweislich wahre Tatsache, die geeignet sei, den Nebenkläger Gerlach schwer zu beleidigen, die aber von dem Angeklagten in der Wahrnehmung berechtigter Interessen vorgebracht worden war. Bezüglich dieses ersten Falles sei dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugubilligen. Bezüglich des zweiten Falles der Beleidigung durch den Brief, habe sich einmal der Nebenkläger Gerlach gar nicht beleidigt fühlen können, sondern höchstens der Verleger, außerdem sei aber in diesem Falle Verleumdung eingetreten. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde der Angeklagte bezüglich des ersten Falles freigesprochen, in dem zweiten Falle wurde das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Ein Untersekundaner als Geldschrankdieb.

Ein Schlossermeister in Hann.-Münden ließ verfertigt sein Schlüsselbündel, an dem sich auch der Geldschrankschlüssel befand, an einem Schuttsack in der Werkstatt hängen. Dies benutzte sein Sohn, ein Untersekundaner, um den in dem neben der Werkstatt befindlichen Konior stehenden Geldschrank zu öffnen und ihm 100 M. zu entnehmen, die er zusammen mit den Resten seines Diebstahles, den drei Beutlingen seines Vaters, auf einem Feuerwehrtort verübte. Die jugendlichen Täter benutzten aber außerdem die Gelegenheit, sich einen Abdruck des Geldschrankschlüssels anzufertigen, nachdem der Beutling eines anderen Schlossermeisters, der darin mehr Übung besaß, einen Nachschlüssel anfertigte. Mit diesem Nachschlüssel betraubten sie noch mehrfach gemeinschaftlich den Geldschrank und teilten das Geld unter sich. Aber schließlich bemerkte der Meister das Fehlen des Geldes und entlarvte das Diebstahlskomplott. Infolgedessen hatten sich alle fünf vor der Östlinger Strafkammer wegen schweren Diebstahls, Schleierei und Wehlfuge zu verantworten. Gegen seinen Sohn nahm der Meister nach der Verhandlung den Strafantrag zurück, so daß der Haupttäter straflos ausgehen mußte. Dagegen wurden die vier Beutlinge, je nach der Schwere ihrer Verfehlung, zu sechs Wochen bis zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Da sie sämtlich von dem Untersekundaner verführt waren, und dieser selbst nun nicht bestraft werden konnte, sollen die sämtlichen jugendlichen Verurteilten der bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Ist Nichtgrüßen strafbar?

Wegen Nichtgrüßen ihres Fortbildungsschullehrers waren zwei Fortbildungsschüler in St. Andreasberg angeklagt worden. Sie sollten dadurch das Orisstatut, betreffend die Fortbildungsschule, und die dazu erlassene Schulordnung übertreten haben. Die Strafkammer in Göttingen verurteilte auch die Angeklagten zu Geldstrafen. In der Schulordnung hieß es: „Jeder Schüler hat die Mitglieder des Lehrerkollegiums innerhalb und außerhalb der Anstalt zu grüßen“.

Das Kammergericht hob dieser Tage die Sorentschcheidung auf und sprach die Angeklagten frei. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Schulordnung sei zwar durch den Vorstand der Fortbildungsschule und durch den Magistrat beschlossen und auch den Schülern gedruckt ausgehändigt worden, der Magistrat habe aber die Schulordnung nicht öffentlich publiziert. Diese Publikation war aber notwendig, um die Schulordnung formell gültig zu machen. Ohne die Publikation sei sie ungültig, moraus die Freisprechung der Angeklagten folge. Dahingestellt bleiben könne, ob die Schulordnung eine Bestimmung, wie sie die Angeklagten ungewissheit übertrieten hätten, überhaupt treffen könne.

Die Arzneimittelversorgung durch Hausarztvereine

hat die Apotheker beunruhigt. Gegen den Hausarztverein für Noabit rief der Berliner Apothekerverein die Polizei an, und der Vorsitzende Hagen wurde dann der unerlaubten „Überlassung“ von Arzneimitteln sowie einer Uebertretung der Gewerbeordnung angeklagt. Der Noabitler Hausarztverein gehört mit seinen rund 2000 Mitgliedern zu dem Bund der Hausarztvereine Berlins, der jetzt etwa 20 000 Mitglieder hat. Durch Großeinkauf von Stärkungsmitteln und Agencien, die ohne ärztliche Verordnung verkauft werden dürfen, verschafft er den Familien seiner zumeist der Arbeiterbevölkerung angehörenden Mitglieder eine willkommene Preisermäßigung. In der von dem Vorsitzenden ausgeübten Tätigkeit nebst geringer Vertriebskostenvergütung abzugeben, sah das Schöffengericht weder ein unerlaubtes „Überlassen“ noch einen Gewerbebetrieb, und Hagen wurde freigesprochen.

Gestern wurde, da die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, vom Landgericht I (Strafkammer 5) das Urteil nachgeprüft. Der Angeklagte bestritt, daß auf den Hausarztverein und seinen Vorsitzenden der § 367, 3 des Strafgesetzbuchs (unerlaubtes Überlassen, Verkaufen oder „Überlassen“ von Agencien) oder die Bestimmungen der Gewerbeordnung (Pflicht zur Anmeldung des Gewerbebetriebes) anzuwenden seien. Gegen den Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten in beiden Punkten schuldig zu sprechen und ihm 10 M. Geldstrafe aufzuerlegen, machte der Verteidiger Rechtsanwalt Pfeffermann geltend, daß Hagen nur die für den Verein gekauften, dem Verein gehörenden Agencien usw. unter die Mitglieder gegen Erstattung der Kosten verteilt habe. Das sei weder ein Gewerbe noch im Sinne von § 367, 3 ein „Über-

lassen" von Arzeneien. Das Gericht entschied zu der Anklage wegen Uebertretung der Gewerbeordnung, daß es hier bei der Freisprechung verbleiben müsse, weil ein Gewerbe nicht vorliege. Dagegen müsse wegen „Uebertretens“ von Arzeneien, das als erwieben anzusehen sei, eine Verurteilung erfolgen. Wenn die Verfügungsgewalt über Arzeneien, die für den Verein angekauft waren und allen Mitgliedern gehörten, auf einzelne Mitglieder übertragen werde, so sei das ein „Uebertreten“. Gegen Hagen wurde auf 10 M. Geldstrafe erkannt.

Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden, um durch Urteil des höchsten preussischen Gerichts festzustellen, ob in der Tat die durch gemeinsamen Einkauf erzielte Preisermäßigung strafbar sein soll. Wenn § 307, Ziffer 3, auch den mit Strafe bedroht, der Arzeneien zubereitet, feilhält, ankauft oder sonst an andere überläßt, so hat es in allen Fällen ein „Uebertreten“ im Auge. Das Abgeben von Vereinsmitgliedern an Vereinsmitglieder dürfte hierunter nicht zu rechnen sein.

Aus aller Welt.

Der Januschauer Prügelmeister.

Die größere Kasse, die der ostpreussische Kammerherr und Rittergutsbesitzer Glard von Oldenburg-Januschau seit seinem Durchfall bei den Reichstagswahlen auf seiner Güterkassette genießt, hat auf seinen Geist wunderbar befruchtend eingewirkt. Da die nach Oldenburgs Meinung so schlappschwänzige Regierung von den großen Mitteln — Leutnant und zehn Mann — nur ganz ausnahmsweise Gebrauch macht, mußte Glard sich in höchst eigener Person von neuem seinen hoch- und edelgeborenen Kopf zerbrechen, um das am Abgrunde stehende Vaterland zu retten. Und es gelang ihm, einen Gedanken zu fassen. Zwar ist er nicht funkelnelken, ein gewisser Dr. Dertel hat ihn in ähnlicher Form in seinem Blatte des öfteren ausgesprochen, aber das schadet nichts. Unter Bundesbedürfnis nimmt man's nicht so genau, und die „geistig Schwermühtigen“ — wie Herr Liman seinerzeit sich ausdrückte — merken's nicht so bald. Also Herr v. Oldenburg hatte einen Gedanken, was lag daher näher, als mit diesem seltenen Ereignis seine Kollegen im Jirkus Nisch bekannt zu machen?

Und so legte er denn unter dem donnernden Jubel der Zuhörer los. „Die in England gegen die Zuhälter die „gefährliche Prügelstrafe“ ist mir sehr sympathisch.“ Der Glard liebt nicht nur platonisch. Zwar noch etwas verächtlich — auch ein seltenes Ereignis — ließ er durchblicken, daß sie in Deutschland gegen die Sozialdemokratie eingeführt werden müsse. Der wiederholte Beifall der Hörer ließ denn auch erkennen, daß die Junker für die Prügelstrafe inniges Verständnis haben. Die allgemeine Zustimmung hat Herrn v. Oldenburg bewiesen, daß er auf dem richtigen Wege ist.

Während der größte Teil seiner agrarischen Bundesbrüder am Montagabend in „Moulin rouge“ und „Mascotte“ Kulturstudien trieb und über zunehmende Unfruchtbarkeit schimpfte, hat er einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der noch in dieser Session des Landtages durchberaten und natürlich angenommen wird. In Kraft tritt er zu den kommenden Landtagswahlen. Er lautet:

§ 1. Sozialdemokratische Umräuber erhalten 25 Stockhiebe.

§ 2. Sozialdemokratische Wahlmänner werden für die Dauer des nächsten Landtages mit monatlich 25 Stockhieben bedacht.

§ 3. Sozialdemokratische Abgeordnete werden in dauernde Behandlung genommen. Zu diesem Zweck ist im Dreiklassenhaufe eine besondere Prügelstation einzurichten.

Sollte die Maßgebungsbehandlung Erfolg haben, so gedenkt v. Oldenburg das Gesetz mit entsprechenden Abänderungen auch dem Reichstag vorzulegen, und hofft, daß die Mehrheitsparteien und die Regierung soviel Entgegenkommen zeigen werden, daß sie die Öffentlichkeit der Stimmabgabe herstellen. Zum Vollstrecker der Oldenburgschen Befehle hat sich bereits der weiter unten abfonderterweise „wahre Preuße“ gemeldet.

Wenn „ein wahrer Preuße“ den Pegasus reitet.

Aus der Zahl der liebenswürdigen Zuschriften, die uns dann und wann von freundlich Gesinnten zugehen, wollen wir ausnahmsweise eine aufziehen, die uns auf einem Anmeldebüchlein für den sozialdemokratischen Wahlverein zugeht. Ein vom furor teutonius Erfahler widmet uns darauf das folgende Poem:

Auf dieses Drehtblatt schreibe ich gleich
Mit Gott, für Kaiser, König und Reich
Zum Teufel mit Euch verfluchte Genossen,
Ihr seid ja alle Tage besoffen.
Den deutschen Thron könnt Ihr stürzen,
Sobald aber werden wir Euch die Köpfe kürzen.
Euer freches Maul ist ja bekant, Ihr Vaterlandlose Gesellen
Euch geziemt für Euer freches Maul, täglich preussische Mausekellen.
Kein Genosse, sondern ein wahrer Preuße.

Die Gesinnung scheint ja besser zu sein als das Vermaß, und daher ist es wohl nur ein falscher Jungensschlag des gottbegnadeten Dichters, daß er seiner Begeisterung für Kaiser, König und Reich ausgerechnet auf einem „Drehtblatt“ Ausdruck verleiht. Darum: Herr, vergib ihm! Um deswegen brauchen aber gleichgesinnte Seelen nicht etwa zu glauben, daß ihre lyrischen Ergüsse nun auch abgedruckt werden. Also bitte: nicht erst demähen!

Die gescheiterte Hilfs-Expedition.

Nach einem Telegramm aus Spitzbergen ist die norwegische Hilfs-Expedition, die zur Hilfeleistung für die verunglückte Schröder-Stranz-Expedition abgeandt worden war, zurückgekehrt. Sie war bis nach der Dickson-Bucht gelangt, wo tiefer Schnee lag und strenge Kälte herrschte. Einem Teilnehmer waren die Beine erfroren, sieben Hunde waren umgekommen und zwei Schlitten zertrümmert. Proviant und Kleider mußten in der Dickson-Bucht zurückgelassen werden. Der Grund für den unglücklichen Ausfall der Hilfs-Expedition liegt darin, daß nicht genügend Hunde vorhanden waren, um die stark beladenen Schlitten zu ziehen. Von der Expedition wurde telegraphiert, daß man von dort wegen Mangels an Hunden und Schlitten der Expedition keine Hilfe bringen könne. Wenn Hilfe nicht rechtzeitig vom Süden komme, könne zur Rettung der Expedition nichts unternommen werden.

Ein Polizist als Amokläufer.

Ein schwerer Fall von Amoklauf, dem mehrere Menschenleben zum Opfer fielen, wird aus Ostindien gemeldet. In Delhi wurde der eingeborene Polizist Akarath Singh plötzlich vom Tropenkolter befallen. Mit einem Gewehr und zwei scharf geladenen Revolvern bewaffnet führte er unter lautem Schreien mit verdrehten, rollenden Augen und mit Schaum vor dem Mund durch die Straßen der Stadt. Er feuerte auf alle Personen, die ihm in den Weg traten. Einen eingeborenen Polizei-Inspektor, der

den Rasenden festnehmen wollte, schoß er nieder. Als ein europäischer Polizeiinspektor ihn unschädlich machen wollte, gab er auf diesen einen Schuß ab, verfehlte aber glücklicherweise sein Ziel. Dagegen streckte er einen weiteren eingeborenen Polizisten, der seinem Borgelegten zur Hilfe kommen wollte, durch eine Revolverkugel nieder. Schließlich gelang es, den Amokläufer von allen Seiten zu umzingeln. Nun richtete er die Waffe gegen sich selbst und machte seinem Leben durch einen Schuß in den Kopf ein Ende.

Kleine Notizen.

Kohlenoxydvergiftung. Am Sonntagmorgen fand man an Bord des im Hamburger Hafen ankommenden Dampfers „Edardt“ fünf Geizer des Schiffes in ihrer Kabine bewußtlos vor. Sie waren durch Kohlenoxydgase, die dem im Logis stehenden Ofen entströmten, vergiftet worden. Die Schwerverkranken wurden nach dem Krankenhaus gebracht, wo drei von ihnen bereits gestorben sind.

Mysteriöser Selbstmord. In der Nähe des Westbahnhofes in Wien legte sich am Montagmorgen der 29jährige Fabrikarbeiter Rudloff, der 19jährige Arbeiter Schumann und die 20jährige Margarete Rickard auf die Schienen, um sich von dem ankommenden Güterzuge überfahren zu lassen. Im letzten Augenblicke riß das Mädchen den Kopf zurück und wurde nur leicht verletzt, während die beiden anderen getötet wurden. Ueber den Beweggrund ist nichts bekannt.

Bei Löscharbeiten verunglückt. Bei dem Brande einer Aluminiumgießerei in Paris ereignete sich eine Explosion, durch die 13 Feuerwehrleute und ein Polizeibeamter schwer verletzt wurden.

Das Gefängnis als Häftlingsmünzwerkstätte. In Kairo hatten sich der Direktor des Staatsgefängnisses und etwa 50 Gefangene und Wächter unter der Anklage der Häftlingsmünzerei zu verantworten. Die Angeklagten hatten im Gefängnis eine Häftlingsmünzwerkstätte errichtet. Der hiedrige Gefängnisleiter erhielt sieben Jahre Zuchthaus, achtzehn Angeklagte wurden zu drei bis sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Park 21 —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerkonzentration beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Dr. Gottschard. Beim Regierungsantritt 12½ Millionen. Im Jahre 1889 um 3½, und im Jahre 1910 wieder um 3½, Millionen erhöht, also jetzt 16½ Millionen. — **Dr. G. 29.** Die Beantwortung solcher Fragen müssen wir dem Arzt überlassen. — **Dr. G. 3.** Leider nicht festzustellen. Vielleicht demähen Sie sich an den Metallarbeiterverband, Lindenstr. 81/83, Sektion der Schmiede. — **Dr. 10.** Setzen Sie sich mit der Lehrstellenvermittlungsstelle, Am Köpenicker Park 8, in Verbindung. — **Dr. H. 27.** Geschäftshalle befindet sich bei Herrn Jervin, Urbanstr. 8. — **Dr. 100.** Die Meldung erfolgt am zweckmäßigsten schriftlich vier bis fünf Wochen vor der Entlassung aus dem Militärdienst, und zwar an das königliche Polizeipräsidium Berlin, Abteilung für Feuerwehr, Lindenstr. 41. Aus den Anmeldebedingungen sei folgendes mitgeteilt: Mindestmaß 1,65 Meter, Alter nicht über 26 Jahre, gute Biologie, Militär- und polizeiliche Führungsauffichte, vorzügliche Gesandtheit, insbesondere tadellose Beschaffenheit der Brusteingeweide, volle Schärfe, normale Hörfähigkeit, gute Niere, (Hruch-)analoge und Krampfadern (sollten von der Einstellung aus) Profession: Bauhandwerker, Metall-, Holz- oder Lederarbeiter oder Fahrer vom Sattel und Bod. (Schneider, Gärtner, Müller, Schreiber, Zeichner usw. gelangen nur ganz ausnahmsweise zur Einstellung.) Guter Turner, Verpflichtung zum Eintritt zur Haftpflichtversicherung. Reisekosten werden nicht vergütet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr:

21 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- | | |
|---|---|
| 1. Abt.: Obiglio (H. Saal), Schwedter Str. 23 | 12. Abt.: Artushof (H. Saal), Perleberger Straße 26 |
| 2. „ Obiglio (gr. Saal), | 13. „ Pagenhofer (Mittelsaal), Turmstraße 25/26 |
| 3. „ Verolina-Säle (ob. Saal), Schönhauser Allee 28 | 14. „ Moabiters Gesellschaftshaus, Bielefstr. 24 |
| 4. „ Verolina-Säle (mittl. Saal), Schönhauser Allee 28 | 15. „ Arminiusshallen, Bremer Str. 71/72 |
| 5. „ Giesecke, Koppenhagener Str. 74 | 16. „ Funke, Triftstr. 63 |
| 6. „ Zühmisch, Bornholmer Str. 7 | 17. „ Feibels Festsäle, Kolberger Str. 28 |
| 7. „ Strack, Schönhauser Allee 134b | 18. „ Franke, Badstr. 19 |
| 8. „ Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Str. 42 | 19. „ Voigt-Theater, Badstr. 58 |
| 9. „ Dase, Brunnenstr. 154 | 20. „ Köppler Hof, Köppler Str. 8 |
| 10. „ Kramer, Hustenstr. 40 | 21./22. Abt.: Pharusäle, Müllerstr. 142 |
| 11. „ Oranienburger Festsäle, Chausseestraße 16 | |

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion.

Referenten:

Oswald Aysche, Richard Barth, Dr. Oskar Cohn, Julius Cohn, Georg Davidsohn, Emil Dittmer, Wilhelm Düvell, Ferdinand Ewald, Regina Friedländer, Kurt Heinig, Paul John, Karl Koblenzer, Dr. Karl Liebknecht, Dr. J. Moses, Hugo Poetzsch, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Regina Ruben, Max Schütte, Emil Unger, Hans Weber.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zu diesen wichtigen, der Fortbildung unserer Mitglieder dienenden Versammlungen, in denen Verträge diehrenden und wissenschaftlichen Inhalts gehalten werden, ladet zur zahlreichen Teilnahme ein
Der Vorstand.

Kios Cigaretten
Kurprinz: 3 Pfg. Fürsten: 4 „ Welt-Macht: 5 „ Auto-Klub: 6 „ Aero-Klub: 10 „
Kleine Berliner Stück 2 Pfg.

Zentralkrankenkasse der Maurer Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands.
Grundstein zur Einigkeit

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Jahresbericht. 2. Die Aufstellung der Verwaltungsstelle Berlin in vier Verwaltungsstellen. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Rentabler Gasthof.

Gewerkschaftslokal, großer Saal, großer Garten, 4 Gastzimmer, Fremdenzimmer, ist umfänglich für alle zu verkaufen. Preis 110 000 Mark. Anzahlung 15 000 Mark. Urgemachte Lizenzen resp. Konzessionen erteilt unter A. 603 Postlagernd Sorau N.-L. 31/17

Tätowierung

entfernt Dr. Schünemann, Spezialarzt für Hautkrankheiten, Berlin S., Oranienstr. 139.

Stoffe

Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu billigsten Engrößenpreisen. Tuchagentur, Forekstr. 75 pt.

Große Firma

vergißt auf Teilzahlung! Keine Kasse! Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores und alle Arten Decken. Offerte erdnen unter K. 100, „Vorwärts“-Expedition, Köpenicker Str. 174.

Blutarme u. Kranke trinken während der Reconvaleszenz.

Santa Lucia

Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessengeschäften

Stärkung Rotwein Flasche 150 u. 2 Mk. Nachahmung bitte zurückweisen

Der berühmte Professor v. Liebig sagt, dass Wein als Stärkungsmittel von keinem anderen natürlichen oder künstlichen Produkt überboten werden könne, wenn es gilt, erschöpfte Lebensgeister wieder herzustellen, er erfrischt und bringt die Lebenslust bei Schwermut wieder, er besänftigt und reguliert die Störungen im Körper und schützt ihn vor zufälligen Erkrankungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83—85.

Verwaltung: Amt Norden 1967. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1289, 9714.

Mittwoch, den 19. Februar 1913, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in den

Buchdruckereimaschinen-Fabriken

Beschäftigten Kollegen

in Witwe Augustins Festsälen, Oranienstraße 103.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Blanke. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Es ist Pflicht, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

113/3

Bananschläger.

Donnerstag, den 20. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Pleck. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Es ist Pflicht, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

113/3

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Bauhilfsarbeiter.

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Vocker, Weberstr. 17:

Allgem. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zur Beitragsfrage. — 2. Wahl der Sektionsleitung. — 3. Sektionsangelegenheiten.

Es ist ein sehr wichtiger Beschluß zu fassen ist, in dem bestimmte Erscheinungen aller notwendig.

Die Sektionsleitung.

Spezialarzt

f. Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinranke jeder Art, Ehrlich Data. Kuren in u. Co. fong. Laborat. f. Blutuntersuchung. Haben i. Gornstr. Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separat Damenzimmer.

Dr. Homeyer

Spezialarzt für Haut, Gorn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinranke jeder Art, Ehrlich Data. Kuren in u. Co. fong. Laborat. f. Blutuntersuchung. Haben i. Gornstr. Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separat Damenzimmer.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20

gegenüber dem Bahnhof Alexanderplatz und Postgebäude. — Amt-Kat. 3298.

Für Damen Frauen-Bedienung. * Befreiant für alle Krankenkassen.

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements

Bestellt schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Bpl. 7203.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Führer

durch das 247/10*

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Unter Berücksichtigung der erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Preis 40 Pf.

Genossen Bernhard Plessner zu seinem heutigen Silbernen Hochzeitstage die herzlichsten Glückwünsche! Alfred, Paul, Franz, Max, Joseph, Robert, Paul, Eduard. 25006

Unser Genosse Max Plessner und dem Genossen **Bernhard Plessner** die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. 24976
Dor 393, Bezirk 42, Abteilung des IV. Kreises.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk 130.

Am 16. Februar verstarb unser Genosse
Johann Eisenberger
Gräfelstraße 9.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bez. 195 I.

Den Mitgl. zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Karl Franke
Währler Str. 67
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reutlingen, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Todes-Anzeige.
Am 14. Februar verstarb unser Genosse, der Chauffeur
Robert Münzberg
Lübecker Str. 28 — Bezirk 118.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Sönners-Friedhof in Stralauer-dorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn
Otto Niecke
am 16. Februar nach längeren Leiden verstorben ist.

Die trauernden Eltern
Joseph Niecke u. Frau, Gleimstr. 15.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gethseman-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter - Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Otto Niecke
am 16. d. Mts. im Alter von 18 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethseman-Kirchhofes, Nordend, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer
Jürgen Petersen
am 10. d. Mts. im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Michael-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
79/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kautschukarbeiter
Bruno Rauhut
am 21. d. Mts. im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten, welche meinem lieben Mann, meinem herzensguten Vater, dem Chauffeur
Heinrich Petersen
das Geleit zur letzten Ruhestätte geben, sowie den Kollegen vom Transportarbeiter - Verband, legen hiermit herzlichsten Dank
Frau Minna Petersen und Tochter.

Orts - Krankenkasse der Maschinenbauarbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin.
N. 37, Lottumstr. 9.

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, unseren Mitgliedern mitzuteilen, daß unser langjähriger Rentant, Herr
Rudolf Abmann
am Sonnabend, den 16. Februar, plötzlich verstorben ist. Sein früheres Dahinscheiden bedauern wir sehr und werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Berlin, den 17. Februar 1913.
Der Vorstand.
Franz Schuldt. Willy Scheel.

Am Sonnabend, den 15. Februar, verstarb plötzlich an Gehirnschlag der Rentant
Rudolf Abmann.

Der Verstorbene war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Freien Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl Berlins und der Vororte und hat in dieser Eigenschaft mit allen seinen Kräften an dem Ausbau dieser Vereinigung gearbeitet und insbesondere die Geschäfte geleitet.
In dem Dahingeschiedenen verlieren wir einen unserer besten Berater und Mitarbeiter, dessen Rat und Tat uns stets gute Dienste geleistet.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr statt.
Die freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl Berlins und der Vororte.
Der Vorstand. I. A.: A. Daehne.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 15. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater
Rudolf Abmann
im 58. Lebensjahre infolge eines Gehirnschlages sanft entschlafen ist.
Dies zeigen, um stille Teilnahme bitend, tiefbetruert an
Wilhelmine Abmann
und Kinder,
25025 Hefendörfer Straße 10.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Bezirk 1.

Am Sonnabend verstarb nach langem, schwerem Leiden die Genossin, Frau
Wilhelmine Rausch
geb. von der Helde
im 62. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Blümlersdörfer Friedhofes, Berliner Str. 101, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine gute Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante
Anna Gockemeyer
geb. Mecher [1832]
nach langem Leiden verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetruert an
Hermann Gockemeyer.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutlinger Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Rosin
Hildersdorfer Str. 49, im Alter von 65 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Michael-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
79/10 Die Ortsverwaltung.

Am 16. Februar entschlief nach langem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager, Onkel, Schwager, Großvater, der Maurer
Karl Ueckert.
Dies zeigen tiefbetruert an
Auguste Ueckert geb. Thimm
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von Trauerhaus Birkenstraße 11, aus, nach dem St. Johannis-Kirchhofe in Wilmersdorf statt. 434

Am Sonntag, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber Vater, Schwager, Großvater, Onkel und Schwager, der Ledermaschinenmeister
Bernhard Holz
nach eben vollendetem 61. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetruert an
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 17. Februar 1913.
Helmberger Str. 15.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Pionier-Gemeinde, Niederschönhausen-Rodend, aus statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 16. d. Mts. unter lieber Kollege, der Ledermaschinenmeister Herr
Bernhard Holz
im 62. Lebensjahre. 24985
Wir verlieren in ihm einen guten Freund und Berater und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Buch- und Stein-druckerei Max Lichtwitz.

Am 15. d. Mts. entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater u. Bruder, der Maurer
August Kutzleb.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. 642
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 15. Februar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Bergzeugmacher
Karl Franke.
Dies zeigen tiefbetruert an
Emma Franke geb. Weischnidt.
A. Franke u. Frau geb. Hellmer.
Kar. Tolle u. Frau geb. Franke.
Else Franke.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Am Sonntag, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber Vater, Schwager, Großvater, Onkel und Schwager, der Ledermaschinenmeister
Bernhard Holz
nach eben vollendetem 61. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetruert an
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 17. Februar 1913.
Helmberger Str. 15.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Pionier-Gemeinde, Niederschönhausen-Rodend, aus statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 16. d. Mts. unter lieber Kollege, der Ledermaschinenmeister Herr
Bernhard Holz
im 62. Lebensjahre. 24985
Wir verlieren in ihm einen guten Freund und Berater und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Buch- und Stein-druckerei Max Lichtwitz.

Am 15. d. Mts. entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater u. Bruder, der Maurer
August Kutzleb.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. 642
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine gute Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante
Anna Gockemeyer
geb. Mecher [1832]
nach langem Leiden verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetruert an
Hermann Gockemeyer.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutlinger Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
W. Schicker und Frau,
H. Tannenberg, geb. Schilder,
O. Schicker,
J. Tannenberg.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann
Hermann Schicker
Rathstr. 29
nach langem, schwerem Leiden am 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Alter von 37 Jahren plötzlich verstorben ist.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Reutlinger-dorf, aus statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am Freitag, den 14. d. Mts., im 20. Lebensjahre unser lieber Kollege
Louis Langberg.
Die Kollegen der Vereinigten Modellfabriken Berlins.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergesslichen Vaters und Schwagers legen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen des Verstorbenen sowie dem Ruhestuhl unserer besten Dank.

B. Wiedemeier
nebst Kindern und Verwandten.



EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Ueberall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHM

Aus der Säuglingsfürsorge Berlins.

Ueber die Säuglingsfürsorgestellen, die von der Stadt Berlin unterhalten werden, finden sich in dem vor mehreren Wochen erschienenen Jahresbericht der Waisenkommission über das Verwaltungsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912) wieder, wie schon in dem über das vorhergehende Jahr, minder ausführliche Angaben als in den früheren Berichten. Das ist um so mehr zu bedauern, weil gerade für das Verwaltungsjahr 1911, das einen ungewöhnlich heißen Sommer brachte und die Säuglingsfürsorgestellen vor eine Bewährungsprobe stellte, eine besonders eingehende Darstellung über ihre Inanspruchnahme sowie über ihre Erfolge oder etwaige Mißerfolge zu wünschen gewesen wäre. Als im Sommer 1911 die Säuglingssterblichkeit in Berlin plötzlich wieder eine ganz außerordentliche Höhe erreichte, wie sie seit Einrichtung der Säuglingsfürsorgestellen hier nicht mehr vorgekommen war, wurde in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, welche Schlüsse daraus für den Erfolg der Säuglingsfürsorgestellen gezogen werden könnten. Aus jener vorübergehenden Wöhrung der Säuglingssterbefälle einen Mißerfolg der Säuglingsfürsorgestellen folgern zu wollen, wäre ungerecht und falsch gewesen, weil es sich ja um außerordentliche Verhältnisse handelte. Wundern muß man sich aber, daß jetzt in dem Bericht über die Säuglingsfürsorgestellen auf jene außerordentlichen Verhältnisse des Berichtsjahres mit keinem Wort hingewiesen wird, wie auch kein Wort über die in 1911 eingetretene Wöhrung der Säuglingssterbefälle in dem Bericht zu finden ist.

Wir lesen da, daß die Frequenz der Säuglingsfürsorgestellen, nachdem es in den Verwaltungsjahren 1909 und 1910 zu einem Stillstand gekommen war, in 1911 „wiederum einen erfreulichen Aufschwung nach jeder Richtung hin“ gehabt habe. Von den sieben Säuglingsfürsorgestellen seien in 1911 „nicht weniger als 13 841 Säuglinge“, gegenüber 13 091 in 1910, aufgenommen worden, so daß mit den aus 1910 übernommenen im ganzen 17 728 Säuglinge in Fürsorge standen. Eine Vergleichung der Aufnahmesiffer mit der Zahl der im Verwaltungsjahr 1911 lebend geborenen Kinder ergibt, daß im letzten Jahr 32,1 Proz. der Lebendgeborenen, gegenüber nur 29,9 Proz. im vorletzten Jahr in die Säuglingsfürsorge kamen, mehr als in irgendeinem der Vorjahre. Hier möchte man gern wissen, wie stark die Sommermonate an der Steigerung der Aufnahmesiffer beteiligt sind, aber der Bericht schweigt darüber. Hervorgehoben wird, daß der Anteil derjenigen Kinder, die noch im ersten Lebensmonat den Säuglingsfürsorgestellen zugeführt wurden, wieder gestiegen ist. In 1910 fanden 6196 aufgenommene Kinder im ersten Lebensmonat, 47,3 Proz. aller Aufgenommenen, in 1911 aber wurden unter den Aufgenommenen 6888 Kinder des ersten Lebensmonats gezählt, 49,7 Proz. aller. Nachdem von 1909 zu 1910 eine Abnahme von 48,5 Proz. auf 47,3 Proz. eingetreten war, muß die in 1911 wieder zustandgekommene Steigerung mit Freude begrüßt werden. Je zeitiger ein Säugling einer Fürsorgestelle zugeführt wird, desto größer kann der Gewinn für ihn sein. Gestiegen ist wieder auch der Anteil der Brustkinder an der Gesamtzahl. In 1910 waren es 8868 (63,8 Proz.), weniger als in 1909 (damals 65,1 Proz.), in 1911 aber waren wieder 9093 Brustkinder (65,7 Prozent) unter den Aufgenommenen. Hiernach ist in 1911 wenigstens die Anteilssiffer von 1909 wieder erreicht und noch ein wenig überschritten worden. Wünschenswert ist, daß die Säuglinge möglichst lange in der Obhut der Fürsorgestelle bleiben, denn bei regelmäßigem Besuch ist auf größeren Erfolg zu rechnen. Daß auch in dieser Hinsicht das Jahr 1911 günstiger als die früheren dasteht, hebt der Bericht hervor. In 1910 schieden aus der Fürsorge 8709 Kinder schon nach sieben Tagen wieder aus (29,9 Proz. der Neuaufgenommenen), in 1911 aber wurden bei nur 2594 Kindern (18,7 Proz.) die Fürsorgestellen nur für so kurze Zeit in Anspruch genommen. Eine vierwöchige Fürsorgedauer wurde in 1910 bei 6190 Kindern (47,3 Proz.), in 1911 nur bei 4473 Kindern (32,3 Proz.) festgestellt. Auch hier müßte noch vieles anders und besser sein, aber erfreulich ist immerhin die bisher erreichte Steigerung dieser Siffern.

Die Leistungen der Fürsorgestellen waren diesmal 174 006 Konsultationen, bei denen den Müttern unentgeltlich Rat erteilt wurde, 41 615 Hausbesuche zu demselben Zweck, 194 181 M. Stillunterstützungen, die an 8904 Mütter gezahlt wurden, 201 478 Liter Vollmilch, 5082 Liter Suttermilch, 9000 Bierlitterflaschen Einweilmilch. Die Konsultationsziffer zu steigern, wäre Sache der Mütter, aber die ebenso notwendige Steigerung der Hausbesuchsziffer läßt sich nur erreichen, wenn die „Recherchedamen“ vermehrt werden. Die Stillunterstützung belief sich im Durchschnitt auf 21,85 Mark pro unterstützter Mutter, 21,65 M. nicht etwa für den Monat oder gar für die Woche, sondern für die ganze Unterstützungsdauer. Auch hier ist ein Mehr dringend zu wünschen, wenn die Säuglingsfürsorgestellen den Erfolg haben sollen, der dieser Wohlfahrtsanstalt möglich ist. Der Bericht verrät nicht, wie hoch die Unterstützungsbeiträge pro Woche waren. In der Regel werden wohl 2-3 M. gezahlt, das ist eine Unterstützung, die einer ums Brot arbeitenden Mutter es nicht sonderlich erleichtern wird, ihr Kind mit der Brust zu ernähren und zu diesem Zweck 3. B. ihre Aufwartestellen preiszugeben.

Eine Mehraufwendung für die Säuglingsfürsorgestellen wird für das Verwaltungsjahr 1913 beabsichtigt. Die im April 1912 von der Stadt Berlin eingeführte Berufsvermündschaft, die zur Erfüllung ihrer pflegerischen Aufgaben sich auch der Säuglingsfürsorge bedient, hat sofort eine sehr viel stärkere Inanspruchnahme der Fürsorgestellen bewirkt. Nachdem für die Mütter des Vormundschaftsamtens den Pflegemüttern die regelmäßige Benutzung der Säuglingsfürsorgestellen vorgeschrieben worden war, wurden schon in 1912 sogleich 3027 Säuglinge, die unter der Vormundschaft der Stadt standen, den Fürsorgestellen zugeführt. Die Entwicklung der Berufsvermündschaft zwingt jetzt zu einer Vermehrung der Fürsorgestellen schon deshalb, weil bei der bedeutenden Frequenzsteigerung die Räume nicht mehr genügen. Es sollen zunächst zwei neue Fürsorgestellen eingerichtet werden. Der Magistrat weilt in seinem der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Antrag auch darauf hin, daß die zur Benutzung der Fürsorgestellen verpflichteten Pflegemütter über zu weite Entfernungen lagen. Daß hierüber schon früher von vielen Müttern geklagt wurde und aus diesem Grunde eine Vermehrung der Fürsorgestellen längst nötig war, ist im „Vorwärts“ oft gesagt worden.

Die beantragte Mehraufwendung dient hauptsächlich zur Bedeckung der Kosten, die dadurch entstehen, daß die Säuglingsfürsorge sich auf einen größeren Kreis von Kindern ausgedehnt hat. Zu wünschen ist aber, daß die Säuglingsfürsorge auch eindringender wird, wogu unter anderem eine Erhöhung der Stillunterstützungen erforderlich wäre.

Gewiß, der Hauptzweck und Hauptwert der Säuglingsfürsorgestellen liegt nicht in den paar Groschen bar Geld, die da den bedürftigen Müttern mal gewährt werden, sondern in dem unentgeltlich erteilten Rat über Pflege und Wartung der Säuglinge. Wenn aber die von den Fürsorgestellen so eifrig betriebene „Stillpropaganda“ den rechten Erfolg haben soll; dann muß man der aufblühenden Einsicht der Mütter mit einer reichlicheren Stillunterstützung entgegenkommen. Der einzige Fortschritt, der jetzt den Säuglingsfürsorgestellen zuteil werden soll, ist die für besonders schwächliche Kinder beabsichtigte Ausdehnung der Fürsorge über das Säuglingsalter hinaus bis zur Höchstgrenze von 1 1/2 Jahren.

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Die Abteilungsversammlungen finden heute abend in den im Inseratenteil bekanntgegebenen Lokalen statt. Es werden belehrende Vorträge gehalten, die verdienen, von den Genossen und Genossinnen besucht zu werden.

Reutkolln. Der Wahlverein hat zur Erledigung seiner Geschäfte im Hause Redarfstr. 8 ein Bureau errichtet; dasselbe ist nachmittags von 4-7 Uhr geöffnet. Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an den Sekretär Hermann Kaditz, Redarfstr. 8, zu richten. Gleichzeitig verweisen wir auf die heute abend in Bartsch's Festhallen, Hermannstraße, stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung und die Reorganisation der Partei in Groß-Berlin.

Wilmersdorf-Palast. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich heute, Dienstag abend 8 Uhr pünktlich in den Bezirkslokalen einzufinden.

Tempelhofer. Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof, Berliner Str. 9, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Unger über: Die bevorstehende Landtags-Wahl. Diskussion. Die Parteigenossen wollen für regen Besuch der Versammlung agitieren.

Lichterfelde. Am Mittwoch, 19. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß im Saale von Richter, Chausseestr. 104, einen naturwissenschaftlichen Lichtbildervortrag über: „Die Abstammungslehre und ihre Beweise“. Vortragender: Herr R. H. Baage. Billets a 25 Pf. sind an der Abendkasse erhältlich. Die Arbeiterjugend hat freien Zutritt. Versäume niemand, für rechte rege Beteiligung Sorge zu tragen.

Heute abend 8 1/2 Uhr bei Fr. Wahrensdorf, Wästelstr. 7: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Mittwochabend 7 Uhr in allen Bezirken: Wichtige Flugblattverbreitung.

Die Zeit für die Urwahlen zur Landtagswahl ist auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

Steglitz. Heute Dienstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus. Material bei Jüdel, Ecke Körner- und Althoffstraße. — Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kleberhof“ (Zimmer 1) eine Sitzung statt, in welcher die Arbeiten für den Wahltag (20. Februar) verteilt werden sollen. Wir ersuchen alle diejenigen Genossinnen und Genossen, welche sich am Tage der Wahl zur Verfügung stellen wollen, zu erscheinen. Am Wahltag befindet sich das Wahlbureau im Restaurant Jüdel.

Schwargendorf. Heute abend 7 Uhr von Restaurant Waldlater, Warnemünder Str. 14/15: Wichtige Flugblattverbreitung.

Treptow-Baumshulenberg. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, Verbreitung der Aufforderungen zur Landtags-Wahl von den Bezirkslokalen aus.

Vorsigtal - Wittenau. Donnerstag, den 20. Februar, bei Schulz, Wittenau, Hauptstraße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Gledner über: „Entwickelungsgeschichte des Sozialismus“ und Vereinsangelegenheiten.

Potsdam. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in allen Bezirkslokalen: Jahlabend.

Berliner Nachrichten.

„Patriotischer“ Widerdienst in der Volksschule.

Die Volksschule hält es für eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Kinder des Volkes nicht nur zur Gottesfurcht, sondern auch zur Monarchenberehrung zu erziehen. Das Ergebnis ihrer Bemühungen ist jene Sorte „Patriotismus“, der in grenzenloser Bewunderung des Königs und seiner ganzen Familie, seiner Vorfahren samt seiner Nachkommen sich kundtut. Mit welchen Mitteln manchmal die „Patrioten“erziehung betrieben wird, davon ist uns in diesen Tagen eine sonderbare Probe bekannt geworden!

Sie steht im Zusammenhang mit der Verlobung der Tochter Wilhelm II. Die bürgerliche Presse hat versucht, durch ihr Jubelgeschrei über dieses Familienereignis so etwas wie einen „Volksjubel“ zu wecken. Es war zu erwarten, daß auch in den Schulen die Gelegenheit benützt werden würde, dem Nachwuchs des arbeitenden Volkes wieder mal das Königshaus in empfehlender Erinnerung zu bringen. In einer Gemeindefschule Berlins, in der 219 Mädchen-Gemeindefschule (Glogauer Straße) hat die Lehrerin der Klasse III O, ein Frä. Thomen, die Kinder zu einer ganz aparten Ehrung der bräutlichen Prinzessin anregen wollen. Sie heftete an die Wand ein Bild der Braut, erzählte den Kindern von der Verlobung und knüpfte daran die Aufforderung, nachher sollten mal ein paar von ihnen vor das Bild hinstreten und zu der Braut sagen: „Wir gratulieren!“ Ob sie denn auch wüßten, wie man dabei die Prinzessin anreden müßte, fragte sie die Kinder. Als einige antworteten: „Königliche Hoheit!“ nickte sie befriedigt: „Ja wohl!“ und sie fügte hinzu: „Dann könnt Ihr auch noch einen schönen Reiz machen.“ Hat die Lehrerin angenommen, daß in der Pause die Mädchen sich darum schlagen würden, wer zuerst vor dem Prinzessinnenbild knien dürfte? Als sie in der nächsten Unterrichtsstunde fragte, ob die Kinder zu dem Bild gegangen wären und gratuliert hätten, erlaubte sie eine Enttäuschung. Keine der Schülerinnen hatte dem Bild die Reberenz erwiesen, keine hatte vor der Prinzessin gekniet und ihr „gratuliert!“ „Warum denn nicht?“ fragte das Fräulein. Da sagte eine der Schülerinnen sich ein Herz und beichtete: „Ach, die Kinder sagten: Das ist ja Obhendlererei!“ Jetzt schien der Lehrerin ein Licht darüber aufzugehen, welche Gedanken sie in den Kindern rege gemacht hatte. Sie brach ab: „Das war ja nur ein Scherz.“

Weiter nichts als ein Scherz — ?

Die Verzögerung der Festsetzung des Ferienplanes für die Gemeindefschulen durch das Provinzialschulkollegium führt zu recht unangenehmen Weiterungen. Bisher hat das Provinzialschulkollegium

für sich das Recht in Anspruch genommen, den Ferienplan für die Gemeindefschulen zu bestimmen. Bis heute ist eine Veröffentlichung noch nicht erfolgt, obwohl das Kollegium sonst recht bald bei der Hand ist, wenn es gilt, in die Berliner Schulverhältnisse hineinzureden. Diese Verzögerung bringt die Schulkommissionen in eine recht unangenehme Lage. Diejenigen Eltern, die ihre Kinder zur Schule anmelden wollen, müssen von den Schulkommissionen vorläufig noch zurückgewiesen werden, weil die Herren Vorsteher in Ermangelung der Kenntnis des Ferienplanes den Schulschein mit dem Datum des Schulanfanges nicht ausfüllen können. Die Eltern sind oft der irrthümlichen Meinung, die Vorsteher der Schulkommissionen seien an der Verzögerung schuld, obwohl in Wirklichkeit die Schuld der Nachlässigkeit des Provinzialschulkollegiums zuzuschreiben ist.

Die Einrichtung von Vorbereitungsklassen für die Sexten der höheren Lehranstalten schlägt der Magistrat von Charlottenburg den Stadtverordneten vor. Um den für die höheren Schulen bestimmten, begabteren Schülern der Gemeindefschulen eine schnellere Erlangung der Sextareife zu ermöglichen, sollen sie nach dem zweiten Schuljahre aus den Volksschulen ausgesondert und dann in den Vorbereitungsklassen in einem Jahre bis zur Reife für die Sexta gefördert werden, so daß sie, während sie bisher 8 1/2 oder 4 Jahre bis zur Erlangung der Sextareife brauchen, bereits in drei Jahren dasselbe Ziel wie die Vorschüler erreichen können. Der Magistrat erwartet hiervon eine gewisse Entlastung der Volksschulen. Diese sind namentlich im Westen der Stadt so überfüllt, daß sich der Magistrat genötigt sieht, die Errichtung einer neuen Vorschule an der Herderschule mit drei aufsteigenden Oterklassen vorzuschlagen. Es soll aber das Ziel nicht aus dem Auge verloren werden, die Vorschulen überhaupt eingehen zu lassen, sobald Erfahrungen darüber vorliegen werden, daß die Gemeindefschulen geeignet sind, die Vorschulen nach allen Richtungen zu ersetzen.

Mit der Verhinderung des Magistrats, man wolle das Ziel, die Vorschulen eingehen zu lassen, im Auge behalten, ist nichts getan, wenn man immer wieder neue Vorschulen eröffnet.

In nationaler Jugendpflege macht bekanntlich auch die Eisenbahnverwaltung. Nachdem den staatlich geförderten Vereinen für Jugendpflege schon für den allgemeinen Verkehr Fahrpreisermäßigung zugestanden worden ist, hat jetzt der Eisenbahnminister diese Vergünstigung auch auf den Bereich der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ausgedehnt. Bei gemeinschaftlichen Ausflügen von Stadtbahnen, Jungdeutschlandbahnen usw., die das zwanzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben, unter Leitung sachverständiger Eisenbahner wird in der dritten Wagenklasse der halbe Fahrpreis berechnet, jedoch beträgt der Mindestfahrpreis für eine Person und für jede in einer Richtung angetretene Fahrt 20 Pf. Die Ermäßigung wird unter Ausnahme der Sonn- und Festtage jedem Verein auf Vorortbahnen höchstens zweimal im Kalenderjahr gewährt, auch muß die Mindestteilnehmerzahl 20 Personen betragen.

Für jede andere Jugendpflege, die nicht auf Surrogatbildung gerichtet ist, hat man nur Schulferien und Drangsalierungen übrig. Der freien Jugend werden die oben mitgeteilten Vergünstigungen verweigert; ein Verfahren, das gegen den Grundgedanken der Jugendpflege, nach dem das Publikum gleichmäßig behandelt werden soll, nicht nur zu vertragen, sondern die Augen über unsere heutigen Zustände zu öffnen.

Vom Zweckverbandsausschuß. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth tagte gestern mittag im Berliner Rathaus der Ausschuß des Zweckverbandes Groß-Berlin. Von dem Angebot des Fiskus, den Grunewald und andere Forsten für den Preis von insgesamt 53 Millionen Mark dem Zweckverband zu überlassen, wurde Kenntnis genommen, und dann die Beratung über diesen Gegenstand bis zur Vorlegung von weiterem Material vertagt. Abgelehnt wurde die von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn beantragte Unterbrechung des 10 Pfennig-Tariffs auf der Strecke durch den Tiergarten. Außerdem hat der Verbandsausschuß mehrere beantragte Veränderungen von Vollzeilverordnungen in Vororten begutachtet und im wesentlichen zustimmend erledigt.

Ein Leichensund auf dem Tempelhofer Heide, der am Sonntagmorgen gegen 9 Uhr in der Nähe des nach Reutkolln führenden Eisenbahndammes gemacht wurde, führte zunächst zu der Annahme, daß ein Mord vorliegt. Die eingeleiteten Nachforschungen haben aber ergeben, daß es sich um einen Selbstmord handelt, den der 80 Jahre alte Bierfahrer Richard Tieg aus Weihensee begangen hat. Tieg soll sich durch Beteiligung an dem Würfelsport durch Wetten in erhebliche Schulden gestürzt haben, aus denen er keinen anderen Ausweg mehr fand, als daß er sich eine Kugel in den Kopf jagte. Das Geld, das Tieg bei seinem Fortgange aus seiner Wohnung vor zwei Tagen bei sich trug, scheinen Flederer ihm abgenommen zu haben. Die Schuldenlast des Mannes soll insgesamt 20 000 M. betragen haben, dieser also nicht mehr ein noch aus wußte. Ueber seinen Aufenthalt seit seinem Verschwinden weiß man bisher nur wenig. Festgestellt worden ist, daß Tieg sich am Sonntagabend früh in zwei Lokalen in Tempelhof aufgehalten hat.

Die Unglücksfälle beim Bau der Untergrundbahn häufen sich in besorgniserregender Weise. Vom Sonntagabend wird noch berichtet: Bei der Arbeit üblich verunglückt ist Sonntagabend vormittag der aus Neu-Britann stammende, 34 Jahre alte Arbeiter Karl Kundt, der beim Bau des Spreetunnels der Hoch- und Untergrundbahn beschäftigt war. Kundt fiel vor einem Grundstück Neu-Kölln am Wasser in einen offenen Schacht und blieb beunruhigt liegen. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus am Urban, doch verstarb er hier schon kurz nach der Aufnahme an den Folgen des Sturzes. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Schneider als Korpulent. Personalschwandeleien in großem Umfange beging ein 28 Jahre alter Schneider Kurt Hirschfeld, der jetzt endlich unglücklich gemacht werden konnte. Hirschfeld mietete vornehm ausgestattete Zimmer und nannte sich bei den Wirtinnen Kurt v. Bodenstein. Er erzählte, daß er Kandidat der Medizin und zur weiteren Ausbildung in einem hiesigen Krankenhaus tätig sei. In seine Angaben setzten die Wirtinnen keine Zweifel, weil er sehr fein gekleidet war, sehr vornehm auftrat und das ganze Gesicht voller „Schmiss“ hatte. Letztere Tatsache schloß ihnen eine besondere Würdigung dafür zu sein, daß sie es wirklich mit einem alten Studenten zu tun hatten. In diesen Fällen wählte der Gauner auch Quartiere, in denen Verbindungen ihre Vereinslokale hatten. Unter der Vorspiegelung, daß sein Monarchwechsel in den nächsten Tagen eintreffen werde, ließ er sich von den Wirtinnen Vorschüsse geben. Hatten diese nicht genug Bargeld, so mußte er sie sogar zu überreden, für ihn ihre eigenen Gegenstände zum Verpfändung zu bringen. Einer Frau, die durch die Post einen größeren Geldbetrag geschickt erhielt, stellte er sofort einen Wechsel aus und ließ sich das Geld geben. Nachdem er eine ganze Anzahl Vermieterrinnen hineingelockt hatte, ließ er am Sonntagabend einer Wirtin in die Hände, bei der er in der Nähe des Reichow-Krankenhauses gewohnt hatte, mit der Angabe, daß er dort Assistenzarzt sei. Auch sie hatte er um einen größeren Betrag angepömpelt und war dann heimlich verschwinden. Die Geschädigte, die inzwischen von der Kriminalpolizei erfahren hatte, daß sie es nicht mit einem Herrn v. Bodenstein zu tun gehabt hatte, sondern einem geriebenen Logischwindler, packte den Gauner auf offener Straße beim Stragen.

machte ihm einen großen Austritt und übergab ihn der Polizei. Der Schneider vertraute auch in vielen Fällen Kadel und Schere mit Couleurband und Näge und verschaffte sich Eintritt in Verbindungen, wo die Studenten ihn seiner vielen Schmitze wegen als gefährlichen Schläger ansahen. Die Narben, die sich kreuz und quer durch sein Gesicht ziehen, hat sich Hirschfeld aber nicht bei Menjuren, sondern bei einem gefälligen Barbier geholt.

Bei lebendigem Leibe verbrannt ist ein Greis in der Palfadenstraße. Im ersten Stock des Seitenflügels im Hause Nr. 42 wohnte seit fünf Jahren der 71 Jahre alte Schmied Joseph Mikoszewski. Nachdem vor zwei Jahren seine Frau starb, wirtschaftete der alte Mann für sich allein. Trotz seines hohen Alters war der Schmied noch so rüstig, daß er in seinem schweren Handwerk arbeiten konnte. Seit acht Tagen ließ er sich aber auf seiner Arbeitsstelle nicht sehen. Man nahm an, daß er sich nicht ganz wohl fühle und deshalb zu Hause geblieben sei. Im Hause selbst wurde er jedoch seit dieser Zeit auch nicht mehr gesehen. Nachbarn schöpften doch endlich Verdacht und ließen am Sonnabendabend seine verschlossene Wohnung durch den Verwalter öffnen. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Auf dem Fußboden neben dem Bett lag die an den Händen und der Brust verkohlte Leiche des Greises. Daneben eine zerplatzene Petroleumlampe und eine zum Teil verbrannte Bettdecke. Der Befund ergab, daß der tote ungefähr eine Woche dort gelegen haben muß. Allem Anschein nach ist die Lampe explodiert oder von Mikoszewski umgestoßen worden. Wahrscheinlicher ist, daß sie explodierte, als er sie in den Händen trug. Der Greis verbrachte dann mit der vorgefundenen Bettdecke die Flammen zu löschen, was ihm aber nur zum Teil gelungen ist, weil die Schmerzen an den Händen und der Brust zu groß waren. Ohne Hilfe starb er dann unter den entsetzlichen Qualen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Tragischer Tod eines Flugführers. Bei einem eigenartigen Unfall hat am Sonnabendmittag der junge Flugführer Max Prizinski auf dem Flugplatz Schulendorf bei Ziegel den Tod gefunden. P., der in der Flugschule von Ramser in Schulendorf auf einem Haeftin-Eindeder ausgebildet wurde, hatte am Freitagmorgen eine Kollision vorgenommen, bei denen die Maschine in ein Loch geriet und beschädigt wurde. Prizinski wollte nun am Sonnabend den Schaden ausbessern und einige gerissene Spanndrähte durch neue ersetzen. Um die Enden der Drahtzüge zu verlöten, bediente sich der Flugführer einer Acetylenlampe. Infolge unvorsichtiger Handhabung des Apparates flog der Verschlussdeckel der Lampe plötzlich ab, schlug gegen die Decke und stürzte beim Zurückfallen dem Flieger auf den Kopf. Prizinski wurde betäubt und fiel mit dem Kopfe auf den glühenden Lötlöten, so daß das Metall die Schädeldecke des Unglücklichen durchbohrte und seinen sofortigen Tod verursachte. Da bei dem Unfall niemand von den Monteuren zugegen war, blieb der Vorfall einige Stunden unentdeckt, bis schließlich ein Schlosser den Schuppen betrat und P. tot auffand. Die benachrichtigte Ziegeler Polizei ließ die Leiche des Fliegers beschlagnahmen.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich der 26 Jahre alte Buchhalter Alfred Günther aus der Frankfurter Allee 78. Günther verlor vor 14 Tagen seine Stellung. Man glaubt, daß darin der Grund zu seinem Selbstmord zu suchen ist.

Das Walfaltheater am Weinbergsweg hat am Sonnabend unter neuer Leitung verlost, die durch die präkären Verhältnisse in letzter Zeit im Schwinden begriffene Gunst des Publikums sich erneut zu erobern. Das unter der artistischen Leitung Rudolf Senius stehende Theater brachte unter dem Titel: "Parole Walfalla!" eine Revue heraus, die im Stile der Jahresrevuen im Metropoltheater gehalten war. Dort wie hier dieselbe Tendenz: Politische und lokale Ereignisse in erster und heiterer Form wie aneinandergereiht, mit guten und schlechten Witz und Couplets und Duets verdrängt, bilden den Inhalt der Revue, die am Südpol ihren Anfang nimmt und in Berlin sich fortsetzt und endet. Als besondere Zugabe und Höhepunkt hübsche Balletts, in dem auch der Profiball Erwähnung findet, wobei die schwarze "Germania" sich mit dem roten "Vorwärts" das Raufen kriegt. Wenn auch mancher Kalauer, mit unterließ, so kann im großen ganzen gesagt werden, daß die neue Leitung sich große Mühe gegeben hat, um das Theater wieder auf die Beine zu bringen. Jedenfalls unterhielt sich das Publikum lustlich, was nicht zuletzt der guten Aufführung der Herren Senius, Wehling und der Damen Alberti und Bernardo zu danken war. Die Ausstattung war recht ansprechend.

Dachstuhlbrand in Moabit. In dem Hause Emdener Straße 21 in Moabit kam gestern mittag kurz nach 12 Uhr ein großer Dachstuhlbrand aus. Das Feuer hatte seinen Herd im Dachstuhl des Vorderhauses und war bei Anbruch der Tage 15 und 21 schon sehr weit vorgeschritten. Nach einstündiger Löschstätigkeit war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teil zerstört worden. Ueber die Ursache des Feuers konnten bestimmte Feststellungen nicht mehr gemacht werden.

Vorort-Nachrichten.

Die Wahlmänner-Erfahrungswahl zur bevorstehenden Landtagswahl im Kreise Teltow-Beeskow-Wilmersdorf

finden in allen Orten am Donnerstag, den 20. Februar, statt. Die Wahlzeit ist in den einzelnen Orten durchaus verschieden. Die Wähler wollen daher das von der Sozialdemokratie verbreitete Wahlmaterial genau beachten, damit sie wissen, zu welcher Zeit und in welchem Lokal des betreffenden Wahlbezirks, in dem sie wohnen, eine Wahlmänner-Erfahrungswahl stattfinden hat.

Charlottenburg.

Die Folgen einer verpassten Gelegenheit. Bekanntlich machten die "liberalen" Stadtvordordneten eine kommunale Arbeitslosenversicherung für Charlottenburg aus dem Grunde zusehender, weil sie befürchteten, daß durch eine städtische Zuschußunterstützung der in modernen Arbeiterorganisationen organisierten Arbeitslosen den freien Gewerkschaften ein größerer Mitgliederzugang eröffnet werden könnte. Welchen Vorteil für die Stadt aber selbst eine solche Folge einer städtischen Arbeitslosenunterstützungszuschußunterstützung haben würde, zeigt sich jetzt wieder. Da werden neuerdings für die insgesamt 2163 110 Mark betragenden Ausgaben des städtischen Armenwesens 110 120 M. Mehrausgaben gefordert. Und zwar werden diese Nachforderungen begründet einmal mit der allgemeinen, immer weiter anhaltenden Verteuerung der Lebensmittel und der gestiegenen Mietpreise für kleine Wohnungen. Zum anderen aber mit der in der zweiten Hälfte des Jahres herrschenden Arbeitslosigkeit, die nicht allein im Bau- und Gewerbe, sondern in fast allen Zweigen der für Charlottenburg in Betracht kommenden Industrien sich geltend machte. Der für bare Unterstüßungen ausgesetzene Betrag muß deswegen um 30 000 M. erhöht werden. — Diese Nachforderung beweist, wie recht unsere Genossen mit ihren Hinweisen hatten, daß, wenn die Stadt nicht zu einer Arbeitslosenunterstützung kommt, sie eben auf dem Wege der Armenunterstützung das Versäumte nachholen muß. Nur, daß hierbei die Unterstüßungsempfänger der politischen Rechtslosunterstützung ausgesetzt sind und daß zum anderen die Stadt teurer dabei fährt. Denn wenn die Ver-

fürchtung der Liberalen sich wirklich erfüllt haben würde, daß die Gewerkschaften infolge des städtischen Zuschusses an Mitglieder erheblich gewonnen hätten, so wäre die Stadt doch der gewinnende Teil gewesen. Denn nun wären die Arbeitslosen mehr den Gewerkschaften zu Lasten gefallen und die Stadt hätte sich damit begnügen können, diesen Arbeitslosen zu der gewerkschaftlichen Unterstüßung einen Zuschuß zu geben. — Das aber wollten die "liberalen" bisher nicht einsehen, und das werden sie auch künftig nicht zugeben wollen, denn ihre Einsicht und Logik wird von der Angst vor dem doch unaussprechlichen Anwachsen der modernen Arbeiterorganisationen vollständig erdrückt.

Der Verkauf des russischen Fleisches ist vom Magistrat bekanntlich der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung übertragen worden. Derselbe verkauft das russische Fleisch täglich an jedermann zu den von dem Magistrat festgesetzten Preisen in folgenden Verkaufsstellen: Hortweg 24 und 30, Reichsstr. 55, Goethestr. 61, Querstr. 26 und Nordhauser Str. 23. Außerdem wird am Dienstag und Sonnabend jeder Woche im städtischen Fleischschauamt, Spreestr. 30, russisches Fleisch verkauft. Der Verkauf hat sich in den letzten Wochen außerordentlich rege gestaltet, zumal die Güte des Fleisches außer jedem Zweifel steht.

Neukölln.

Ein neues Kapitel im Kampf gegen die Arbeiterjugend bedeuten die Maßnahmen der Polizei gegen den hiesigen Elternverein für Sport und Wandern. Der Verein hatte das erste Ziel, die Kinder der Mitglieder so oft als möglich in die freie Natur zu führen durch Veranlassung von Ausflügen, und sie anzuhalten zu geistlichem Spiel. Weiter wurde Körperpflege geübt. Das letztere hat es nun unserer Polizei angefallen. Eines schönen Tages erschienen in den Lokalen von Petri und Dähle, wo die Übungsstunden abgehalten wurden, Kriminalbeamte und notierten die Spielleiter. Die Folge war ein Verbot unter Androhung von 30 M. Geldstrafe an die Spielleiter, weiter ohne Unterrechtsschein Turnunterricht zu erteilen, und ebenso an die Saalhaber für den Fall, daß diese weiter das Erteilen von Turnunterricht in ihren Sälen gestatten. Die Strafandrohungen stießen sich auf Verfügungen aus den Jahren 1839 und 1834. Nachdem der Verein sich nun ein anderes Lokal gesucht hatte und dort seine Übungsstunden und Spielabende fortsetzte, traten die Schulbehörden in Tätigkeit. In den Gemeindefchulen suchten Lehrer und Direktoren herauszubekommen, welche Kinder an den Veranstaltungen des Elternvereins teilnehmen und in welchem Lokal der Verein seine Spielabende abhält. Ein Knabe, der nach einer vom Verein veranstalteten Partie erkrankt war, wurde auf die letzte Wahl der betreffenden Abteilung geschickt, angeblich, weil er mit seiner Gesundheit "gepaßt" habe. Der Rektor der 22. Gemeindefchule soll die Lehrer angewiesen haben, auf die Kinder vom Elternverein besonders zu achten, ob sie Müdigkeit zeigen oder ihre häuslichen Arbeiten ordentlich machen. Kinder, die erklärten, im Turnverein Jahr zu sein, sollen unbehelligt gelassen sein. Es dauerte nicht lange, so erhielt der Lokalinhaber, in dem die Kinder und Eltern zusammenkamen, eine Strafandrohung von 90 M. für den Fall, daß er ferner dulde, daß in seinem Lokal Unterricht erteilt würde von Personen, die nicht im Besitz des Erlaubniszeichens seien. Dieses Verbot stützte sich auf die §§ 11 und 8 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817, Gesammmlung S. 208, und § 45 der Verordnung vom 26. Dezember 1908, Gesammmlung S. 282. Obwohl die Behörde den Nachweis, daß an die Kinder Unterricht erteilt worden sei, nicht führen konnte, stellte sie eine solche Behauptung auf. Noch leichter machte es sich die Polizeibehörde mit dem nächsten Verbot an die Besitzerin des Lokales in der Steinmeißstraße 114. Dort übten die Kinder allein an den Geräten. Aber auch hier bedroht die Strafandrohung, es sei festgestellt worden, daß in dem Lokal Turnunterricht erteilt worden sei. Wer eine solche Feststellung gemacht, wird nicht gesagt. Trotzdem die angelegten Feststellungen den Tatsachen nicht entsprechen, genügen sie, um eine gute Sache unmöglich zu machen. Glauben die in Betracht kommenden Behörden, die Kinder der Mitglieder des Elternvereins werden nun den von der Regierung und den sonstigen Behörden unterstützten Vereinen zuströmen? Nein, die Arbeiter werden jetzt erst recht ihre Kinder darauf hinweisen, daß sie dort nichts zu suchen haben. Bringt die Polizei den Kindern nicht in der deutlichsten Weise bei, daß wir in einem Klassenstaat leben? Die Kinder haben ein zu feines Gefühl dafür, was es heißt, dem einen zu verbieten, was dem anderen im weitgehendsten Maße gestattet wird. Die Behörden können willkürliche Verbote erlassen, sie können jedoch die Eltern nicht hindern, ihre Kinder über die in ihrem Vaterlande herrschende schmachvolle Rechtsungleichheit aufzuklären.

Zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda findet am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in den Passagen-Festsaal, Bergstr. 151/152, eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter H. Peus-Dessau über das Thema: "Die wirtschaftliche Eroberung der Welt durch die organisierte Arbeiterklasse" referieren wird.

Ober-Schöne-weide.

Die Gemeindevertreterwahlen der dritten Klasse hatten das Ergebnis, daß die Kandidaten der Sozialdemokratie Schwarzburger mit 730 Stimmen im 1. Bezirk und Rischau mit 672 Stimmen im 2. Bezirk gewählt wurden. Die mit so vielem Lärm präferierten Kandidaten des Zentrumvereins erhielten im 1. Bezirk 79 Stimmen (für Schulte), im 2. Bezirk 75 Stimmen (für Olesch). Somit ist die Gemeindevertretung wieder vollzählig. Die dritte Klasse mit 8 Sigen gehört der Sozialdemokratie.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. Die Anschließarbeiten für die Regen- und Schmutzwasserleitung für das kommende Jahr sollen verständigweise in eigener Regie ausgeführt werden. Der Bebauungsplan für das Gelände der Flugplatzgesellschaft ist vom Zweckverband beanstandet worden, da offenbar ein Mangel an Freisflächen besteht. Die Gemeindevertretung beschloß, von dem Rechtsmittel des Einspruchs keinen Gebrauch zu machen, sondern zur gegebenen Zeit mit der Terraingesellschaft über einen neuen Bebauungsplan zu verhandeln. Zur Einführung der ersten Lesung des Etats gab der Bürgermeister Köhler einen kurzen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr. Er wies darauf hin, daß die von unseren Genossen beantragte Errichtung der Fließbadeanstalt jedenfalls Ende Mai eröffnet werde, auch sei mit den Vorarbeiten der zu errichtenden gewerblichen Pflichtfortbildungsschule bereits begonnen worden. Es besteht die Möglichkeit, diese Schule schon im April zu eröffnen. Trotzdem also bedeutende Mehrkosten entstehen, sei es nicht nur möglich gewesen, den Etat mit 150 Prozent Zuschlag zu balancieren, sondern auch noch die Grundwertsteuern herabzusetzen und die Sanalisationsgebühren zu ermäßigen. Genosse Jabel nahm Gelegenheit, verschiedene Uebelstände in den Gemeindefchulen zu kritisieren. Es sei festgestellt, daß in der ersten Gemeindefchule in einer Klasse der Ofen nicht geheizt war, die Kinder wären längere Zeit in der kalten Schulstube längere Zeit unterrichtet worden. Der Lehrer habe sich dadurch gegen die Räte gefügt, indem er seinen Uebelzähler anhaltend habe, die Kinder dagegen hätten die Mängel ablegen müssen. Auch die Treppen und Dielen sollen in dieser Schule von sehr schlechter Beschaffenheit sein. Als er und Genosse Petrich sich von dem Zustand in der Schule persönlich hätten überzeugen wollen, sei ihnen vom Rektor Krause der Zutritt verweigert worden. Auch die Klagen über Prügeleien wollen nicht verstummen. Von der 2. Gemeindefchule (Mädchenchule) sei zu berichten, daß dort des öfteren Diebstähle an Kleidungsstücken der Kinder vorkommen. Es müssen Mittel und Wege geschaffen werden, daß die von den Kindern auf den Korridoren abgelegten Mäntel usw. gegen Diebe gesichert werden. Von unserem Redner wurde ferner verlangt, daß die fingierte Steuer im Betrage von 420 bis 900 M. nicht zur Erhebung gelangt. Sei

es möglich, die Grundwertsteuer für bebaute Grundstücke herabzusetzen und damit den Grundbesitz um mehr als 18 000 M. zu entlasten, so müßte es auch möglich sein, die Ärmsten der Armen zu schonen. Genosse Jabel wies ferner darauf hin, daß die von den Arbeitern gestellten Anträge auf Lohnerhöhungen beim Vorschlag nicht berücksichtigt worden seien; er hoffe, daß in den Kommissionsberatungen sich noch Gelegenheit bieten werde, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Als ein Schmerzenskind wurde vom Redner die Feuerwehr bezeichnet. Bereits im vorigen Jahre sei von den Vertretern der dritten Abteilung die schlechte Beschaffenheit der Löschgeräte und auch des Bedienungsgeländes gerügt und die Bildung einer besonderen Kommission angeregt worden. Diese Kommission sei wohl gebildet, die erwünschte Aenderung und Abhilfe aber ausgeblieben. Alle von den Mitgliedern der Feuerwehrkommission gemachten Vorschläge haben bis jetzt noch nicht einmal die Gemeindevertretung passiert, trotzdem die Kommissionsung schon im Oktober v. J. stattgefunden hat. Redner nahm noch Gelegenheit, beim Kapitel höhere Schule auf eine Angelegenheit bei der vorjährigen Etatberatung zurückzukommen. Die Lehrerinnen der höheren Schule petitionierten 1912 um eine Gehaltsaufbesserung. Mit ihrem Besuch wandten sie sich auch an die Gemeindevertreter der dritten Abteilung. Dies wurde ihnen von der Behörde sehr verargt. Von einer Seite, die berufen wäre, die Selbstverwaltung zu wahren, wurde die Schulbehörde von dem "Vergehen" der Lehrerinnen benachrichtigt, welche ein Verfahren gegen die "Sünder" einleitete. Letztere mußten sich unterzeichnen, niemals wieder an die bösen Sozialdemokraten Gesuche usw. zu schicken. Unser Genosse bezeichnete dieses Gebaren als ein der Selbstverwaltung direkt entgegenstehendes und verwahrte sich ganz entschieden gegen ein derartiges Vorgehen. Von den bürgerlichen Rednern wurden die Lehrer gegen die Ausführungen Jabels in Schutz genommen — ohne Prügel soll es in den Gemeindefchulen, nach Ansicht einiger Redner, absolut nicht gehen. Im großen und ganzen schien man mit den Ausführungen unseres Redners einverstanden zu sein. Auch die Anregung, die fingierten Steuerläge von 420 bis 900 M. nicht zu erheben, wurde von einem der bürgerlichen Redner begrüßt; nur bezweifelte er, daß es möglich sein werde, den eventuell dadurch entstehenden Ausfall des Steuerfolls noch in irgend einer Form auszugleichen.

Johannisthal.

Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen sprach in der Mitglieder-versammlung des Wahlvereins Gen. Gonskur. Gen. Steuer machte hierauf auf die am 20. Februar stattfindende Erziehung der Wahlmänner aufmerksam. Die Terminwahlen sind angelegt für die dritte Klasse von 2—7 Uhr nachmittags, für die zweite Klasse von 7—7 1/2 Uhr und für die erste Klasse um 7 1/2 Uhr. Redner ermahnte die Genossen, die Wähler auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Steuer und Müller delegiert.

Röntgenal, Zepernid, Buch.

Die Gemeindevertretung beschästigte sich in ihrer letzten Sitzung unter anderem mit der Einrichtung einer Pflicht-Feuerwehr. Bisher bestand nur eine freiwillige Feuerwehr. Diese Wehr ist jedoch bis auf einige Mitglieder zusammengebrochen, angeblich, weil der Leiter derselben in die Mannschafft einen gewissen Drill hineinbringen wollte. Eine vom Gemeindevorsteher einberufene öffentliche Versammlung der Mannschafft erklärte sich für eine Pflichtfeuerwehr. Zu der Frage, wie die Gemeindevertretung über die Organisation der Feuerwehr denke, äußerten sich unsere Genossen dahin, daß, wenn die bisher bei der Wehr vorherrschende militärische Behandlung wegbleibe, genügend Personen sich zur Pflichtfeuerwehr melden würden. Ein Herr von der Vertretung war sogar der Ansicht, daß Personen, die zum Dienst herangezogen, selbigen aber nicht ausführen, mit 3 M. Strafe bedroht werden sollten. Ihm trat der Gemeindevorsteher entgegen, indem derselbe meinte, daß es auch ohne Strafe gehen könnte. Der Antrag über den weiteren Ausbau der Pflicht-Feuerwehr wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag unserer Genossen, die Straßensäulen das ganze Jahr hindurch bis 12 Uhr abends brennen zu lassen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und die des Herrn Panfilius abgelehnt. Dagegen ein Antrag des Herrn Kreisamer, die Straßensäulen acht Monate hindurch brennen zu lassen und nur die belebtesten Straßenecken bis 12 Uhr nachts zu beleuchten, gegen die Stimmen unserer Genossen und die des Herrn Panfilius angenommen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Nieder-Schönhausen. Heute Dienstag, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Herzfelde. Heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im evangelischen Gemeindefaule, Hauptstraße, am Kirchplatz.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Marktpreise von Berlin am 15. Februar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,50, mittel —, geringe —, (ab Bahn). Zuttergerste, gute Sorte 17,00—17,60, mittel 16,30—16,90, geringe 15,60—16,20. Hafer, gute Sorte 18,20—20,30, mittel 16,50—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Marktpreisliste. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—30,00. Arien 35,00—30,00. Kartoffeln (Reinbbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Äpfel 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 4,00—24,00.

Witterungsübericht vom 17. Februar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur Grad C
Emmende	771	SD	4 wolfig	-2	Paparrando	767	SB	3 wolfig	-3
Damburg	769	RD	3 bedekt	-1	Petersburg	771	SB	2 bedekt	-5
Berlin	767	D	3 bedekt	-1	Seidls	767	D	4 halb bb.	5
Frankfurt a. M.	765	RD	1 Schnee	0	Aberdeen	774	SD	1 wolfig	4
München	765	D	1 wolfig	-5	Paris	765	RD	2 bedekt	-1
Wien	767	SD	1 halb bb.	-6					

Wetterprognose für Dienstag, den 18. Februar 1913.

Trocken und kühler, nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost bei frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 16. 2. 15. 2. um cm	seit 15. 2. 15. 2. um cm	Wasserstand	am 16. 2. 15. 2. um cm	seit 15. 2. 15. 2. um cm
Remel, Müst	396 ¹⁾	-24	Saale, Großh.	194	-10
Regel, Ansternburg	94 ¹⁾	-13	Abel, Sandau ²⁾	94	-6
Wesche, Thon	221	-5	Rathenow ³⁾	122	0
Dber, Rathor	116 ¹⁾	-7	Spreewald	—	—
Kraffen	199	-8	Bestow	118	+3
Frankfurt	214	+9	Weser, Rendsb.	246	-7
Wartbe, Schrimm	206 ¹⁾	+2	Weser, Rendsb.	354	-10
Wartbe, Landsberg	135	-2	Rhein, Rastatt	—	—
Rege, Vordamm	50	-12	Saub	231	-9
Elbe, Deltmühl	56	-21	Saub	275	-15
Dresden	50	-15	Saub	115	-13
Barby	238	-9	Redar, Döhlbrom	226	-7
Wagdeburg	232	-13	Rain, Gnanu	226	-7
			Roßel, Trier	125	-8

¹⁾ + bedeutet Zufluß, — Fall, — ²⁾ Unterpegel, — ³⁾ Grundwasser. — ⁴⁾ Eisland, — ⁵⁾ eisfrei, — ⁶⁾ Treibeis.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Illustr. Freiliste über andere Sprechapparate, sowie über Violinen, Celli, Mandolinen, Gitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke gratis.



Spielt ohne Wechsel mit einem unerschröcklichen Saphirstrahl. Keine Plattenabnutzung mehr!

BIAL & FREUND
Dresden, Postfach 120/427

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

3 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. —

Die Lieferung erfolgt sofort!

Der Preis dieses herrlichen Luxus-Modells in echt Eiche, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schallboxe, die alle bisher-igen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportkosten zu zahlen. Verlangen Sie sofort Probeabsendung per Postkarte. —

Robert E. Peary

Die Entdeckung des Nordpols

Mit einem Geleitwort von Theodor Roosevelt

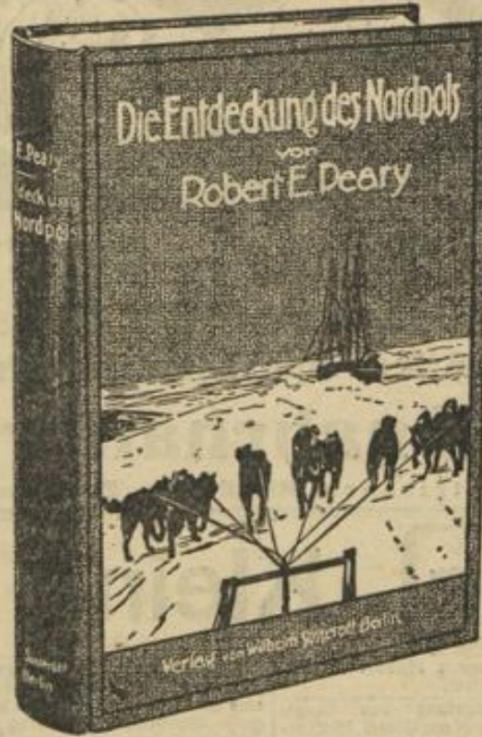
Mit über 100 Bildern nach photographischen Aufnahmen.

Es gelang uns, noch eine Anzahl Exemplare dieses Prachtwerks zu erhalten, die wir unseren Lesern für den Preis von

3,50 M. gut gebund. abgeben.

Zu beziehen durch

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts“.



Josef
JUNO
2-3
Cigarette

KL.

Elegante
Herrn-Moden
fertig u nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Tanzlehrer-Verband „Solidarität“

Berlins und Umgegend (gegr. 1892).

Geschäftsstelle:

Wilhelm Scheel, SO. 33, Wrangel-Straße 107

Telephon: Amt Moritzplatz, Nr. 10381. 198/1*

Der Tanzlehrer-Verband empfiehlt seine Mitglieder für alle vorkommenden Gelegenheiten, als: Erteilung von Tanzunterricht, Einstudierung v. Gesellschaftstänzen, Kostüm-Quadrillen sowie zur Leitung von Tanzfestlichkeiten. DER VORSTAND.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 18. Februar 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Journale.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Kgl. Opernhaus. Elektra.
Mammerspiele. Schöne Frauen.
Yvonne. Das Prinzip.
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankenfurter.

Schiller O. Die Geschwister. Elga.
Schiller. Charlottenburg. Die Schmetterlingsschlacht.
Trianon. Wenn Frauen reifen.
Theater am Kolonnenplatz. Die Studentengräfin.

Romdichthaus. Die Generalin.
Groß-Berlin. Das Hirtentkind.
Kurtzweil. Der Rührige.
Vertliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.

Theater des Westens. Die beiden Haisaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Luisa. Puppchen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Apollo. Die schöne Galathee. Spezialitäten.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Cafino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Saugakt.
Rose. Kein Leopold.
Luisenhaus. Rajolla.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Kasperlein. Die Doppelkirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Saugakt.
Rose. Kein Leopold.
Luisenhaus. Rajolla.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Kasperlein. Die Doppelkirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Juwelenstr. 57-62.

Theater am Nollendorfplatz 5.
Abendlich 8 Uhr:
Die Studentengräfin.
Sonabendnachmittag 3 Uhr:
Kabale und Liebe

Schiller-Theater O. Ballett.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Die Geschwister. Elga.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.
Mittwoch, nachmittags 3-10 Uhr:
Wallensteins Tod.
Abends 8 Uhr:

Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr: Die fünf Frankenfurter.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die beiden Husaren.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.

8 Uhr:

Der liebe Augustin.

Residenz-Theater. 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Presidente).
Schwanl. 3. Akt v. Gennequin u. Geber.
Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenhöl. Tor.

Täglich abends 8 1/2 Uhr:

„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Revue.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:

Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.

9 Uhr:

Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster.“

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Ruf.

Luisen-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:

„Und hätte der Liebe nicht...“
Schauspiel in 4 Akten von E. Kriegerberg
und Ernst Ritterfeldt.
Mittwoch und folgende Tage,
abends 8 Uhr:

„Und hätte der Liebe nicht...“

ROSE-THEATER

(Große Frankfurter Str. 132.)

Mein Leopold.

Boltzsch m. Gef. in 3 Akten

von Adolph Arronge. Musik v. Stal.
Mittw. Der Widerspenstigen Zähmung.
Donnerstag zum ersten Male:

Der Weg zum Himmel.

Metropol-Theater.

Chauffeur — ins Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Abends 8 Uhr: Rauschen gefaltet.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Neu!
Meyers Hosen.
Humoreske.

Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

„Großes Doppel-Konzert!“
Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.

Zillerthaler und Tegernseer Sänger

Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt

Arnold Scholz

Hasenheide 108/114

Heute Dienstag, den 18. Februar 1913:

Elite-Tag! Damen-Prämierung!

Prämiiert wird

Der kleinste Rosenmund.

3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.

Voransage! Morgen Mittwoch, den 19. Februar 1913:

Elite-Tag. Extra-Prämierung.

!! Prämierung der größten Kohlrübe !!

3 bare Geldpreise: 30, 20, 10 M.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Die Weltmacht des Eisens.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen. Badstraße 38.

Morgen Mittwoch, den 19. Februar:

Försters Trude.

Sensat. Volont. 1. Akt v. B. Mannstädt.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Voransage! Mittwoch, 26. Febr.:

Beneiß für Franz Mühl. „Im

Banne der Liebe und des Hasses.“

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Neu!

Meyers Hosen.

Humoreske.

Anfang 8 Uhr.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Dienstag, 18. Februar,

abends 7 1/2 Uhr:

Ohne Konkurrenz!

7 Luftvoltigeure 7

Hegelmann-Truppe.

Neu! Neu!

Der Mann mit d. eisernen Hand.

Nur noch kurze Zeit:

Cäsarios

Löwen- und Tiger-Gruppe.

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Herrnfeld Theater

Täglich präzis 8 Uhr abends:

Die Alpenbrüder

Wüstenmoral

mit Anton und Donat Herrnfeld

in den Hauptrollen.

Theater Königstadt-Casino.

Edle Holzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute v. Bahnh. Jannowbrücke

Tägl. abds. 7 1/2, Sonntag 1/2 Uhr:

Puppehen tadellos.

Polle m. Gef. in 1 Akt — und das

groß. Spezialitätenprogramm

Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Admiralspalast.

Allabendlich:

Das neue mit Wuchschlag.

Erfolg aufgef. Eisballett

Flirt in St. Moritz

1. Akt: Wintersport in

St. Moritz. 2. Akt: Solros

im Luxushotel.

3. Akt: Japanisches Fest.

Unter Mitwirkung

der kl. Charlotte.

Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-

Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igorroten.

Lebend! Ohne Extra-Entrée!

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 18. Februar,

abends 7 1/2 Uhr:

Neu! Der Kopfsturz Neu!

durch die Tischplatte,

ausgeführt von Mr. J. Müller.

Neu! Neu!

Der mysteriöse Decken-

läufer!

Neu! Md. Delita del'Oro Neu!

mit ihren dressierten Kühen!

sow. d. ges. gr. Galaprogramm.

Zum Schluß:

Die große Prunk-Pantomime

„Sevilla“.

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.

Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die drei Saison-Schlager:

In Sachen Kasperlein.

Die Doppelkirma.

Die Tochter der Braut.

Casino-Theater

Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:

Allabendlich ausverkauft.

Stürmische Heiterkeit!

Die Berliner Lokalpötte

Am grünen Strand d. Spree.

Gedhrt Raffenerfolg seit Bestehen.

Admiralspalast.

Allabendlich:

Das neue mit Wuchschlag.

Erfolg aufgef. Eisballett

Flirt in St. Moritz

1. Akt: Wintersport in

St. Moritz. 2. Akt: Solros

im Luxushotel.

3. Akt: Japanisches Fest.

Unter Mitwirkung

der kl. Charlotte.

Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-

Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igorroten.

Lebend! Ohne Extra-Entrée!

Für den Inhalt der Inserate

übernimmt die Redaktion dem

Dubium gegenüber keinerlei

Verantwortung.

